

Genehmigt am 30.01.2025

Protokoll 18

Stadtratssitzung

Donnerstag, 17.10.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0034.....	4
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 15 vom 15.08.2024)	
2022.SR.000194.....	4
3 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl	
2020.SR.000387.....	4
4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	
2022.SR.000193.....	5
5 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2021.BSS.000055.....	5
6 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde)	
2013.GR.000070.....	6
7 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2021 – 2024; Ersatzwahl	
2021.SR.000140.....	6
8 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrates; Änderungsantrag Sonderkommission NSB2022 nach Art. 82 GRSR: Festlegung von Berechnungsgrundlage und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen (GRSR); Teilrevision; Antrag der Sonderkommission NSB2022: Festlegung von Berechnungsgrundlagen und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen; 2. Lesung	
2000.GR.000608.....	17
9 Zukunft Bahnhof Bern (ZBB): Bau- und Verkehrsmassnahmen Stadt Bern: Überbauungsordnung (ÜO), Auflage- und Einspracheverfahren	
2018.TVS.000168.....	35
10 Allmenden: Neuordnung und Überarbeitung des Nutzungs- und Gestaltungsplans; Erhöhung Kredit generelle Planung	
Schluss der Sitzung: 19.03 Uhr.....	39
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	40
2018.TVS.000168.....	41
10 Allmenden: Neuordnung und Überarbeitung des Nutzungs- und Gestaltungsplans; Erhöhung Kredit generelle Planung	

2024.SUE.0026	54
11 Tierpark Bern: Sanierung und Beschattung Seehundeanlage; Kreditfreigabe	
2023.BSS.0077	56
12 Weiterentwicklung Schulinformatik-Plattform (WESP); Investitionskredit (Abstimmungsbotschaft)	
2022.SR.000124	68
13 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten	
Versoben und eingereicht	73
Schluss der Sitzung: 22.28 Uhr	75

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Barbara Nyffeler
Debora Alder-Gasser	Stephan Ischi	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Seraphine Iseli	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Bettina Jans-Troxler	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Anna Jegher	Ronja Rennenkampff
Ursina Anderegg	Raffael Joggi	Simone Richner
Mirjam Arn	Nora Joos	Mirjam Roder
Oliver Berger	Barbara Keller	Sarah Rubin
Tom Berger	Ingrid Kissling-Näf	Michael Ruefer
Natalie Bertsch	Fuat Köçer	Judith Schenk
Lea Bill	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Laura Binz	Christoph Leuppi	Michelle Steinemann
David Böhner	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Michael Burkard	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Francesca Chukwunyere	Simone Machado	Bettina Stüssi
Sibyl Eigenmann	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Nik Eugster	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Esther Meier	Béatrice Wertli
Dominik Fitze	Daniel Michel	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Markus Zürcher
Franziska Geiser	Szabolcs Mihályi	Paula Zysset
Thomas Glauser		

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Lukas Gutzwiller	Nora Krummen
Jelena Filipovic	Matthias Humbel	Dominic Nellen
Muriel Graf	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, liebe Anwesende, herzlich willkommen zurück nach den Herbstferien. Ich hoffe, ihr seid alle erholt und motiviert zurück für die letzten paar Monate und die letzten paar Sitzungen in diesem Jahr. Ich gebe gerade die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Lukas Gutzwiller von der GFL, Muriel Graf von der AL, Dominic Nellen von der SP, Ueli Jaisli von der SVP und Gabriela Blatter von der GLP. Für die erste Sitzung entschuldigt ist Matthias Humbel von der GFL. Für die zweite Sitzung entschuldigt ist Michael Aebersold von der SP. Und etwas später kommen Halua Pinto von der SP und Simone Richner von der FDP. Dann haben wir ein neues Ratsmitglied, und zwar die Nachfolgerin von Claudio Righetti. Das ist Michelle Steinemann von der Mitte. Herzlich willkommen und eine ganz gute erste Sitzung. Dann: Geburtstag haben wir heute keinen. Morgen hat Katharina Gallizzi Geburtstag. Das könnt ihr euch schon vormerken, falls ihr gratulieren wollt. Bitte denkt daran zu badgen. Und das Einreichen von Vorstössen ist wie immer: die dringlichen bis um 21.00 Uhr, alle anderen bis am 21.30 Uhr.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 15 vom 15.08.2024)

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 2, Protokollgenehmigungen: das Protokoll 15 vom 15. August 2024. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Deshalb gehen wir davon aus, dass das Protokoll unbestritten ist. Ich danke vielmals den Verfasserinnen.

Stillschweigend genehmigt

2022.SR.000194

3 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir kommen zur Traktandum 3. Das ist die Ersatzwahl in die Finanzkommission. Nominiert ist Markus Zürcher als Mitglied der FIKO. Gibt es andere Wahlvorschläge?

Das ist nicht der Fall. Wer Markus Zürcher in die FIKO wählen will, kann das mittels Handerheben. Herzliche Gratulation, Markus, zu dieser Wahl.

Gewählt mittels Handerheben

2020.SR.000387

4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Präsidentin: Traktandum 4: Ersatzwahl in die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün. Hier ist auch Markus Zürcher nominiert als stellvertretendes Mitglied der PVS. Gibt es andere Wahlvorschläge. – Das ist nicht der Fall. Wer Markus Zürcher als

stellvertretendes Mitglied wählen will, kann das ebenfalls mittels Handerheben. – Gibt es Enthaltungen?

Du bist einstimmig gewählt. Ich gratuliere dir, Markus.

Gewählt mittels Handerheben

2022.SR.000193

5 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 5. Das ist eine Ersatzwahl in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Nominiert ist Michelle Steinemann als stellvertretendes Mitglied in die RWSU. Gibt es andere Wahlvorschläge? Das ist auch nicht der Fall. Wer Michelle wählen will, kann das ebenfalls mittels Handerheben. – Gibt Enthaltungen? – Du bist gewählt. Herzliche Gratulation.

Gewählt mittels Handerheben

2021.BSS.000055

6 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde)

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6. Das ist die Wahl in die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die SBK: Ja, liebe Anwesende, wir haben wieder eine Wahl in die Schulkommission. Dieses Mal geht es um die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde. Gerald Heep, Vertreter des Elternrats, ist per 31. Juli 2024 als Mitglied der Schulkommission zurücktreten. An dieser Stelle ein riesiges Danke für die geleistete Arbeit in diesem wichtigen Gremium. Jetzt stellt sich der Wahl als Vertreter des Elternrates Stefan Grösser. Er ist Dozent und Studiendekan an der Berner Fachhochschule. Die SBK hat wie immer das Dossier geprüft und kann euch hier versichern, dass Stefan Grösser bestens für das Amt in der Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde geeignet ist, und wir empfehlen ihn wärmstens zur Wahl.

Präsidentin: Merci, Barbara. Gibt es hier eine Fraktionsvoten? – Einzelvoten? – Möchte der Gemeinderat etwas sagen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir direkt zur Wahl. Nominiert ist Stefan Grösser. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist auch nicht der Fall. Dann wählen wir Stefan Grösser mittels Handerheben. – Gibt es Enthaltungen? – Ich gratuliere Stefan Grösser herzlich zur Wahl in die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde.

Gewählt mittels Handerheben

2013.GR.000070

7 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2021 – 2024; Ersatzwahl

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 7. Es ist eine Ersatzwahl in die Sozialhilfekommission Amtsperiode 2021 bis 2024. Es gab keine Vorberatung in der Kommission. Besteht Diskussionsbedarf?

Gut, dann kommen wir direkt zur Wahl. Nominiert ist Hans Rudolf Spichiger. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist auch nicht der Fall. Wer Hans Rudolf Spichiger wählen will, kann das mittels Handerheben. – Gibt es Enthaltungen? Dann wurde Hans Rudolf Spichiger gewählt in die Sozialhilfekommission. Herzliche Gratulation.

Gewählt mittels Handerheben

2021.SR.000140

8 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrates; Änderungsantrag Sonderkommission NSB2022 nach Art. 82 GR SR: Festlegung von Berechnungsgrundlage und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen (GR SR); Teilrevision; Antrag der Sonderkommission NSB2022: Festlegung von Berechnungsgrundlagen und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen; 2. Lesung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 8. Es ist eine zweite Lesung. Die erste Lesung dieser Teilrevision des Geschäftsreglements war am 19. Oktober 2023. Ich sage das, denn wir haben das vorliegende Geschäft noch nach dem alten Recht zu behandeln. Das heisst, wir werden jetzt auch die zweite Lesung nach dem alten Recht machen. Ich sage das so explizit, weil wir später noch einmal ein Traktandum haben, bei dem wir es dann nach dem neuen Recht machen werden.

Die Fraktionsvoten und die Antragsbegründungen wurden schon in der ersten Lesung gehalten und ich erteile jetzt das Wort der Kommission. Für die GPK Szabolcs Mihályi. Kann ihn bitte noch jemand anmelden?

Szabolcs Mihályi für die GPK: Das Verteilverfahren für alle vom Stadtrat bestellten Kommissionen, insbesondere auch der Schulkommissionen, hat am Anfang dieser Legislatur viel zu reden gegeben und sich sehr in die Länge gezogen. Eine Festlegung klarer Regeln ist somit grundsätzlich eine gute Idee, auch weil einige Institutionen, die bisher dafür zuständig waren, eine gewisse demokratische Legitimität vermissen lassen. Das gilt namentlich für die Fraktions- und Parteipräsidienkonferenz. Diese Gremien waren für den Informationsaustausch gedacht, spiegeln aber nicht die von der Bevölkerung in den Wahlen geäusserten Mehrheiten wider, wie wir in der GPK bei der Analyse wiederholt festgestellt haben. Die GPK hat die Sitzverteilungsverfahren aller Kommissionen angeschaut, das heisst, 6 und eine Schulkommission, Tierpark-Kommission, Betriebskommissionen, Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, Sozialhilfekommission, die aus Mitgliedern ausserhalb des Stadtrats gebildet werden, wie auch die 5 stadträtlichen Kommissionen. Das vorliegende Geschäft ist sehr sensibel, denn es nimmt einen vermeintlich tiefen Eingriff in die Sitzverteilung der stadträtlichen Kommissionen vor und somit in die Funktion des gesamten Parlaments. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich entsprechend bei der Bearbeitung dieses Geschäfts äusserst vorsichtig und inten-

siv damit auseinandersetzt, unter Einbezug diverser Modelle und Experten. Die externen Kommissionen sind in ihrer Arbeit langfristig ausgerichtet. Entsprechend schaut man hier auf möglichst wenige Fluktuationen. Anders ist es für die Kommissionen des Stadtrats. Der Parteienproporz ist klar festgeschrieben und somit liegt die Kompetenz bei den Parteipräsidien, um die Kommissionssitze zu verteilen. Eine Übertragung der Kompetenz an die Fraktionspräsidienkonferenz ist zurzeit juristisch nicht möglich. Die Geschäftsprüfungskommission plant allerdings auch eine entsprechende Änderung. Für die Kommissionen des Stadtrats sind selbst während der Legislatur auftretende Änderungen im Stadtrat, namentlich in der Zusammensetzung der Fraktionen ausschlaggebend auch für die Sitzverteilung gerade in Zukunft. Die Sitzverteilung in den Kommissionen baut auf die Anzahl Sitze und somit auf die politische Stärke der Fraktionen, die sich auf das Wahlergebnis stützt. Änderungen in der Fraktionsstärke beeinflussen somit unmittelbar die Legitimation der einzelnen Kommissionssitze. Egal ob die Veränderungen in der Fraktionsstärke sich daraus ergeben, dass die beteiligten Parteien anders organisieren, beispielsweise, wenn – wie passiert – die EVP von der GFL zur GLP-Fraktion wechselt, oder Mitglieder eine Fraktion einfach verlassen, freiwillig oder nicht, und fraktionslos bleiben – auch das ist in dieser Legislatur passiert, die Legitimation der Sitzverteilung in den Kommissionen muss neu berechnet werden. Wir finden es entsprechend legitim, bei solchen Sitzverschiebungen die Kommissionen neu zu besetzen beziehungsweise die Sitze neu zu verteilen, auch damit Ratsmitglieder ohne Legitimation nicht unnötig lange in der Kommission bleiben.

Heute in der zweiten Lesung haben wir bei der Zuteilung die Wahl zwischen 2 Rechenmethoden, der Hagenbach-Bischoff und der St. Laguë. Die Kommission hat sich auf St. Laguë festgelegt, wie ihr schon gesehen habt, gerade weil diese kleinere Parteien bevorzugt. Und entsprechend der schweizweiten Realität in allen grösseren Städten sind auch wir im Stadtrat ein Parlament von relativ vielen kleinen Parteien.

Heute in der 2. Lesung haben wir bei der Zuteilung die Wahl zwischen 2 Rechenmethoden, der Hagenbach-Bischoff und der St. Laguë. Die GPK hat sich auch explizit positiv für die beiden vorliegenden Anträge 2 und 3 entschieden. Zur Gewichtung der Stimmen der Fraktionspräsidentenkonferenz haben wir uns festgelegt, aber der entsprechende Antrag ist zurückgezogen worden. Nach der ersten Lesung hat sich die Geschäftsprüfungskommission auch intensiv mit den vorliegenden Anträgen 1 bis 4 – wie gesagt – auseinandergesetzt. Die GPK bevorzugt auch, dass die Fraktionspräsidienkonferenz dem Stadtrat einen Vorschlag zur Sitzverteilung macht, über den der Stadtrat abstimmt. Soweit die Kommission.

Dann würde ich gerade noch das Fraktionsvotum anhängen.

Unsere SP-JUSO-Fraktion teilt die Ansicht, dass es notwendig ist, die Regeln für die Sitzverteilung klar festzulegen. Das langweilige Hin und Her bei der Zuteilung der Schulkommissionssitze allein hat für Verwirrung und Frustrationen und vor allem lange Zeit Unsicherheit auch zum Beispiel in den Schulkommissionen verursacht. Gleichzeitig möchten wir auf eine übermässige Regulierung verzichten. Beim Antrag zum Vorschlag für die Verteilschlüssel zum Beispiel hat unsere Fraktion deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Die Berücksichtigung der Stimmen aus nicht gewählten Parteien mit Listenverbindung lehnen wir klar ab, weil sie den Willen der Wahlberechtigten nicht angemessen widerspiegelt. Diese Listenverbindungen sind in der Wahrnehmung und in der Überzeugung, wie wir im aktuellen Wahlkampf für beide Räte wieder einmal sehen, vor allem Zweckbündnisse. In der Bevölkerung herrscht teilweise auch Unmut über die Undurchsichtigkeit solcher Verbindungen, gerade wenn politisch-inhaltlich keine erkennbaren Gemeinsamkeiten bestehen. Bei der Berechnung der Sitzansprüche in die Kommissionen ziehen wir wie auch in der ersten Lesung weiterhin das Hagenbach-Bischoff-

Verfahren vor. Den Anträgen 10 und 11 zu den Fraktionswechseln und Kommissionssitzen stimmen wir zu, gerade weil erfahrungsgemäss Mitglieder mit fehlender Legitimation unnötig Sitze blockieren können. Das betrifft konsequenterweise auch Antrag 16, den wir genauso annehmen.

Im Turnus des Ratspräsidiums scheint uns eine Bestätigung durch den Stadtrat selbst unnötig. Deshalb möchten wir die aktuelle Regelung beibehalten. Wir bevorzugen auch, dass jeder Fraktion in der Präsidienkonferenz eine Stimme zugestanden wird, ohne die Stimmen zu gewichten, und werden deshalb den entsprechenden Antrag ablehnen.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Darf ich euch bitten, die Gespräche in der Wandelhalle zu führen, denn ich verstehe fast nichts. Ist das möglich? Danke vielmals. Oder natürlich am Mikrofon dürft ihr auch reden. – Dann sind wir bei den Fraktionserklärungen. Raffael Joggi für die AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion ist nicht einverstanden mit dieser Idee, dass man Listenverbindungen zur Grundlage macht, um die Fraktionssitze zu berechnen. Es gibt eine komplizierte Erklärung. Es gibt eine einfache Erklärung. Listenverbindungen sind nicht Fraktionen. Es ist nicht klar, zumindest theoretisch, welche Fraktionen nach der Wahl entstehen werden, bei denen vorher Listenverbindungen gemacht wurden. Es gibt Beispiele. Ich erspare euch die aus der Vergangenheit. Das System mag rein arithmetisch exakter daherkommen. Aber wir befürchten, dass hier eigentlich der Grundsatz, dass jede Stimme gleich viel gewichtet wird in Bezug auf die Fraktionssitz-Verteilung eigentlich geritzt wird. Denn es ist nicht so – auch mit dieser Korrektur der GPK –, dass, wenn man jetzt neu die Reststimmen aus einer Listenverbindung, wenn man diese nach Gewicht, also nach Listenverbindungsmitgliedsgrösse, aufschlüsselt, also die, die kleine Parteien gewählt haben – Listenverbindung –, deren Stimmen zählen am Schluss bei der Kommissionssitzverteilung weniger. Ich kann so weitermachen. Es gibt diverse Probleme. Die einfache Lösung würde eigentlich sagen: "Ja, verzichten wir auf Listenverbindungen." Denn es ist einfach nicht klar, was mit den Restparteien passiert. Es ist aber auch nicht klar, was mit kleinen Parteien passiert, deren Stimmen von grossen Parteien mitgenommen werden und dann in neue Fraktionen zu liegen kommen. Es könnte sogar im Extremfall sein, dass das Verhältnis – nach unseren Überlegungen – zwischen den Fraktionen und den Kommissionssitzen, eigentlich aus dem Ruder läuft, potenziell auf eine Art entkoppelt wird. Es müsste allerdings schon sehr blöd laufen. Aber stellt euch einmal vor: Es gibt eine Listenverbindung mit ganz vielen kleinen Parteien, die Listenglück gehabt haben und damit aufgerundete Sitze bekommen haben, so dass sie eine relativ grosse Fraktion werden, einmal angenommen, die würden sich alle zu einer Fraktion zusammenrotten. Und es gibt eine andere Fraktion B, die grosses Listenpech hatte. Und dort hat es nachher verhältnismässig wenige Sitze, aber viele Stimmen gehabt, absolut. Die haben nachher viel mehr Kommissionssitze in der Tendenz als jene, die in Bezug auf die Stadtratssitze Listenglück hatten. Also das klingt jetzt hier so, als ob das ausgleichende Gerechtigkeit wäre. Aber es wird nachher einfach im Extremfall in den Kommissionssitzen nicht das Machtverhältnis repräsentiert.

Kurz und gut. Wir haben das Gefühl, man hätte es, wenn schon, einfach mit den Parteistimmen machen können, wenn man dann schon so genau sein will. Und noch einfacher ist, dass wir das bestehende System belassen, denn wir denken: Selbst, wenn es jetzt ab und zu ein bisschen Krach gibt in einer Fraktionspräsidienkonferenz, es kann ja auch einen gewissen Vorteil haben. Und es wurde in der ersten Lesung von Marcel

schon gesagt: Wenn es eine gewisse Flexibilität gibt im System, das heisst, wenn jemand sehr gerne in eine Aufsichtskommission möchte, kann dann irgendwie in der nächsten Legislatur oder irgendwo anders jemand vielleicht kürzertreten. Es darf ein bisschen ausgehandelt werden, finden wir zumindest. Und schliesslich noch zum Verständnis der Fraktionspräsidienkonferenz. Wir glauben nicht, dass die Fraktionspräsidienkonferenz sich noch zusätzlich demokratisch legitimieren muss. Das ist ein Ausschuss eines bereits demokratisch legitimierten Gremiums. Und das ist ein bisschen wie das Wählen hier von Kommissionsmitgliedern, dass man dort den mehr oder weniger determinierten Prozess verfolgt. Es sollte also nicht eine Plattform sein, die Fraktionspräsidienkonferenz, für politischen Machtkampf. Man darf also erwarten, dass die Bürgerlichen jetzt hier RGM im Moment nicht überstimmen. Wir sehen also die Notwendigkeit nicht. Ich finde es ehrlich gesagt ein bisschen die Quadratur des Kreises, hier eine Gewichtung zu machen in einem Gremium, in dem eigentlich per Definition jede Fraktion qua Fraktion einfach eine Stimme hat, jetzt plötzlich eine Gewichtung einzuführen. Also man kann dann nachher irgendwie spielen und ganz viele Fraktionen machen, um dort irgendwie eine Mehrheit zu bekommen. Das dünkt uns alles einfach überzogen und vor allem auch ein komischer Diskurs. Wenn man wirklich anfängt zu gewichten, dann werden nachher auch Interessen geweckt. Es wird eine Diskursverschiebung geben. Am Schluss wird es ein politisches Gremium. Und das wollen wir alle nicht. Und deshalb werden wir all die Anträge, die mit Listenverbindungen zu tun haben, und auch den Antrag, dass es gewichtet wird, ablehnen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: In einer Demokratie ist es das eine, an die Macht zu kommen. Ist man eines Tages dort angekommen, ist es etwas anderes, die Macht zu erhalten. Und zum Machterhalt gibt es unterschiedliche Methoden. Im heute vorliegenden Geschäft thematisieren wir mehrere kleine Zahnräder, die aber ineinandergreifend genau zu so einem Machterhalt beitragen können. In Diskussionen über Wahlsysteme und der Frage nach dem System, nach welchem die Mandate verteilt werden, sollte man sich eigentlich vom Gedankenspiel und vor allem vom Rechenspiel lösen, ob wohl die eigene Partei und die eigene Fraktion bei einem der Systeme ein bisschen mehr profitieren können als beim anderen. Man sollte eigentlich aus einer möglichst neutralen und rein demokratiepolitischen Optik heraus an so ein Thema herangehen. Insofern finde ich es auch bei diesem Geschäft, ich habe es schon einmal bei einem anderen Geschäft gesagt, ein bisschen schade: Es wird im Vortrag schon super durchgerechnet, welche Fraktion in welchem System wie hätte profitieren können. Denn ihr könnt mir erzählen, was ihr wollt – das kann einen starken Einfluss darauf haben, wie ihr die grundsätzliche Frage beantwortet. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn würde sich ganz grundsätzlich, also auch bei der Verteilung der Stadtratssitze einen Systemwechsel zum St. Laguë wünschen, explizit auch bei der Verteilung der Gemeinderatssitze und der Stadtratssitze. Es ist noch nicht allzu lange her, dass wir einen Vorstoss diskutiert haben, der gefordert hatte, dass man auch bei den Gemeinderatswahlen, die in der Stadt Bern bekanntlich im Proporz stattfinden, Listenverbindungen eingehen kann. Und ich habe euch dann das reale Beispiel der Stadt Thun erklärt. Was ist in der Stadt Thun passiert? Die Stadt Thun hat auch ihre Exekutive im Proporz gewählt, hat auch Hagenbach-Bischoff angewendet. Und in der Stadt Thun hat die SVP mit lediglich 31,46% Wähleranteil 3 von 5 Gemeinderatssitzen gestellt. Überlegt euch einfach: Hätte die Stadt Thun St. Laguë, hätte die SVP nur 2 gemacht. Sie würden also mit 31,64% nur 40% der Sitze belegen und nicht 60%. Ja, das ist ein extremes Beispiel und ja,

wenn ihr ein Gremium mit nur 5 Sitzen verteilt, ist das natürlich eine grössere Differenz, als wenn ihr den Stadtrat mit 80 Mandaten nehmt. Aber rein, damit ihr euch vorstellen könnt, was die konkrete Differenz zwischen diesen Verteilsystemen sein kann, ist das Beispiel aus der Stadt Thun eben sehr greifbar und sehr anschaulich.

Die Fraktion FDP-Jungfreisinn begrüsst sehr, dass künftig bei der Verteilung der Kommissionssitze die effektiv bei den Wahlen erzielten Stimmen als Grundlage genommen werden sollen. Und diejenigen, die jetzt kritisieren, dass wir dort auch noch auf die Listenverbindungen schauen sollten, die hätten gerne einen Gegenantrag stellen können, dass wir die Stimmen jener Listen nehmen sollten, die die Sitze erhalten haben. Was aber ganz klar nicht sein kann, ist, dass wir beim heutigen Modell bleiben, dass wir also zuerst Stimmen nehmen, in denen notabene die Listenverbindungen drin sind. Jetzt ist Raffael, glaube ich, gerade rausgegangen und das Rechenspiel muss man beim Bier erklären. Also er hat so getan, als könnte man mit weniger Stimmen mehr Sitze machen als andere mit mehr Stimmen. Das stimmt nicht. Ich weiss nicht, was er sich dort genau überlegt hatte. Aber der Punkt ist: Bei jeder Verteilung von Sitzen könnt ihr aufs Neue Proporzglück oder Proporzpech haben. Und wenn ihr aufgrund der Stimmen, die ihr bei den Wahlen erhält, die 80 Sitze verteilt, könnt ihr als Fraktion Pech haben. Wenn man nachher aber die 80 Sitze für die nächste Verteilung wieder als Basis nimmt, multipliziert sich euer Pech, weil ihr in der nächsten Verteilrunde wieder Pech habt. Ihr habt ein zweites Mal Proporzpech. Wenn man aber für die Kommissionssitzverteilung auf die Grundgesamtheit der Stimmen zurückgeht, haben alle nochmals die gleiche Chance, an ihren Sitz zu kommen. Also überlegt euch gerade als Vertreter kleiner Fraktionen sehr gut, ob ihr wirklich gegen diesen Systemwechsel stimmen wollt. In diesem Zusammenhang unterstützt unsere Fraktion explizit den Antrag 15 von Marcel Wüthrich. Denn: Wenn wir die nichtständigen Kommissionen noch einmal in einer separaten Verteilrunde verteilen, dann kommt ihr zum dritten Mal in das Proporzpech hinein und es profitiert zum dritten Mal die grosse Partei mit dem höchsten Wähleranteil – jedes Mal auf das Neue. Es gab nämlich auch ein Gezänk bei der Zusammensetzung der NSB 22: 11 Sitze. Die hat man allein verteilt und die Fraktion zu meiner Rechten hat einen Sitz mehr bekommen, als sie eigentlich bekommen hätte, wenn wir die 11 Sitze in die Grundgesamtheit genommen hätten. Die kleinste Fraktion dort oben ist bei beiden Verteilrunden leer ausgegangen. Also: Überlegt euch wirklich ganz gut, gerade als ganz kleine Fraktion, wie ihr bei diesen Anträgen stimmt.

Aus Sicht der Fraktion FDP-Jungfreisinn ist es sehr einleuchtend, dass alle Kommissionensitze, ob ständig oder nicht, in einer Verteilrunde verteilt werden müssen. Denn wie gesagt, sonst kann es sein, dass ihr dreimal hintereinander Proporzpech habt und leer ausgeht. Apropos grosse und kleine Fraktionen: Unsere Fraktion ist sehr irritiert darüber, dass der Antrag 2 GB/JA! anscheinend jetzt in der GPK eine Mehrheit gefunden hat. Es war jetzt viele, sehr viele Jahre Usus, dass in der Fraktionspräsidienkonferenz alle Fraktionen eine Stimme hatten. Das hat dazu geführt, dass alle Stimmen, auch die der kleineren Fraktionen, zumindest in diesem Gremium ernstgenommen wurden. Und ja, vielleicht hat dort halt nachher die rot-grüne Mehrheit ausnahmsweise sogar mal in einer Situation mit der Minderheit verhandeln und sich auf einen Kompromiss einigen müssen. Und ja, vielleicht habt ihr den Prozess anfangs dieser Legislatur als ein bisschen mühsam empfunden, weil ihr halt wirklich ausnahmsweise mal mit diesen doofen kleinen Fraktionen das Gespräch suchen und sie ernstnehmen musstet. Werden die Stimmen in der Fraktionspräsidienkonferenz künftig gewichtet, bekommen die Fragen dort für alle Fraktionen ausserhalb des rot-grünen Machtbündnisses auch in dem Gremium zur reinen Statistenfunktionen. Es wird nachher auch in der Fraktionspräsidienkonferenz nur noch das serviert, worauf sich Rot-Grün vorgängig irgendwo in einem

Hinterzimmer bereits geeinigt hat. Und wenn ihr wirklich als Grundannahme die Steigerung der demokratischen Legitimität von Entscheiden genommen habt, dann seid ihr also zumindest bei diesem Antrag grandios gescheitert. liebe GPK. Zum Schluss noch Antrag 16: Wir Stimmen diesem zu und begrüßen eine klare Regelung. Verlässt eine Person eine Fraktion, soll die Fraktion die Möglichkeit haben, den Kommissionssitz neu zu verteilen. Ich kann mir die Bemerkung nicht verkneifen: Am Ende des Tages gehören bei einer Proporzwahl die Sitze einer Liste und nicht einer Person. Wenn man also schon den Sitz im Parlament verliert, soll man nicht auch noch den Sitz in der Kommission abgeben müssen.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann hat Seraphine Iseli das Wort für die GB/JA! -Fraktion.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Die Grundsatzhaltung der GB/JA!-Fraktion zu den meisten Punkten habe ich ja schon in der ersten Lesung gesagt. Wir begrüßen es, dass man sich auf die Berechnungsmethode geeinigt hat, weil es sehr sinnvoll ist, bei jedem Legislaturbeginn die gleiche Formel zu verwenden. Jetzt komme ich aber zur Verteilung der Kommissionssitze, die für uns ein wichtiges Thema ist. Anders als der GPK-Sprecher gesagt hat, ist nicht Antrag 2, 3 zurückgezogen worden, denn das ist der GPK-Antrag, sondern die Anträge 1 und 4. Antrag 2 und 3 ist eben auch der GPK-Antrag. Und wir erachten diesen als sehr wichtig, weil – der GPK-Sprecher hat es auch gesagt – die Fraktionspräsidienkonferenz hauptsächlich ein Informations- und Koordinationsgremium ist. Und für uns ist darum klar, dass ein solches Gremium nicht so zentrale demokratische Entscheide fällen soll wie die Verteilung der Kommissionssitze am Anfang der Legislatur. Und da muss ich auch dem AL-Sprecher widersprechen, der gesagt hat, dass die Stimmen nicht gewichtet werden sollen, weil es kein demokratisch legitimes Gremium sei, wie du gesagt hast. Aber dann sollte es eben auch nicht solche Entscheide treffen. Wenn es das aber macht, wie es das bisher tat, dann sollte man auch die Anzahl Parlamentsmitglieder gewichten. Dort ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum die erste Amtshandlung eines neugewählten Parlaments, nämlich die Verteilung der Sitze, gerade von einem willkürlichen Gremium wie der Fraktionspräsidienkonferenz getroffen werden soll. Denn das Parlament wird gewählt, um die Interessen der Wählerinnen und Wähler zu vertreten und auch jene, die nicht wählen können. Und das soll nicht beim ersten Entscheid gleich nicht berücksichtigt werden. Wir haben darum den Antrag 2 eingereicht, der von der GPK übernommen wurde. Auch wir finden es wichtig, dass der Wähler*innenwillen eben bei dieser zentralen Frage gut abgebildet wird, und dass die Anzahl der Parlamentsmitglieder mehr Gewicht haben soll als die Anzahl der Fraktionen. Denn so ist es eigentlich bis jetzt Usus. Man könnte viel mehr Fraktionen bilden, aber das ist ja wie auch nicht das Ziel der Sache. Deshalb, also aus demokratiepolitischer Überzeugung bitten wir euch, diesem Antrag zuzustimmen. Die anderen Anträge der GPK sind für unsere Fraktion nachvollziehbar, und diesen werden wir auch zustimmen.

Präsidentin: Merci, Seraphine. Dann hat Denise Mäder das Wort für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Die Fraktion GLP/JGLP/EVP hat sich auch noch einmal mit den Anträgen zur Teilrevision des Geschäftsreglements intensiv auseinandergesetzt, vor allem auch mit der Festlegung dieser Berechnungsgrundlagen und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen. Wir möchten hier vor allem eingehen auf die Gesichtspunkte "Stimmen innerhalb der FPK" und die Berechnungsmodelle für

die Kommissionssitze. Uns ist übergeordnet auch aufgefallen, dass bei einem Grossteil der Anträge schon klar ist, dass es hier wo immer möglich um eine Zementierung des aktuellen Machtverhältnisses geht. Eine Mehrheit kann über eine Minderheit bestimmen. Der Idee eines inklusiven Rates, einer inklusiven Kommission, die eine Meinungsvielfalt abbildet und eine vielfältige Meinungsbildung überhaupt zulässt, wird nicht gross Beachtung geschenkt. Und wir finden das ein sehr einseitiges Demokratieverständnis. Konkret zeigt sich das im Antrag 2, 3, über den wir dann als erstes abstimmen werden, diese Gewichtung der Stimmen anhand der Fraktionsstärke in dieser Fraktionspräsidentenkonferenz. Nach unserem Verständnis ist eben gerade die FPK ein Gremium, wo mittels Diskussion und Verhandlung eine Übereinkunft stattfinden kann. Vielleicht braucht es dazu ein bisschen mehr Kompromiss, ein bisschen mehr Zeit. Aber das mag es leiden. Eine Fraktion – eine Stimme. Das mit der Begründung "Abbilden des Wähler*innenwillens" ändern zu wollen, ist irgendwie sehr durchschaubar.

Was für unsere Fraktion wahnsinnig wichtig ist, ist der Antrag 7 beziehungsweise die Anträge 8 und 9 über die Berechnung der Sitzansprüche. Wir unterstützen hier klar den Vorschlag 7 der GPK, dass die Berechnung nach dem St. Laguë passieren soll. Die Grundlagen und die Fakten warum, habt ihr in den Unterlagen zur Genüge. Mit St Laguë haben wir eine Berechnungsmethode, die den Wähler*innenwillen einfach exakter abbildet als Hagenbach-Bischoff. Der Mythos, dass so kleinere Parteien bevorzugt werden, ist einfach zur Genüge widerlegt. Es ist, wie gesagt, schlicht eine exaktere Grundlage, um das Ganze ohne Bias abbilden zu können. Wir meinen es ernst damit. Ein faires und exaktes Wahlverfahren ist für die ganze Stadt Bern in unseren Augen zentral. Deshalb werden wir heute auch einen Vorstoss erneut einreichen, wonach die Anpassung bei allen Proporzahlen der Stadt Bern von Hagenbach-Bischoff zu St Laguë geprüft werden soll, weil ein exaktes Berechnungsmodell im Interesse aller ist. Denn jede Stimme zählt. Zurück zur Teilrevision. Für unsere Fraktion ist klar, dass wir neu nach St Laguë das Verfahren dieser Sitzanspruchs berechnen wollen. Das hat für uns so viel Gewicht, dass wir andernfalls auch die ganze Teilrevision ablehnen. Noch der Vollständigkeit halber: Diskutiert haben wir natürlich auch Antrag 6, die Berechnungsgrundlage, wie wir vorher schon von verschiedener Seite gehört haben. Die nötige Präzisierung sehen wir natürlich. Wir fragen uns aber in der Fraktion schon, ob es jetzt für die Berechnung der Kommissionssitze wirklich noch die Stimmen braucht, die in dem Sinn nicht im Rat drin sind, haben aber natürlich auch das Argument berücksichtigt mit der grösseren Datengrundlage und der darum noch präziseren Berechnung, wodurch das Proporzpech minimiert werden soll. Den Anträgen 10 bis 13 und 16 von der GPK werden wir auch folgen.

Präsidentin: Merci, Denise. Dann kommt Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wir haben das bei der SVP auch diskutiert. Das Wahlsystem ist manchmal ein bisschen Lotterie, auch wenn man Listenverbindungen hat. Wie bereits gesagt wurde, kann man Glück haben oder vielleicht eben auch weniger Glück. Und wir, die wir eine kleine Fraktion sind, würden eher so ein bisschen das alte Wahlsystem bevorzugen und möchten eigentlich lieber keinen Wechsel in der ganzen Angelegenheit.

Den Anträgen 15 und 16 werden wir zustimmen, und somit wäre das etwa das, das wir machen werden. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Thomas. Dann kommt Béatrice Wertli für die Mitte-Fraktion.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Thomas, bist du so schnell gewesen. Ich war noch nicht bereit. Wir haben heute schon X Mal das Wort gehört, was demokratisch ist und was Demokratie ist. Demokratie im Parlament besteht aus 2 Elementen. Es geht um die Durchsetzung des Mehrheitsentscheids erstens, und zweitens aber auch darum, Minderheiten zu schützen, wenn es um den Zugang zu Informationen geht und auch dort um das Durchsetzen der Interessen. Wenn wir die Vorlage und die meisten Anträge anschauen, stellen wir fest, dass das erste, also die Durchsetzung der Mehrheitsentscheide die Richtschnur offenbar sowohl für die Vorlage als auch für die meisten Anträge ist. Kurzum. Ein Machterhalt. Und das kann es nicht sein und das ist nicht demokratisch. Und vielleicht auch noch dazu, was ich vorher von meiner Vorrednerin der GB/JA!-Fraktion gehört habe, dass die Fraktionspräsidienkonferenz ein willkürliches Gremium sei. Das zeugt von sehr wenig Respekt vor Institutionen und vor Personen und Leuten, die sich genauso engagieren im Parlament oder in der Fraktionspräsidienkonferenz. Das ist nicht willkürlich. Das sind die Leute, die von ihrer Fraktion bestimmt werden, ein Präsidium zu übernehmen und das auch auszuführen.

Weitere Anträge verkomplizieren auch das Reglement. Sie sind Verfeinerungen und man wird den Eindruck fast nicht los, dass sich Bern neu erfinden will, wenn es um gewisse Vorgänge oder Reglemente geht, die in anderen Parlamenten, zum Beispiel im nationalen Parlament, schon gelten.

Die Richtschnur für die Mitte-Fraktion ist ganz klar die folgende. Es geht nicht ausschliesslich darum, Mehrheitsentscheide durchzusetzen, sondern genau gleich auch darum, Minderheiten zu schützen. Und ich kann mich sehr meiner Vorrednerin anschliessen, wenn es darum geht, dass man mit der Berechnungsmethode in dem Sinn nicht jemand anderes bevorzugen will, sondern dass man einfach eine richtige Berechnungsmethode will. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Béatrice. Wir sind bei den Einzelvoten. Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Ich sage das jetzt nur schnell als Kommissionsprecher. Seraphine hat mich schon darauf hingewiesen korrekterweise. Ich habe einen kleinen Fehler gemacht und darum sage ich das auch ein bisschen zur Ehrenrettung der GPK, gerade nach der Kritik von Tom Berger. Wir haben tatsächlich die Gewichtung in der GPK ausgemehrt gegen eine Abstimmung im Stadtrat über die Verteilung der Kommissionssitze. Die GPK hat also somit nicht bevorzugt, dass es eine Gewichtung innerhalb der Fraktionspräsidienkonferenz gibt. Merci.

Präsidentin: Merci Szabolcs. Wenn es keine Einzelvoten mehr hat, hat der Gemeinderat das Wort. – Er verzichtet.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Ich habe es vorhin gesagt: Wir stimmen hier nach dem alten Verfahren ab, das heisst, dass wir jetzt auch über die Anträge abstimmen, die bei der ersten Lesung schon vorgelegen sind. Und wir sind auf der Seite 2 der Antragsliste. Wir sind bei Artikel 11 Absatz 3. Der Antrag 1 GB/JA!-Fraktion ist zurückgezogen und wir stimmen ab über den Antrag 2 GB/JA! und GPK aus zweiter Lesung als Antrag 3.

Antrag

2 GB/JA und 3 GPK aus 2. Lesung

3 Die Stimmen der Fraktionspräsidien werden anhand der Fraktionsstärke gewichtet. Die Vertretung des Gemeinderats, die Leitung des Stadtratssekretariats und

die Leitung der Stadtkanzlei haben beratende Stimme. Das Präsidium des Stadtrats stimmt nicht mit; es verfügt über den Stichentscheid.

Abstimmung Nr. 004

2021.SR.000140: Antrag 2 und 3

Ablehnung

Ja	13
Nein	53
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die beiden Anträge abgelehnt. Dann sind wir bei Artikel 11 Absatz 4. Die Anträge 4 und 5 sind zurückgezogen.

Wir stimmen ab über den Antrag 6 GPK aus der zweiten Lesung. Der ist auf Seite 4.

Antrag

6 GPK aus 2. Lesung

4 Die Fraktionspräsidienkonferenz setzt den Verteilschlüssel für die Zuteilung der Kommissionssitze an die Fraktionen **aufgrund der in der Stadtratswahl insgesamt erzielten Parteienstimmen pro Fraktion** fest.

Stimmen von Parteien, mit welchen Listenverbindungen eingegangen wurden, die aber keinen Stadtratssitz erzielt haben, werden dabei mitberücksichtigt und proportional auf die Parteien der betreffenden Listenverbindung aufgeteilt.

~~In den Kommissionen ist für eine proportionale Vertretung der Fraktionen zu sorgen. Verliert eine Fraktion während einer Legislaturperiode ihren Fraktionsstatus, wird eine neue Fraktion gebildet oder verändern sich die Fraktionsstärken, entscheidet die Fraktionspräsidienkonferenz über die Neufestsetzung des Verteilschlüssels. Der neue Verteilschlüssel gilt ab Anfang des folgenden Kalenderjahrs.~~

Abstimmung Nr. 005

2021.SR.000140: Antrag 6

Ablehnung

Ja	24
Nein	43
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

Dann gibt es als nächstes eine Gegenüberstellung, und zwar des Antrags 8 SP-JUSO zusammen mit dem Antrag 9 Marcel Wüthrich GFL. Die Personen, die diesen bevorzugen, drücken Grün, und wer den Antrag der GPK aus der ersten Lesung, also den Antrag 7 bevorzugt, drückt Rot, wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag

8 SP/JUSO und 9 Marcel Wüthrich, GFL

4 [...] **Für die Berechnung der Sitzansprüche der Fraktionen wird das ~~Sainte-Laguë-Verfahren~~ Hagenbach-Bischoff-Verfahren angewandt.**

7 GPK aus 1. Lesung

4 [...] **Für die Berechnung der Sitzansprüche der Fraktionen wird das Sainte-Laguë-Verfahren angewandt.**

Abstimmung Nr. 006

2021.SR.000140: Antrag 8 und 9 vs. Antrag 7

Antrag 7 obsiegt

Ja	19
Nein	48
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der GPK aus erster Lesung, der Antrag 7. Wir stimmen ab über den Antrag 7.

Abstimmung Nr. 007

2021.SR.000140: Antrag 7

Annahme

Ja	48
Nein	19
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag 7 ist angenommen.
Wir stimmen ab über den Antrag 10 GPK aus erster Lesung.

Antrag

10 GPK aus 1. Lesung

5 (neu) *Gibt es während der Legislatur einen Wechsel in der Parteilzusammensetzung der Fraktionen oder wird eine neue Fraktion gegründet, so werden die Sitzansprüche der Fraktionen gemäss Absatz 4 neu berechnet.*

Abstimmung Nr. 008

2021.SR.000140: Antrag 10

Annahme

Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag 10 ist einstimmig angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 11 der GPK aus erster Lesung.

Antrag

11 GPK aus 1. Lesung

6 (neu) *Wechseln Stadtratsmitglieder während der Legislatur die Fraktion, wird der Verteilschlüssel nicht neu festgesetzt.*

Abstimmung Nr. 009

2021.SR.000140: Antrag 11

Annahme

Ja	66
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Dann stimmen wir ab über den Antrag 12 und 13 von der GB/JA!-Fraktion und der GPK aus zweiter Lesung.

Antrag

12 GB/JA und 13 GPK aus 2. Lesung

7 (neu) ***Sie legt den Turnus für das Präsidium des Rates und der ständigen Kommissionen (Dauer und Wechsel unter den Fraktionen) fest.***

Abstimmung Nr. 010

2021.SR.000140: Antrag 12 und 13

Annahme

Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Antrag 14 von der GB/JA!-Fraktion ist zurückgezogen.

Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 15 von Marcel Wüthrich von der GFL.

Antrag

15 Marcel Wüthrich, GFL

2 Die Sitze aller ständigen ***und nichtständigen*** Kommissionen werden zusammengezählt und auf die Fraktionen verteilt.

Abstimmung Nr. 011

2021.SR.000140: Antrag 15

Ablehnung

Ja	9
Nein	55
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Dann stimmen wir ab über den Antrag Nummer 16 der GPK aus erster Lesung.

Antrag

16 GPK aus 1. Lesung

Art. 19b Amtsdauer, Amtszeitbeschränkung

1 Die Amtsdauer der Mitglieder der ständigen Kommissionen beträgt vier Jahre. ***Sie endet vorzeitig bei einem Austritt aus der Fraktion.***

Abstimmung Nr. 012

2021.SR.000140: Antrag 16	
Annahme	
Ja	66
Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 16 ist angenommen.

Dann stimmen wir zum Schluss noch über die Revision in der so bereinigten Form ab.

Abstimmung Nr. 013

2021.SR.000140: Schlussabstimmung	
Annahme	
Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Revision einstimmig angenommen.

2000.GR.000608

9 Zukunft Bahnhof Bern (ZBB): Bau- und Verkehrsmassnahmen Stadt Bern: Überbauungsordnung (ÜO), Auflage- und Einspracheverfahren

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 9. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die PVS: Die PVS hat die Überbauungsordnung (ÜO) ZBBS am 15. August diskutiert. Mit dem Bau der neuen SBB-Publikumsanlage und dem neuen RBS-Bahnhof wird der Sektor bei der Welle 7, am Bubenbergplatz und dem Hirschengraben zu einem neuen Hauptausgang des Bahnhofs. Die Leute, die aus dem neuen Bahnhof strömen, verteilen sich dann in der Stadt, in die Bereiche des städtischen Fuss- und Veloverkehrs und des ÖV. Die wichtigsten Elemente der städtischen Massnahmen sind die Reduktion des MIV um 60% auf der Achse Bubenbergplatz – Bollwerk, die Vergrösserung der Fläche für den Fuss- und Veloverkehr am Bubenbergplatz und die unterirdische Personenpassage am Bubenbergplatz. Mit der ÜO ZBBS werden die Massnahmen jetzt bewilligt. Weitere Bewilligungen sind dann nicht mehr nötig. Nach dem Entscheid des Stadtrates wird das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR) die ÜO dann genehmigen.

Das Geschäft hat bereits eine lange Geschichte und wir haben im Stadtrat Ende 2020 ausführlich über die städtischen Massnahmen diskutiert. 2021 hat das Volk ZBBS deutlich zugestimmt. Darauf sind noch verschiedene Stellungnahmen eingegangen, insbesondere von der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege (EKD), insbesondere zum Hirschengraben. Basierend auf diesem Gutachten zum Gartendenkmalschutz und der Stellungnahme der Kommission ist der Projektteil Hirschengraben noch einmal überarbeitet worden. Ein erneutes Gutachten der EKD bewertet das Projekt jetzt positiv, was für das Bewilligungsverfahren sehr wichtig ist. Das überarbeitete Projekt mit

den vorgenommenen Projektanpassungen hat letztes Jahr eine öffentliche Auflage durchlaufen und es sind dann Einspracheverhandlungen gefolgt bis Ende April 2024. 6 Einsprachen betreffend der Personenpassage sind noch offen. Das AGR wird entscheiden, ob die städtische Vorlage bewilligt wird oder ob die Einsprachen genehmigt werden. Die kantonale Genehmigung ist für Mitte 2025 geplant. Frühestmöglicher Baustart ist Ende 2026.

Dann komme ich zu den wichtigsten Anpassungen des Projekts nach der Überarbeitung. Beim Hirschengraben können 20 der 25 bestehenden Bäume erhalten bleiben. 5 werden ersetzt. Im ursprünglichen Projekt hätten diese Bäume ersetzt werden müssen. Zudem wird es in der Mitte des Platzes einen Mergelbelag geben und eine Pflasterung an den Rändern. Die Notwendigkeit der Personenpassage wurde nochmals geprüft und bestätigt. Die Personenpassage wurde etwas verschmälert und auf dem Platz zentral ausgerichtet. Das Bubenberg-Denkmal wird temporär in die Mitte des Platzes verschoben. Zudem können zusätzliche Bäume an der Laupen- und an der Neubrückstrasse gepflanzt werden. Weitere Anpassungen sind im Hinblick auf das Verkehrsregime nötig, dies insbesondere in Bezug auf die Aufhebung der eingeschränkten Abzweigerverbindung in der Laupenstrasse und in der Genfergasse für den Wirtschaftsverkehr. Diese Ausnahme soll den Wirtschaftsverkehr auf der Achse vom Inselspital über den Bubenberg und den Bahnhofplatz zum Bollwerk erleichtern. Diese Ausnahme für den Wirtschaftsverkehr soll jetzt in einem Pilotprojekt geprüft und dann analysiert werden.

In der PVS war die Notwendigkeit der ZBBS unbestritten. Diese Massnahmen braucht es für den Anschluss des neuen Bahnhof-Hauptausgangs an den städtischen Raum. Ohne die Reduktion des MIV um 60% geht es nicht. Insbesondere oder insgesamt wurden vor allem auch die Anpassungen am Hirschengraben sehr positiv bewertet. Dass jetzt die allermeisten Bäume im Hirschengraben erhalten werden und noch zusätzliche Bäume gepflanzt werden können, ist höchst erfreulich. Im Bereich der Klimaanpassung konnten alle Stadtratsbeschlüsse, also Beschlüsse, die beim ZBBS oder nachträglich entschieden wurden, umgesetzt werden. Lange diskutiert haben wir in der PVS über die Anpassung des Verkehrsregimes mit der Ausnahme für den Wirtschaftsverkehr und über 5 Stadtratsbeschlüsse im Perimeter Bollwerk, die noch nicht umgesetzt werden können.

Zum Pilotversuch Wirtschaftsverkehr sind uns auch noch einige Erklärungen gegeben worden. Und eine Mehrheit der PVS ist der Ansicht, dass es ein sinnvolles Vorgehen ist, dass es sinnvoll ist zu definieren, was man unter notwendigem Wirtschaftsverkehr versteht und was die Auswirkungen dieser Ausnahme auf das Verkehrsaufkommen ist. Zur Aufwertung des Perimeters Bollwerk sind noch 5 vom Stadtrat 2022 entschiedene Sofortmassnahmen offen. Im Vortrag wird erläutert und auch an der Kommissionssitzung wurde weiter erläutert, dass diese Massnahmen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht umsetzbar sind, sondern erst nach der Umsetzung des ZBBS und dem Neubau des SBB-Gebäudes realisiert werden können. Man sieht an den PVS-Anträgen, dass wir uns darüber unterhalten haben. Und in den Anträgen 1, 2, 3 und 4 geht es darum, den Abbau der MIV-Spur stadtauswärts zu Gunsten von Flächen für den Fuss- und Veloverkehr voranzutreiben und die Verbreiterung des Trottoirs am Bollwerk 8 bis 12 und um einen autoarmen Bahnhofplatz und um die Verkehrssicherheit für die Velos bei der Speichergasse. Die Anträge der PVS anerkennen, dass eine sofortige Umsetzung nicht möglich ist, fordern aber eine baldmögliche Umsetzung.

2 weitere Anträge der PVS fordern, dass freie Wandflächen an der Neubrückstrasse von Graffitikünstlern*innen gestaltet werden können und dass der Gemeinderat aufzeigt, wie die Veloparkierung beim Hirschengraben nach Aufhebung der Parkplätze am

Hirschengraben gelöst werden kann. Insgesamt hat in der PVS fast Einigkeit geherrscht, dass die ÜO ein wichtiger und richtiger Schritt zur Umsetzung von ZBB ist, und sie beantragt dem Stadtrat mit 8 zu 0 bei einer Enthaltung Annahme des Geschäfts.

Präsidentin: Merci, Laura. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Für die GB/JA!-Fraktion Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wenn ich richtig gezählt habe, ist das jetzt das 4. Mal seit ich in dem Stadtrat bin, dass wir über die ZBBS diskutieren. Ich bin schon lange im Stadtrat, aber es ist auch ein sehr grosses Projekt mit einer sehr langen Planungszeit und es wird auch nach dieser Debatte noch nicht in trockenen Tüchern sein, denn, das kann man im Vortrag lesen, es gibt immer noch Einsprachen, die hängig sind und es wurde noch keine Einigung für alle gefunden.

Ich muss sagen, wir von der GB/JA!-Fraktion sind froh – und die Kommissionssprecherin hat es gesagt –, dass das Projekt seit der Volksabstimmung noch einmal umgekrempelt werden musste, denn jetzt scheint es plötzlich möglich zu sein, einen Teil unserer Forderungen umzusetzen, von denen es früher geheissen hat, das gehe leider nicht. Es freut uns zum Beispiel sehr, dass die Gartendenkmalpflege oder wer auch sonst immer genug Druck machen konnte auf das Projekt, damit es jetzt plötzlich möglich ist, die Bäume am Hirschengraben doch zu erhalten. Dass man die Bäume ursprünglich fällen wollte, nur um Platz zu machen für ein Denkmal, das dann irgendwann einmal wieder weggestellt werden sollte, war von Anfang an sehr absurd. Und darum sind wir froh, dass das jetzt abgewendet werden konnte.

Positiv ist auch, dass der Hirschengraben jetzt nicht durchgehend gepflastert wird, wie man das eigentlich einmal geplant hatte, sondern dass auch die Sachen aufgenommen wurden aus der Debatte letztes Mal, dass man jetzt doch in der Mitte diesen Mergelbelag lässt. Es gibt hier zu diesen Bäumen noch einen Antrag der GaP, der fordert, dass wenn man diese Bäume fällen müsste, weil sie wirklich sehr krank wären, man diese zwingend durch Rosskastanien ersetzt. Wir werden den Antrag ablehnen. Wir haben für den ersten Teil des Antrags sehr grosse Sympathien. Wir finden, dass man die Bäume nur Fällen sollte, wenn sie wirklich krank sind. Da denke ich mir, dass Stadtgrün doch an diesen Bäumen hängt und dass sie das auch richtig machen werden. Ob es jetzt Rosskastanien sein müssen, bin ich nicht so sicher. Die Hauptsache ist: Es hat dort grosse, schöne Bäume.

Allerdings verstehen wir nicht, wieso das Bubenberg-Denkmal unbedingt im Hirschengraben bleiben soll. Laut dem Fazit der Gartendenkmalpflege, das auf Seite 5 des Vortrags wiedergegeben wird, sollte das Denkmal nämlich eigentlich entfernt werden. Und auch der Gemeinderat schreibt, dass das Ziel verfolgt werden soll, das Denkmal dann irgendwann auf den Bubenbergplatz zu stellen. Nur hat es dort halt jetzt leider keinen Platz. Und jetzt machen wir ein riesiges Tamtam, um das Denkmal temporär innerhalb des Hirschengrabens umzuplatzieren. Ich habe vor 4 Jahren an dieser Stelle einmal gesagt, der Herr von Bubenberg sei ein Kriegstreiber gewesen, was mir sehr, sehr viele erboste Mails eingebracht hat. Ich glaube, ich habe noch nie so viele Rückmeldungen bekommen aus der Bevölkerung. Ob er jetzt ein Kriegstreiber gewesen ist oder nicht, sollten wir jetzt hier nicht noch einmal verhandeln. Was aber klar ist für mich, ist, dass das Denkmal sehr martialisch ist. Anstatt dass man das aufwendig in den Hirschengraben integriert und es dann irgendwann einmal wieder entfernt, und dann soll es doch auf den Bubenbergplatz, finden wir: Lassen wir doch das Denkmal einfach weg. Und darum haben wir unseren Antrag 12 eingereicht.

Über den Sinn und Unsinn der Personenunterführung, wie das der erste Antrag der GaP tut, wollen wir jetzt hier nicht noch einmal diskutieren. Wir haben das zur Genüge diskutiert. Wir sind mehr oder weniger kritisch gewesen, aber wir haben schlussendlich gesagt: „Okay, das ist so.“ Deshalb lehnen wir auch diesen Antrag ab. Es scheint uns nicht sehr zielführend, jetzt noch einmal bei Adam und Eva anzufangen. Nur so viel: Wer die Visualisierung dieser geplanten Passage gesehen hat, merkt, dass sie ziemlich langweilig und farblos daherkommt. Graffitikunst am Bau würde die Passage sicher aufwerten und beleben und darum haben wir auch unseren Antrag 8 eingereicht.

Wie man aus den Anträgen sieht, und das hat auch die Kommissionssprecherin gesagt, gibt ein Perimeter, der eigentlich gar nicht zum Projekt gehört, noch einiges zu reden, nämlich das Bollwerk. Das ist aus der ZBBS ausgeklammert worden, weil man zuerst abwarten wollte, wie es dort weitergehen soll mit dem SBB-Gebäude am Bollwerk. Allerdings ist die Verkehrssituation auf dem Abschnitt zwischen Schützenmatte und Bahnhof alles andere als befriedigend. Das Trottoir ist so schmal, dass man nicht kreuzen kann. Die Velos müssen sich ihren Weg zwischen den Bussen hindurchkämpfen und stadtauswärts kommt es auf der Höhe der Speichergasse täglich zu brenzligen Situationen. Die Verkehrsplanung weiss, dass seit Jahren etwas geändert werden muss, passiert ist aber noch nichts. Der Stadtrat hat schon mehrmals Massnahmen gefordert, und die Verwaltung hat sogar einen Kredit abgeholt für die Umsetzung von Sofortmassnahmen "ohne tiefe bauliche Eingriffe". Umgesetzt wurden diese aber nicht. Im Vortrag wird jetzt ausgeführt, dass das wohl in naher Zukunft auch nicht passieren wird. Die Begründung: Der Verkehr habe nicht so stark abgenommen, wie man das gehofft habe. Und darum könne man jetzt leider die MIV-Spur nicht abbauen. Und jetzt müssen halt die Velofahrenden und die zu Fuss Gehenden selber ein bisschen schauen, wie sie unfallfrei über das Bollwerk kommen. Und jetzt, was ist jetzt genau der Plan? Sollen wir jetzt mal ein bisschen hoffen, dass es dann doch irgendwann mal ein bisschen weniger Autos hat? Wir alle wissen, dass sich der Verkehr nicht einfach auflöst, sondern dass man zur Reduktion des Verkehrs auch etwas machen kann, nämlich zum Beispiel, indem man ihm weniger Platz gibt. Die Reduktion einer Fahrspur würde genau dazu führen, dass man dort weniger Autoverkehr hat, wie man das auch will. Und darum würde der Abbau dieser MIV-Spur eigentlich genau in die Richtung gehen, wo man hinkommen will. Und darum finden wir, dass man das jetzt unbedingt umsetzen muss, und zwar nicht einfach irgendwann. Die Anträge 1 und 2 der PVS sind uns hier zu wenig explizit. Wir sehen, dass es immer wieder Verzögerungen im Projekt ZBB gibt. Das hat nicht nur mit der Stadt zu tun, sondern auch mit der SBB. Es kann darum noch viele Jahre gehen, bis das fertig gebaut ist und dann die Sofortmassnahmen umgesetzt werden können. So viel Zeit haben wir aber aus unserer Sicht nicht, um die Verkehrssituation am Bollwerk zu verbessern. Darum haben wir unsere Anträge 10 und 3 – wieso die in dieser Reihenfolge drin sind, ist mir nicht ganz klar – eingereicht. Diese fordern, dass eben die geplanten Sofortmassnahmen sofort umgesetzt werden und nicht erst am Sanktimmerleinstag. Der PVS-Antrag 6 ist für uns ein bisschen schwammig formuliert und kann in die eine oder andere Richtung verstanden werden. Wir verstehen es so, dass man zwingend Massnahmen umsetzen muss, um den Unfallschwerpunkt Abzweiger Speichergasse so schnell wie möglich zu entschärfen. Das "Prüfen" bezieht sich aus unserer Sicht darauf, was und wie das am besten gemacht werden soll. Wir wollen es der Verkehrsplanung nicht vorschreiben, aber wir wollen einfach, dass der Unfallschwerpunkt endlich entschärft wird.

Ich möchte auch betonen, dass für die GB/JA!-Fraktion die einzige Lösung für diesen Perimeter ein autofreier Bahnhofsplatz ist. Die kurzfristigen Massnahmen sind nötig, aber sie sollen nicht ein Vorwand sein dafür, dass man nicht alles daransetzt, um das

eigentliche Ziel des autofreien Bahnhofplatzes so schnell wie möglich umzusetzen. Um dieser Forderung noch einmal zum wiederholten Mal Nachdruck verleihen, haben wir sie auch noch einmal in einen Antrag gegossen, nämlich den Antrag 5. Und natürlich stimmen wir auch dem PVS-Antrag 4 zu. Auch dem PVS-Antrag 9 stimmen wir zu. Die Veloparkierung rund um den Bahnhof ist aus unserer Sicht nach wie vor nicht gelöst. Mit dem Umbau des Hirschengrabens werden die temporären Veloparkplätze ganz verschwinden, und schon jetzt gibt es zu wenige oberirdische, schnell zugängliche Abstellplätze rund um den Bahnhof. Das Thema bleibt also ein Dauerbrenner. Und deshalb ist dieser Antrag nach wie vor wichtig und zentral. Unser Antrag 11 ist eigentlich selbsterklärend. Der Rat hat beschlossen, dass kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum in Zukunft nicht mehr zulässig sein soll. Es ist nichts als konsequent, auf das Erstellen von Reklametafeln zu verzichten. Sonst widersprechen wir eigentlich unseren eigenen Entscheid in diesem Rat.

Dem gesamten Geschäft stimmen wir zu. Es ist klar, dass man etwas machen muss. Der Bahnhof wird gebaut. Es ist wichtig für den Verkehrsknotenpunkt, es ist wichtig für den ÖV, es ist wichtig für das Zentrum der Stadt. Es gibt nach wie vor Verbesserungspotenzial. Wir hoffen, dass jetzt die Sofortmassnahmen wirklich sofort umgesetzt werden, und, dass wir irgendwann einmal in naher Zukunft einen schönen Bahnhofplatz haben.

Präsidentin: Danke, Katharina. Dann kommt Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion wird dieser ÜO auch zustimmen, egal, wie die Anträge am Schluss ausgehen. Uns wurde – Katharina Gallizzi hat das vorhin ein bisschen ausgeführt – zum Teil der Vorwurf gemacht, dass die verkehrlichen Anträge nicht ganz in diese ÜO hineingehören. Auch ich möchte einfach daran erinnern: Wir haben in der Volksabstimmung mit einer Mehrheit beschlossen, dass wir den MIV über den Bahnhofplatz um 60% reduzieren wollen. Es ist wohl klar, dass das nur geht, wenn man eben über der zentralen Verkehrsachse Lichtsignalanlagen anpasst, Verkehrsmanagement macht, und indem man eben auch Spur-Umverteilungen entlang des Bollwerks vornimmt. Entsprechend ist es nichts als sachlogisch, dass wir dazu auch Anträge stellen. Das nur so zur Einordnung. Nachher – meine Vorrednerin hat das eigentlich auch schon sehr gut ausgeführt – finde ich persönlich wirklich die Situation im Bauwerk tragisch und traurig aus ganz verschiedenen Aspekten. Das Trottoir entlang des Bahnhofsgebäudes ist eindeutig viel zu schmal. Bei einer Veranstaltung auf der Schützenmatte sieht es schrecklich aus. Da kann man sich gegenseitig auch nicht mehr ausweichen und zum Beispiel die Busse von Bernmobil, die ja im Vortrag auch erwähnt werden, weil sie im Stau stehen, können hier einfach den Leuten kaum ausweichen. Das finde ich sicherheitstechnisch sehr bedenklich, dass man einfach dieser Situation so zuschaut und keine Massnahmen ergreift. Und die Sofortmassnahmen, die wir vor 2 Jahren hier im Stadtrat verabschiedet haben und für die wir einen Kredit gesprochen haben, die werden jetzt einfach heimlich so auf Seite 15 des Vortrags irgendwie auf den Sanktimmerleinstag hinausgeschoben. Und das ist einfach problematisch, weil man jetzt hier wirklich einmal hätte anfangen können mit guten verkehrlichen Massnahmen. Und was es auch noch zu sagen gibt, auch das hat Katharina Gallizzi schon erwähnt: Die Speichergasse ist wirklich auch ein totales No-Go, der Abzweiger dort. Dort ist es sicher angezeigt, dass man vor Baubeginn, wenn möglich, irgendetwas macht. Und übrigens auch die 60%-Reduktion: Man sagt jetzt, man fange jetzt dann mit der Bahnhofssperre mal an, mit ZBBS, und dann könne dann ohnehin nicht

mehr so viel Verkehr passieren, und dann schaue man während der Bauarbeiten, während das Bauprojekt läuft, während dieser Ausführung, wie man dann, wenn das wieder aufgeht, diese minus 60% erreichen könne. Ich frage mich einfach bei dieser Strategie, ob das dann am Schluss nicht abschreckender ist, wenn man von einem Tag auf den anderen den Bahnhofplatz einfach sperrt, als wenn man jetzt eben über die Jahre, die noch bleiben – es sind wahrscheinlich nicht mehr so viele, aber ein paar Jahre würden noch bleiben –, versucht, mit Verkehrsmanagementmassnahmen den Verkehr zu reduzieren. Mir wurde auch auf Anfrage bei der Verkehrsplanung gesagt, dass genau auf dieser Achse entlang des Bahnhofs eben die Verkehrsmanagementmassnahmen der zentralen Verkehrsachse – das war auch das Geschäft, das wir hier verabschiedet haben – genau dort natürlich noch nicht umgesetzt wurden. Es ist dann auch kein Wunder, dass der MIV nicht sinkt, denn man hat ja offensichtlich einfach noch fast nicht eingegriffen. Da haben wir offenbar eine Differenz, aber nichtsdestotrotz werden wir das Geschäft mittragen. Wir finden auch, politisch sei die Diskussion um die Personenunterführung, glaube ich, definitiv genug lange geführt worden, und es soll jetzt über die Beschwerden und dann vielleicht mal noch über ein Gericht entschieden werden, ob man die jetzt bauen soll oder nicht. Und was ja schon gut ist, ist der Zusammenhang, dass, damit die Personenquerung funktionieren kann, es eben die MIV-Reduktion braucht. Und das ist, glaube ich, das Ziel, für das wir uns eben mit der Volksabstimmung ausgesprochen haben. Ich gehe noch schnell auf die Anträge ein in aller Kürze. Der erste PVS-Antrag betrifft eben genau die Sofortmassnahmen. Wir werden dem zustimmen, aber einfach nur, weil wir glauben, dass der andere von GB/JA! abgelehnt wird oder keine Mehrheit finden wird. Darum ist er das kleinere Übel. Aber er ist sicher jetzt nicht in unserem Sinn. Der zweite ist ähnlich. Dazu möchte ich einfach sagen: Die Trottoirverbreiterung abhängig zu machen von dem SBB-Ersatzbau oder einem Neubau, den es dann gibt, dünkt mich eine halb gute Idee. Wenn man bedenkt, dass die Speichergasse jetzt ungefähr anderthalb Jahre aufgerissen war, dann sollte es doch möglich sein, 200 Meter Trottoir zu verbreitern. Es wird wahrscheinlich 2035 ungefähr, bis dort etwas Neues steht, vielleicht noch ein bisschen länger. Und ich weiss nicht, ob es sich lohnt, so lange auf ein Trottoir zu warten. Aber wir werden auch dem zustimmen im Sinne eines Kompromisses.

Antrag 3 GB/JA! werden wir zustimmen. PVS-Antrag 4 auch. Antrag 5 GB/JA!: Ich habe mich noch schnell unterhalten mit einigen von der GB/JA!-Fraktion. Ich meine, "autofrei" ist ein Gummibegriff. Ist "autoarm" "autofrei"? Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Wir finden eigentlich "autoarm" die richtige Strategie. PVS-Antrag 6 werden wir ebenfalls zustimmen, was auch immer das heisst. Das ist wohl ein bisschen schwierig zu interpretieren mit dem Abzweiger. PVS-Antrag 7 ebenfalls. Antrag 8 GB/JA! ebenfalls. Antrag 9 PVS ebenfalls und Antrag 10 GB/JA! ebenfalls, damit die Trottoirverbreiterung sofort oder möglichst bald kommt. Nachher Antrag 11 und 12 GB/JA! werden wir ablehnen. Ich sage noch kurz etwas zu den 3 Anträgen GaP: Ich habe es schon gesagt, betreffend der Personenunterführung waren wir einmal sehr kritisch, aber wir wehren uns jetzt nicht mehr gross politisch dagegen. Das ist, glaube ich, wirklich gelaufen. Nachher die Tram-Schleife: Es steht ja, dass es ein fernes Ziel ist, diese vielleicht zum Schutz des Hirschgrabens aufzuheben. Ich glaube, so absolut kann man das jetzt nicht fordern. Und zum letzten Antrag: Wir finden auch, dass, wenn man jetzt nur auf Rosskastanien setzt, es dann vielleicht auch ein bisschen einseitig ist. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Michael. Das Wort hat Timur Akçasayar für die SP-JUSO.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Die vorliegende Überbauungsordnung ist ein bedeutender Meilenstein für die Stadtentwicklung, den öffentlichen Verkehr und auch für die Verkehrsreduktion auf der Achse Inselplatz bis Schützenmatte. Es ist elementar, dass wir die baulichen Massnahmen beim Hirschengraben sorgfältig planen und rechtzeitig zur Eröffnung des neuen RBS-Tiefbahnhofs fertigbauen. Die SP-JUSO-Fraktion wird der vorliegenden Überbauungsordnung zustimmen und unterstützt weiterhin alle Massnahmen zur Verkehrsreduktion. Nur mit der Verlagerung des MIV zugunsten des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs und der Neuorganisation des Verkehrs werden wir einen funktionierenden Bahnhof und auch funktionierende Plätze haben. Sobald diese Verkehrsmassnahmen auch Wirkung zeigen, kann der nächste grosse Schritt angegangen werden, nämlich eine Aufwertung der ganzen Achse, vom Hirschengraben bis zur Schützenmatte. Das bedeutet, dass man städtebaulich etwas daraus machen kann, aber auch die Umsetzung der festgelegten Standards für den Fuss- und Veloverkehr, so, wie wir sie haben. Der Gemeinderat hat die Anliegen des Stadtrates ernstgenommen und die Anträge des letzten Jahres so weit wie möglich umgesetzt. Die Kommissionsprecherin hat es schon ausgeführt. Die Projektanpassungen zeigen, dass die verantwortlichen Dienststellen fähig sind, auf berechnete Einwände einzugehen, und auch probieren, umsetzbare Lösungen zu finden. Die jetzt vorliegenden baulichen Planungen für die Personenunterführung auf dem Platz Hirschengraben werden den Bereich aufwerten und der Bevölkerung, aber auch speziell den Pendler*innen einen Mehrwert bringen.

Wir nehmen auch mit grosser Freude zur Kenntnis, dass die Stadt mit den Wirtschaftsverbänden eine Lösung finden konnte und ein Pilotprojekt starten wird. Die Ziele der Verkehrsreduktion müssen unbedingt erreicht werden. Daran gibt es nichts zu rütteln, sonst funktioniert der ganze Raum Bahnhof nicht. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Verbänden und die Erarbeitung von Ausnahmeregelungen kann sichergestellt werden, dass zum Beispiel die Elektrikerin oder der Spengler zeitnah bei den Kunden sind und ihre Arbeit verrichten können und nicht irgendwo im Stau stecken bleiben oder durchs Quartier fahren müssen.

Kommen wir jetzt zu den Anträgen. In der PVS haben wir recht lange über das Geschäft, aber auch über verschiedene Anträge diskutiert. Auch die beschlossenen Sofortmassnahmen vom Januar 2022 waren ein Thema. Wir finden, der Gemeinderat habe in seinem Vortrag gut dargelegt und auch in der Kommission sehr gut erklärt, warum diese nicht sofort umgesetzt werden können. Durch verschiedene Beschlüsse hier im Stadtrat sind die Anliegen, die in den Anträgen der PVS, aber auch von GB/JA! gefordert werden, heute schon in der Pipeline. Die Frage ist nur, wann sie umgesetzt werden. Eine sachbezogene Politik muss auf veränderte Rahmenbedingungen und Erkenntnisse reagieren können. Beim Bollwerk sind verschiedenste Planungen im Gang, ein neues SBB-Gebäude und sogar vielleicht eine zweite Tram-Achse. Jetzt etwas zu bauen und umzusetzen, wie wir es eigentlich einmal beschlossen haben, heisst aus unserer Sicht nämlich unter Umständen vernichtetes Geld, das man für soziale Projekte verwenden könnte. Nehmen wir an, die Spurreduktion zugunsten des Veloverkehrs und die Einführung des Mischverkehrs für den ÖV und den MIV führe dazu, dass schlussendlich der ÖV gar nicht mehr durchkommt. Denn aktuell gibt es eigentlich viel zu viel Verkehr. In dem Moment, in dem die Massnahmen, die wir schon beschlossen haben, im ganzen Perimeter, im Gesamtsystem, funktionieren, wird der Verkehr abnehmen. Und dann kann man beim Bollwerk einiges ändern. Eine nachhaltige Verkehrspolitik spielt nicht den ÖV, den Fussverkehr und den Veloverkehr gegeneinander aus. Auch wenn die

Anliegen schon in der Pipeline sind, unterstützen wir die PVS-Anträge, um der Wichtigkeit eines Velostreifens stadtauswärts und einer Verbreiterung des Trottoirs Nachdruck zu verleihen.

Kommen wir noch zum Antrag 4 der PVS zu den Arbeiten für einen autoarmen Bahnhofplatz. Wie wir ja wissen – hier drin haben wir schon durch einen Vorstoss, der überwiesen wurde, gehört, dass die verschiedenen Gremien bereits mit der Abklärung angefangen haben, insbesondere die Regionalkonferenzbern-mittelland. In diesem Zusammenhang verstehen wir den Antrag 5 GB/JA! betreffend dem autofreien Bahnhofplatz nicht, denn gemäss der Begründung, die ihr schreibt, wollt ihr ja auch einen autoarmen Bahnhofplatz, also das, was eigentlich der PVS-Antrag auch unterstützt. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen, weil er eigentlich nicht nötig ist. Was die Graffiti-freifläche Neubrücke-strasse angeht - Antrag 7 der PVS – die nehmen wir an und in diesem Zusammenhang natürlich auch den Antrag 8 GB/JA!. Es macht Sinn, dass eine Kulturhauptstadt wie Bern prüft, ob dort unten eine farbenfrohe Gestaltung mit Graffiti möglich ist, nicht als Freifläche, sondern als Gesamtkunstwerk wie bei der heutigen Personenunterführung Bümpliz-Nord.

Und das Beste habe ich natürlich für den Schluss aufgehoben, denn ich habe schon fast Mitleid mit dem armen Adrian von Bubenberg, aber nur fast. Wir werden den Antrag 12 GB/JA! ablehnen; nicht, weil wir Adrian verherrlichen oder super finden, sondern weil wir ein bewilligungsfähiges Projekt brauchen, und uns keine Verzögerungen mehr leisten können. Es tut mir leid, wenn ich die Kolleginnen daran erinnern muss, dass das Thema bereits gegessen ist. Sie vergessen scheinbar die übermächtige Denkmalpflege, die bei diesem Thema nicht mitmachen wird. Persönlich finde ich es schade, wenn man solche Denkmäler aus dem öffentlichen Raum entfernt. Denn aus den Augen, aus dem Sinn kann auch eine Lebenseinstellung sein. Aber um sich mit der Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen, dafür könnte man eigentlich das Denkmal auch brauchen. Aber wie gesagt, das Thema ist gegessen und da machen wir nicht mit. Zusammenfassend: Wir werden dem Geschäft zustimmen, die Anträge der PVS annehmen, den Antrag 8 GB/JA! annehmen und alle anderen Anträge ablehnen. Und noch ein letzter Satz zu den Anträgen der GaP. Es ist, wie von meinen Vorrednerinnen gesagt wurde, schon gegessen. Man hat darüber schon X Mal diskutiert – und nicht zu vergessen, die Stimmbevölkerung hat dem zugestimmt. Deshalb lehnen wir diese auch ab.

Präsidentin: Merci, Timur. Dann kommt Irina Straubhaar für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Der Entscheid zur Überbauungsordnung ist vor allem ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Realisierung von "Zukunft Bahnhof Bern". Wer jetzt regelmässig am und um den Bahnhof unterwegs ist, weiss, wie knapp der Platz manchmal ist, wobei momentan natürlich die Situation durch die vielen Baustellen noch verschärft wird. Die neue Personenpassage Hirschengraben wird schon einmal eine Entlastung für die grossen Personenströme bieten und die Westseite des Bahnhofs gegenüber dem Bahnhofplatz noch mehr stärken. Gleichzeitig wird mit der angepassten Gestaltung des Hirschengrabens eine verbesserte Platzsituation entstehen. Die übrigen Verkehrsmassnahmen, insbesondere die Reduktion des MIV, werden ebenfalls die Verkehrssituation um den Bahnhof verbessern. Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion unterstützt daher die vorliegende Überbauungsordnung. Was die Anträge betrifft, so wird unsere Fraktion die PVS-Anträge unterstützen. Sie sind im Gegensatz zu den von GB/JA! eingereichten Anträgen gut abgestimmt und haben die richtige Flughöhe. Die

Anträge von GB/JA! sind aus unserer Sicht teilweise eine Zwängerei, auch wenn wir nachvollziehen können, dass man gerne sofort eine verbesserte Situation am Bollwerk hätte. Aber es ist auch einfach eine Realität, dass es Abhängigkeiten gibt, die dazu führen, dass gewisse Sachen nicht immer sofort umgesetzt werden können. Wir werden sie wie gesagt ablehnen. Die Anträge, die als Tischvorlage aufliegen, lehnen wir sowohl aus inhaltlichen als auch aus ordnungspolitischen Gründen ab.

Präsidentin: Merci, Irina. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP/JF lehnen die neue Überbauungsordnung, die ZBBS, im Grundsatz ab, weil sie die Realitäten verkennt und nicht praxistauglich ist. Zu unseren Standpunkten im Einzelnen: Der Baustein 2, die Personenpassage Hirschengraben finden wir im Grundsatz gut. Die geplanten Bauten gehen in die richtige Richtung. Die übrigen Verkehrsmassnahmen, namentlich die Bausteine 1, 3 und 4 sind aus unserer Sicht nicht zweckmässig. Darum lehnen wir sie ab, insbesondere die geplanten Verkehrsbeschränkungen auf der Laupenstrasse und in der Genfergasse. Sie sind aus unserer Sicht sogar kontraproduktiv. Bei einer Verkehrssimulation beziehungsweise beim Prüfen der Auswirkungen der geplanten Vorhaben sind wir zu folgenden Erkenntnissen gekommen: Die von der Stadt angestrebte Entlastung der Laupenstrasse wird zwar voraussichtlich teilweise erreicht werden können, der Bahnhofplatz wird davon aber nicht profitieren können – im Gegenteil: Es führt sogar zu Mehrverkehr auf der Achse des Bahnhofplatzes. Bei der Länggasse gibt es 2 Effekte: Einerseits nimmt der Verkehr in Richtung Bahnhof ab, der Verkehr aus dem Quartier in Richtung Autobahn nimmt aber stark zu. Auf der Achse Bühlstrasse – Mittelstrasse wird es zu Mehrverkehr von bis zu 20% kommen. Dasselbe gilt auch für die Stadtbachstrasse. Gerade an der Mittelstrasse gibt es schon jetzt zu Stosszeiten immer Schwierigkeiten, dass man durchkommt, und das ist vor allem auch für den Velo- und Fussverkehr eine gefährliche Situation. Die grossen Verlierer sind aber die Bewohner des Mattenhofs und des Monbijouquartiers. Auf der Ziegler- und Effingerstrasse wird es zu massivem Mehrverkehr kommen. Die geplante Unterscheidung von Wirtschafts- und Privatverkehr erachten wir nicht als eine taugliche Lösung, sondern eine theoretische Übung. Die Mobilität ist ein Grundpfeiler unserer modernen Gesellschaft und eine Grundlage für unseren Wohlstand.

Fazit: Die Realisierung des Projekts ZBB hat negative Verkehrsauswirkungen auf das Länggassquartier und auf das Mattenhofquartier. Die Quartiere werden stärker belastet, und das kann ja nicht Sinn und Zweck der Übung sein. Die geplanten Massnahmen führen sogar zu Mehrverkehr auf der Achse des Bahnhofplatzes. Ich komme noch kurz zu den Anträgen. Die Anträge von GB/JA! lehnen wir ab. Der Bahnhof ist wichtig als Transitverbindung und ist wie eine Hauptschlagader eines Organismus. Wenn man die Schlagader zumacht, muss man zumindest eine taugliche Alternative schaffen wie einen Schanzentunnel oder eine andere Entlastungsstrasse. Beides ist aber nicht vorgesehen. Dafür, dass sich diese Fahrzeuge einfach so von heute auf morgen in Luft auflösen sollen, wurde der Tatbeweis noch nicht erbracht. Man verkennt die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten bei den Anträgen von GB/JA!. Zu den Anträgen der PVS haben wir Stimmfreigabe beschlossen. In der Tendenz sind wir aber kritisch, also eher nein. Die Anträge der GaP lehnen wir ebenfalls aus formellen und inhaltlichen Gründen ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Dann kommt Janosch Weyermann für die SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Die Überbauungsordnung ist für uns natürlich auch nicht gerade so lustig. Wir sehen vor allem die Verkehrsmassnahmen, die geplant sind im Rahmen dieser Überbauungsordnung. Ich spreche vor allem die Sperren für den MIV im Bereich Laupenstrasse, Neubrückestrasse und auch Genfergasse an. Es sind für uns untaugliche Möglichkeiten. Was es bräuchte, wären einfach auch praxisnahe Verkehrslösungen und nicht irgendwelche ideologischen Lösungen, wie man sie jetzt hier präsentiert und vor allem noch torpediert mit X Anträgen, die ja das Ganze in dem Sinn nur verzögern. Jetzt hat man eigentlich etwas, das dem Gusto von Rot-Grün eigentlich entspricht. Die Verkehrsdirektorin will offenbar auch den Verkehr reduzieren. Und nachher kommen natürlich wieder Anträge, die noch weitergehen, bei denen man wirklich sagt, man wolle den Verkehr komplett ausradieren. Und wenn man jetzt mit Anträgen kommt, die eben eigentlich einen autofreien Bahnhofplatz wollen, gefährdet man natürlich im Prinzip das Ganze einfach. Was es braucht in euren Augen, ist ja ein bewilligungsfähiges Projekt, aber ihr gefährdet es mit diesen Anträgen eigentlich nur. Ich würde euch empfehlen, die Anträge entsprechend abzulehnen, die hier von GB/JA! eingereicht wurden. Grundsätzlich muss ich der Verkehrsdirektorin danken, dass sie mit der Wirtschaft hier eine Lösung gefunden hat für den Wirtschaftsverkehr, damit dieser nach wie vor fliessen kann. Es ist wichtig, dass er durch die Stadt kommt, dass die Wirtschaft jeden Tag ihre Arbeit leisten kann. Die Wirtschaft leistet grosse Arbeit in dieser Stadt. Sie leistet einen grossen Teil am Steuerertrag und darum ist es nichts als richtig, dass man sie auch von Anfang an miteinbezogen hat und jetzt eigentlich auch eine Lösung hat, die ja bewilligungsfähig ist. Und darum ist es schade, dass einmal mehr Anträge kommen, die eine Lösung, die für uns so ein bisschen unter Schadensbegrenzung geht von Seiten SVP, torpediert. Aber wir sind uns das nicht anders gewohnt und darum bitte ich euch doch, die Anträge entsprechend abzulehnen. Wir werden die Überbauungsordnung so oder so ablehnen, weil für uns der MIV doch noch eine gewisse Wichtigkeit hat. Oliver Berger hat es vorhin gesagt, die Strasse ist wie eine Hauptschlagader. Aber wenn ihr diese kappt, dann löst sich der Verkehr nicht einfach in Luft auf wie Hokusfokus. Der wird sich einfach verlagern in die umliegenden Quartiere und das sind dann auch die Leute, die sich beschweren über den Verkehr, über den Suchverkehr. Und dem Klima ist ja auch nicht gedient, wenn es Suchverkehr gibt, wenn die Leute grosse Umwege machen müssen. Und wenn man natürlich vor allem eben auch sagt: Ein Autobahnausbau rund um die Stadt komme nicht in Frage, dann frage ich mich schon, wohin der Verkehr gehen soll. Darum lehnen wir alle Anträge ab und die Überbauungsordnung lehnen wir leider auch ab.

Präsidentin: Merci, Janosch. Sibyl Eigenmann für die Mitte-Fraktion.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Irina Straubhaar hat eigentlich so ein bisschen mein Votum vorweggenommen. Danke vielmals für die guten Argumente.

Wir werden alle Anträge ablehnen ausser der Nummer 7 für die Graffiti. Denn wir haben das Gefühl, dass das etwa der einzige Antrag ist, der das Projekt nicht weiter verzögert. Ich kenne eigentlich kein Bauprojekt in dieser Stadt, das schnell vorwärtsght. Und manchmal müssen wir uns vielleicht auch fragen, woran das liegt. Und jetzt haben wir ein sehr gutes Beispiel. Das ist jetzt das zweite Mal, dass wir darüber diskutieren und wir haben wieder Anträge. Es sind teilweise dieselben oder ähnliche Anträge. Und ich finde es etwas absurd, dass wir als einfache Politiker, Parlamentarier das Gefühl haben, wir könnten einen Antrag für ein so riesiges Bauprojekt eingeben, ohne dass das

wieder alles durcheinanderbringt. Das ist eine Vorlage, die möglichst rasch endlich einmal umgesetzt werden soll. Da noch irgendwo ein Trottoir verbreitern oder einen Abzweiger sperren oder den MIV irgendwie verringern zu wollen als Laien, die eigentlich keine Ahnung haben von dem Riesenprojekt, ist einfach wirklich absurd. Ich bitte euch deshalb, all diese Anträge abzulehnen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Sibyl. Wir sind bei den Einzelvoten. Simone Machado.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Die GaP hat in der Vergangenheit dazu beitragen können, dass das Projekt Bau- und Verkehrsmassnahmen Zukunft Bahnhof Bern redimensioniert werden konnte. Erfreulich ist, dass die Rosskastanien im Hirschengraben nicht auf alle auf einmal gefällt werden. Aber jetzt kommt anscheinend anstatt des Kahlschlags die Salamtaktik. Die Stadt Bern hat ein Gutachten erstellt, das sagt, dass diese Bäume mittelfristig ersetzt werden müssen. Wir haben schon länger auch ein Gutachten machen lassen, das kommt zu einem anderen Schluss. Diesen Bäumen geht es gut, sie sind gesund und sie können noch problemlos mindestens 50 bis sogar 100 Jahre leben. Aber der Reihe nach.

Zum ersten Antrag für den Verzicht auf die Personenunterführung äussere ich mich nur kurz. Wir haben schon viel darüber gesprochen. Sie ist teuer, hässlich und unnötig. Wir kommen zum zweiten Antrag zur Tram-Schleife. Sie durchschneidet den Hirschengraben in der Mitte. Das ist für den Park einfach störend. Seid ihr schon einmal vielleicht dort gesessen in der Beiz und nachher kam das Tram vorbei? Es passt nicht hinein und gehört entfernt, und zwar soll man das jetzt schon in die Planung aufnehmen.

Nochmals zum dritten Antrag zu den Bäumen. Wenn man einen Baum fällen will, sagt man einfach, er sei krank. Das ist eine bekannte Strategie. Darum verlangen wir beim Hirschengraben vertiefte Abklärungen, bevor man einen Baum fällt und damit der historische Charakter des Hirschengrabens auch erhalten bleibt, sollen ausschliesslich Rosskastanien gepflanzt werden. Auch der Eidgenössische Denkmalschutz empfiehlt das. Und schliesslich wollen die Zahnlose Schliessmundschnecke und Vierpunktameise weiterhin dort leben. Sie brauchen das Habitat.

Präsidentin: Merci, Simone. Dann kommt Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP), Einzelvotum: Ich rede ausschliesslich zum Antrag 12 des Grünen Bündnisses zur Entfernung des Denkmals für Adrian von Bubenberg. Adrian von Bubenberg war keineswegs ein Kriegstreiber, sondern ein Held, ein Volksheld. Er hat 1476 in Murten eine Verteidigungsarmee angeführt, die einer zwölftägigen Belagerung standgehalten hat, und nachher siegreich das burgundische Heer geschlagen. Die Eidgenossenschaft und insbesondere der Stand Bern ist Adrian von Bubenberg ewigen Dank schuldig. Und es gebührt Respekt für seine Leistung. Leider ist es heutzutage links-grüner Zeitgeist, die Leistungen unserer Vorfahren verächtlich zu machen. In diesem Sinn lehnen wir den Antrag ab.

Präsidentin: Danke, Bernhard. Wenn es keine Einzelvoten mehr gibt, hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ein gut erschlossener und leistungsfähiger Bahnhof ist zentral für die Stadt und die Region Bern. Mit dem Beschluss dieser Überbauungsordnung erfolgt ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung der städtischen Bau- und Verkehrsmassnahmen im Projekt Zukunft Bahnhof Bern.

Das Bahnhofumfeld ist ein zentraler öffentlicher Raum in unserer Stadt. Es ist auch nicht verwunderlich, dass viele Ansprüche an diesen Raum bestehen. Zum Teil sind das auch Ansprüche, die sich konkurrenzieren. In so einem komplexen Umfeld mit einer Verkehrsdrehscheibe und schützenswerten Objekten sowie erhaltenswerte Bäume liegen die Bestlösungen nicht einfach auf der Hand. Sie müssen geschaffen werden. Ich bin froh, dass uns das gelungen ist. Ich bin überzeugt, dass wir eine stimmige und belastbare Lösung aufzeigen. Das gilt für die gesamten städtischen Massnahmen zur ZBB und insbesondere für das Teilprojekt Hirschengraben. Wir haben schon im Vorfeld der Abstimmung hier im Stadtrat rege über dieses Projekt diskutiert. Ihr habt viele Fragen und Anträge gestellt. Viele eurer Forderungen zur Neugestaltung des Hirschengrabens sind eingeflossen. So können wir 20 der 25 Bäume am Hirschengraben erhalten. Und wir werden auch weitere Klimaanpassungsmassnahmen umsetzen. So sind gegenüber dem Projektstand von 2020 im grösseren Perimeter 15 zusätzliche Bäume geplant. Ich bin sehr froh, dass auch die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege insgesamt eine positive Stellungnahme zum überarbeiteten Projekt abgegeben hat. Das ist zentral für die Bewilligungsfähigkeit.

Verkehrlich sind und bleiben die Massnahmen eine grosse Herausforderung. Wir haben aber konkrete Lösungen, wie wir das angehen wollen. Wir haben sie im Vortrag. Ich muss euch aber schon sagen: Die Reduktion des MIVs um 60% ist kein Selbstläufer. Die Zielvorgabe ist unverändert, muss sie auch sein, denn sonst wird dieser Knoten nicht funktionieren. Ich bitte euch denn auch, nicht noch weitere Sachen draufzupacken. Die Herausforderungen sind schon hoch. Aber es ist kein Hokusfokus, was wir da machen. Das sind Verkehrsmanagementmassnahmen und natürlich nachher auch ein gutes Monitoring.

Noch kurz ein paar Worte zu den Einspracheverhandlungen. Die sind mehrheitlich positiv verlaufen. Kleinere Anpassungen am Projekt wurden vorgenommen, beispielsweise Optimierungen für den Veloverkehr, bei den Trottoirbreiten oder beim Anlieferverkehr. Zudem werden bei den geplanten Verkehrseinschränkungen in der Laupenstrasse und in der Genfergasse Ausnahmeregelungen für den Wirtschaftsverkehr geprüft. Wir erarbeiten gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und dem Gewerbe für nächstes Jahr einen entsprechenden Pilotversuch. Wir müssen das nämlich zuerst testen, denn wir begeben uns hier auf neue Wege. Klar ist, dass wir hier unterscheiden müssen zwischen dem vermeid- und dem verlagerbaren Verkehr und dem notwendigen Wirtschaftsverkehr. Noch ein paar Sätze zum weiteren Vorgehen: Gemäss der städtischen Bauordnung beschliesst der Stadtrat abschliessend über die vorliegende Überbauungsordnung. Sämtliche Projektänderungen werden nach dem Beschluss neu aufgelegt. Anschliessend wird der Gemeinderat die ÜO beim AGR zur Genehmigung einreichen. Das AGR wird im selben Schritt über die verbleibenden Einsprachen entscheiden.

Die vertieften Abklärungen zur Gestaltung des Hirschengrabens, die zusätzlichen Gutachten und Projektanpassungen haben die Umsetzung des Projekts um 2 bis 3 Jahre verzögert. Das Ziel, die Personenpassage Hirschengraben gleichzeitig mit der Eröffnung des neuen Bahnhofzugangs Bubenberg in Betrieb zu nehmen, ist nach wie vor erreichbar und streben wir natürlich auch an. Ob das gelingt, hängt natürlich auch vom Verlauf des Bewilligungsverfahrens ab.

Ich komme zu den Anträgen, zum Velostreifen stadtauswärts: Der Verzicht auf eine sofortige Verbreiterung des Velostreifens beim Bollwerk ist nicht mutlos, sondern einfach verantwortungsvoll. Die Verbreiterung wird kommen. Aber zuerst muss der MIV deutlich reduziert werden, eben um 60%. Wenn wir zu früh weitere Massnahmen um-

setzen, riskieren wir einfach eine grosse Beeinträchtigung des ÖV an einer sehr zentralen Stelle. Sobald wir die ZBB-Massnahmen beim Bubenberg umgesetzt haben, können wir beim Bollwerk weitere Massnahmen umsetzen. Der PVS-Antrag ist so formuliert, dass er dem Rechnung trägt, und der Gemeinderat dem so zustimmen kann. Den Antrag GB/JA! lehnt der Gemeinderat ab, weil er dem eben nicht Rechnung trägt. Zur Trottoirverbreiterung beim Bollwerk: Die Verbreiterung muss zwingend mit dem Neubau von Bollwerk 2 bis 8 koordiniert werden. Ob diese Massnahme unter Umständen vor oder erst mit dem Neubau erstellt werden kann, können wir erst sagen, wenn das Wettbewerbsprogramm des Neubaus vorliegt, das wir aktuell mit der SBB definieren. Sie steht zudem in Abhängigkeit auch vom Entscheid zu einer zweiten Tram-Achse. Der Gemeinderat empfiehlt euch deshalb, den Antrag der PVS anzunehmen und denjenigen von GB/JA!, der eine sofortige Umsetzung verlangt, abzulehnen. Es ist nicht realistisch, einen autofreien Bahnhofplatz zu haben. Auch hier empfiehlt euch der Gemeinderat, dem Antrag der PVS zu folgen. Wir wollen den autoarmen Bahnhofplatz weiter vorantreiben. Wir müssen aber eins nach dem anderen anpacken. Denn, wie schon anfangs gesagt, die Reduktion des MIV um 60% ist wirklich kein Selbstläufer. Wir brauchen gut austarierete Lösungen, denn der Verkehr muss während und nach dem Bahnhofumbau wirklich funktionieren. Die Kommission Verkehr der Region, also RGSK (Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept), hat die Studie zum autoarmen Bahnhofplatz ja bereinigt und den Mitwirkungsbericht Ende 2024 verabschiedet. Die Stadt kann jetzt die konzeptionellen Abklärungen durchführen. Die Studie soll 2025 gestartet werden. Den notwendigen Wirtschaftsverkehr oder gar den ÖV hier auszuschliessen, lehnt der Gemeinderat ab. Dann noch zur Aufhebung des Rechtsabbiegens: Auch diesem Antrag der PVS kann der Gemeinderat zustimmen. Insbesondere werden wir alternative, kurzfristig umsetzbare Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eben auch für Velofahrende prüfen. Dann noch zu den Graffiti: Der Antrag der PVS ist unproblematisch, beim Antrag GB/JA! ist es schon etwas komplizierter. Vorgesehen ist ja, dass die Personenpassage hell und einladend gestaltet wird, um auch die Sicherheitsbedürfnisse dort zu erhöhen. Wir wollen das durch eine eigenständige Geometrie und die Beleuchtung unterstützen. Graffiti ist deshalb dort eigentlich nicht vorgesehen. Dann zum Monitoring der Veloabstellplätze rund um den Bahnhof: Dem PVS-Antrag stimmt der Gemeinderat zu. Das haben wir ohnehin vor und sind schon daran. Dann noch zu den Reklametafeln: Der Gemeinderat bittet euch, den abzulehnen. Wir müssen zuerst das Reglement überarbeiten, und anschliessend können wir weiterschauen. Einfach noch zur Klärung: Es geht nicht um mehr Reklametafeln, sondern es ist ein Ersatzplatz. Ganz kurz zum Bubenberg-Denkmal: Der Gemeinderat bittet euch natürlich, diesen Antrag abzulehnen. Das würde die Bewilligungsfähigkeit arg auf die Probe stellen. Wir würden hier ein grosses Risiko eingehen. Zum Verzicht auf die Personenpassage und zum Verzicht auf die Tram-Wendeschlaufe: Der Gemeinderat bittet euch, auch diese Anträge abzulehnen. Wir hatten dazu eine Abstimmung, und die Stimmbevölkerung hat dieser Passage zugestimmt. Und auf die Tram-Wendeschlaufe kann aus betrieblichen Gründen einfach im Moment nicht verzichtet werden. Zum Schluss der Antrag zu den Bäumen von GaP: Auch der Gemeinderat will die Bäume, die den Platz prägen, natürlich möglichst erhalten. Und eine Salamiaktik steckt dort überhaupt nicht dahinter. Wir haben ausgewiesene Fachexpert*innen auf diesem Gebiet bei Stadtgrün. Für jeden Baum, der dann vielleicht krank wird, eine externe Expertise erstellen zu lassen, wäre dann doch recht teuer und würde auch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich bitte euch deshalb, diesen Antrag abzulehnen und dem Geschäft so zuzustimmen.

Präsidentin: Merci vielmals, Marieke. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir starten mit der Antragsliste auf Seite 7.
Wir beginnen mit dem ersten Antrag der PVS.

Antrag

1 PVS

Die Sofortmassnahmen am Bollwerk (Velostreifen stadtauswärts) sollen im Kontext mit der Umsetzung der städtischen Verkehrsmassnahmen zur Reduktion des MIV auf der Achse Inselplatz – Bubenbergplatz - Henkerbrünnli umgesetzt werden.

Abstimmung Nr. 014

2000.GR.000608: Antrag 1

Annahme

Ja	52
Nein	16
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

Wir werden die Anträge 2 und 3 gegenüberstellen. Wie immer: Das, was ich als erstes sage, ist Grün und das zweite ist Rot. Wer den Antrag 2 der PVS bevorzugt, drückt Grün. Wer den Antrag 3 von GB/JA! und GFL bevorzugt, drückt Rot, wer sich enthält, Weiss.

Antrag

2 PVS

Die Trottoirverbreiterung wird in Abstimmung mit dem Neubau der SBB erfolgen. Eine vorzeitige Einführung wird nach Vorliegen des Wettbewerbsprogramms geprüft.

3 GB/JA!

Als weitere Sofortmassnahme ist am Bollwerk Seite Bahnhof eine Verbreiterung des Trottoirs von heute ca. 1.8 m auf ca. 2.6 m zu umzusetzen, wie dies gemäss SRB 2022-14 vom 13. Januar 2022 vorgesehen ist.

Abstimmung Nr. 015

2000.GR.000608: Antrag 2 vs. Antrag 3

Antrag 2 obsiegt

Ja	45
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Antrag 2 der PVS hat obsiegt. Wir stimmen ab über den Antrag 2.

Abstimmung Nr. 016

2000.GR.000608: Antrag 2

Annahme

Ja	53
Nein	17

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen.

Wir stellen den Antrag 4 dem Antrag 5 gegenüber. Wer den Antrag 4 PVS bevorzugt, drückt Grün, wer Antrag 5 der GB/JA!-Fraktion bevorzugt, drückt Rot.

Antrag
4 PVS

Der Gemeinderat treibt die Arbeiten für einen autoarmen Bahnhofplatz voran. Er schafft die Voraussetzungen, damit die Bahnhofachse aus dem MIV-Basisstrassennetz gestrichen wird.

5 GB/JA!

Der Bahnhofplatz ist autofrei zu gestalten.

Abstimmung Nr. 017

2000.GR.000608: Antrag 4 vs. Antrag 5	
Antrag 4 obsiegt	
Ja	52
Nein	18
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag 4 der PVS. Wir stimmen ab über den Antrag 4.

Abstimmung Nr. 018

2000.GR.000608: Antrag 4	
Annahme	
Ja	52
Nein	17
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

Wir stimmen ab über den Antrag 6 der PVS.

Antrag
6 PVS

Für die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist die Aufhebung des Rechtsabbiegens des MIV im Kreuzungsbereich Bollwerk-Speichergasse in die Speichergasse oder eine alternative Lösung zu prüfen, welche die Sicherheit der Velofahrenden in gleichem Masse verbessert.

Abstimmung Nr. 019

2000.GR.000608: Antrag 6	
Annahme	
Ja	53

Nein	16
Enthalten	1

Präsidentin: Er ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag 7 der PVS.

Antrag
7 PVS

In Zusammenarbeit mit dem Quartier und Graffiti-Künstler*innen wird geprüft, wie die freien Wandflächen (aufgrund des Verzichts der Lamellenwand) an der Neubrückstrasse gestaltet werden können.

Abstimmung Nr. 020

2000.GR.000608: Antrag 7

Annahme

Ja	60
Nein	9
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen.

Es wird wieder eine Gegenüberstellung geben, und zwar stellen wir Antrag 8 der GB/JA!-Fraktion Antrag 1 der GaP auf der Tischvorlage gegenüber, denn der Antrag der GAP fordert, dass man auf die Personenunterführung verzichtet. Und darum schliessen sie sich gegenseitig aus.

Wer Antrag 8 der GB/JA!-Fraktion bevorzugt, drückt Grün, wer den Antrag 1 der GaP, also der Simone, bevorzugt, drückt Rot, wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag
8 GB/JA!

In Zusammenarbeit mit dem Quartier und Graffiti-Künstler*innen wird geprüft, wie die Personen-Passage Hirschengraben farbig gestaltet werden kann

1 GaP

Auf die Realisierung der Personenunterführung ("Personenpassage") wird verzichtet.

Abstimmung Nr. 021

2000.GR.000608: Antrag 8 vs. Antrag 1

Antrag 8 obsiegt

Ja	48
Nein	6
Enthalten	15

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag 8 der GB/JA!-Fraktion.

Wir stimmen ab über den Antrag 8.

Abstimmung Nr. 022

2000.GR.000608: Antrag 8

Annahme	
Ja	43
Nein	20
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag 9 der PVS.

Antrag
9 PVS

Es ist aufzuzeigen, wie die Veloparkierung um den Bahnhof gelöst werden soll, nachdem die Parkplätze auf dem Hirschengraben aufgehoben sind und die Velostation Hirschengraben nicht gebaut werden kann.

Abstimmung Nr. 023

2000.GR.000608: Antrag 9	
Annahme	
Ja	53
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen.

Wir stimmen ab über den Antragsnummer 10 GB/JA! und GFL.

Antrag
10 GB/JA!

Stadtauswärts ist ab Bahnhofplatz bis Ende Bollwerk die Reduktion einer Fahrspur für den motorisierten Individualverkehr und die Realisierung von breiten Velostreifen nach den Standards des Masterplans Veloinfrastruktur umzusetzen, wie dies gemäss SRB 2022-14 vom 13. Januar 2022 vorgesehen ist.

Abstimmung Nr. 024

2000.GR.000608: Antrag 10	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	45
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag Nummer 11 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag
11 GB/JA!

Auf die zwei Reklametafeln auf dem südlichen Trottoir der Laupenstrasse ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 025

2000.GR.000608: Antrag 11	
---------------------------	--

Ablehnung

Ja	23
Nein	45
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Antrag 12 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

12 GB/JA!

Das Bubenbergsdenkmal ist vollständig vom Hirschengraben zu entfernen.

Abstimmung Nr. 026

2000.GR.000608: Antrag 12

Ablehnung

Ja	17
Nein	52
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt

Wir kommen jetzt noch zu der Tischvorlage und stimmen ab über Antrag 2 und 3 der GaP, der Simone.

Wir stimmen ab über den Antragsnummer 2, dass auf die Tram-Schleife in der Mitte des Hirschengrabens verzichtet werden soll.

Antrag

2 GaP

Auf die Tramschleife in der Mitte des Hirschengrabens wird verzichtet.

Abstimmung Nr. 027

2000.GR.000608: Antrag 2

Ablehnung

Ja	2
Nein	68
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen ab über den letzten Antrag der GaP, in dem es um das unabhängige Gutachten geht und darum, dass die Bäume konsequent ersetzt werden durch Rosskastanien.

Antrag

3 GaP

Die Bäume am Hirschengraben werden nach der Bauzeit nur ersetzt, wenn ein unabhängiges Gutachten nachweist, dass sie gefällt werden müssen. Die Bäume werden konsequent durch Rosskastanien ersetzt.

Abstimmung Nr. 028

2000.GR.000608: Antrag 3

Ablehnung

Ja	5
Nein	63
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu der Schlussabstimmung, und zwar stimmen wir ab über den Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form.

Abstimmung Nr. 029

2000.GR.000608: Antrag des Gemeinderats in der bereinigten Form

Annahme

Ja	56
Nein	13
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2018.TVS.000168

10 Allmenden: Neuordnung und Überarbeitung des Nutzungs- und Gestaltungsplans; Erhöhung Kredit generelle Planung

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 10, zu den Allmenden. Es handelt sich um einen Kredit und ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Nora Joos.

Nora Joos (JA!) für die PVS: Die Neuordnung der Allmenden hat in der PVS viel zu reden gegeben. Es wurden mehrere Anträge gestellt, viele Fragen eingereicht und diskutiert. Ich werde als erstes auf die Diskussion rund um die Grundvoraussetzung für die Neuordnung, das heisst, die Innenverdichtung des Stadions Wankdorf eingehen, danach auf die Diskussionen bezüglich der Ausgestaltung der Einstellhalle und der Testplanung und am Schluss komme ich noch auf die Debatte zu den Prüfaufträgen zu sprechen.

Zur Grundvoraussetzung: Die notwendige Grundvoraussetzung für die Neuordnung der Allmenden ist die Innenverdichtung Wankdorf. Nur wenn die UBS und die CSL Behring neue Parkplätze brauchen durch die Aufstockung der Gebäude, und nach Annahme der ÜO kann die geplante unterirdische Einstellhalle umgesetzt werden. In der Kommission waren sich nicht alle einig, ob die Verknüpfung dieser 2 Geschäfte sinnvoll ist. Einige der Mitglieder der PVS finden, es sei eine gute und finanziell sinnvolle Gelegenheit, eine Einstellhalle zusammen mit der UBS zu machen. Diese Verknüpfung wurde entsprechend von ihnen gelobt. Andere Mitglieder der PVS finden es sehr fragwürdig, dass wir heute indirekt mit diesem Geschäft Ja sagen zur Innenverdichtung Wankdorf und den damit verbundenen zusätzlichen Parkplätzen. Diese Stimmen haben in der Kom-

mission dafür plädiert, das Geschäft zurückzuweisen. Sie waren dafür, dass die Testplanung erst startet, wenn eine rechtskräftige ÜO Wankdorf vorliegt. Neben den Diskussionen um die Verknüpfung der 2 Geschäfte hat die Einstellhalle an sich auch viel in der PVS zu reden gegeben. Angesprochene Themen waren: Erstens, ob es in Zeiten der Klimakrise sinnvoll sei, ein Parkhaus zu bauen. Zweitens, die Kosten des Parkhauses. Drittens, wieso die Stadt nicht selber das Parkhaus baue, viertens, was es mit dem Bauen im Grundwasser so an sich habe und fünftens, was das Geschäft für die Versiegelung des Bodens in diesem Perimeter bedeute. Den Prozess, wie die Testplanung im vorliegenden Geschäft angedacht ist, erachtet die Mehrheit der PVS als sinnvoll. Die Kommission findet die Partizipation wichtig. Und es ist wertvoll, dass mit den 3 Phasen der Testplanung der Einbezug der Bevölkerung nicht zu kurz kommt.

Nicht einig war sich die Kommission, ob das Planungsteam eine Variante ausarbeiten soll, die YB-Trainingsfelder vorsieht. Einige PVS-Mitglieder haben es als ein Denkverbot beschrieben, die exklusiven YB-Felder jetzt schon zu verwerfen. Andere Mitglieder der PVS finden, YB-Trainingsfelder auf der Allmend widersprechen fundamental dem Grundzweck einer Allmend, und haben sich dagegen ausgesprochen. Nach den ausführlichen Diskussionen zu diesen verschiedenen Aspekten, die ich gerade erläutert habe, hat die PVS 3 Anträge überwiesen. Der erste Antrag betont, wie unerlässlich es ist, dass die Stadt Bern die Autofahrten wieder reduziert, um das Klimareglement einzuhalten. Die Kommission fordert mit dem Antrag 1 den Gemeinderat auf, sich weiterhin beim Kanton vehement dafür einzusetzen, dass die festgeschriebene Anzahl Veranstaltungsparkplätze reduziert werden. Der zweite PVS-Antrag will das Ziel sicherstellen, dass die grossflächige Versiegelung, die das Parkhaus mit sich bringt, dort umgesetzt wird, wo bereits heute eine befestigte Fläche vorzufinden ist.

Beim dritten PVS-Antrag geht es ebenfalls um die Versiegelung, und zwar soll die Veranstaltungsfläche nicht vergrössert und bei der Testplanung klar aufgezeigt werden, welche Variante zu wie viel versiegelter Fläche führt. Eine Mehrheit der Kommission empfiehlt euch, die 3 Anträge anzunehmen. Insgesamt stimmen 6 von 8 Mitgliedern der Ziffer 2 des Beschlusses, also dem Grundsatz der Einstellhalle, zu. Und Ziffer 3, der Planungskredit, ist einstimmig in der Kommission angenommen worden. Merci.

Präsidentin: Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Fraktionserklärungen zur Allmend? Barbara Nyffeler für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Bei diesem Geschäft kommen mehrere Themen zusammen, die aktuell und relevant sind. Es geht hier auch um Verkehr und Parkplätze, es geht um Grün und Freiräume und es geht um Sport und Sportanlagen. Die Diskussion rund um die Zukunft der beiden Allmenden ist deswegen ziemlich herausfordernd. Im Nordquartier und im Stadtteil 4 wird die Diskussion seit längerem intensiv, teilweise auch emotional geführt, und die Meinungen gehen bei dem Geschäft nicht unbedingt entlang der traditionellen Parteilinien. Fakt ist: Die heutige Situation ist unbefriedigend. Im Vortrag ist die Ausgangslage ausführlich und sehr gut beschrieben. Vielen Dank. Ich will 2 Punkte herausstreichen, die für uns, für die SP-Juso-Fraktion, in dieser Allmendendiskussion wichtig sind. Bereits heute finden auf der Allmend viele verschiedene Nutzungen statt, Breitensport aber auch Leistungssport, zum Teil Randsportarten, und Freizeitaktivitäten vom Drachenfliegen bis hin zu Hündelern. Die Allmenden sind kein Brachland, das wir jetzt völlig neu denken können. Auch historisch gesehen ist die Nutzung der Allmenden immer wieder neu verhandelt worden und es war auch nicht so, dass "allmend" früher geheissen hat, es gehöre einfach allen. Ganz im Gegenteil, hat mir ein Historiker gesagt. Wer einer Korporation angehört hat, hat sie nutzen dürfen,

die anderen sind aussen vor geblieben. Und auch die Entwicklung in den vergangenen 30 Jahren können wir jetzt nicht einfach zurückdrehen. Der andere Aspekt im Raum Wankdorf sind die beiden Allmenden, die einzigen grossen und nicht bebauten Freiflächen in einem Gewirr von Strassenschienen, Gewerbebauten, Eventhallen und mehr. Wir sind der Meinung, dass man die Neuordnung Allmenden jetzt einmal vom Ergebnis her denken sollte. Und für uns SP-JUSO-Fraktion ist die Frage wichtig, dass die grossen nicht versiegelten Frei- und Grünräume erhalten bleiben müssen und dass die vielfältigen Nutzungen, die heute sehr niederschwellig sind für die Sportvereine und für die Bevölkerung sichergestellt bleiben müssen. Deswegen sehen wir zum Beispiel exklusive Nutzungen – auch YB-Felder – eher kritisch. Und ebenfalls ist für uns die Idee, auf der grossen Allmend eine Einstellhalle zu bauen, um es mal so zu sagen, nicht gerade ganz einfach. Aber ohne die Ersatzlösung für die bestehenden oberirdischen Parkplätze gibt es in absehbarer Zeit auch keine Neuordnung der Allmenden. Und das ist unbefriedigend. Und ohne den einen Eckpunkt jetzt ansetzen, um weiter zu planen, ist auch sinnfrei.

Wenn wir heute einer Erhöhung des Planungskredits um 1,32 Mio. Franken zustimmen und Stand heute halt auch Ja sagen zur weiteren Planung einer Einstellhalle, dann sagen wir Ja zu einem Prozess, in dem die künftige Nutzung beider Allmenden transparent und öffentlich verhandelt wird, und in diesem Rahmen sollen und müssen sich alle interessierten Kreise äussern, nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Mit einem Ja zu dem Geschäft – ich betone das – sagen wir als SP-JUSO-Fraktion nicht Ja zu bestimmten Nutzungen oder zum Bau einer Einstellhalle. Dazu wird mindestens eine Volksabstimmung nötig sein, und wir werden uns zu diesem Zeitpunkt auch frei äussern, wenn ein konkretes Projekt vorliegt. Aber heute sagen wir Ja zum vorliegenden Geschäft, halt auch etwas zähneknirschend mit Einstellhalle. Die Anträge behandeln wir wie folgt: Die PVS-Anträge nehmen wir an. Die Anträge GB/JA! lehnen wir ab und auch den Antrag GFL lehnen wir ab.

Präsidentin: Danke, Barbara. Dann kommt Yasmin Abdullahi von der GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Yasmin Amana Abdullahi (JGLP) für die Fraktion: Wir begrüssen, dass die Planung des Nutzungs- und Gestaltungsplans der Allmenden jetzt an die Hand genommen wird. Wir unterstützen das Vorhaben grundsätzlich, denn am Ende ist es ein wichtiger Ort für die breite Bevölkerung. Deshalb ist es wichtig, hier eine gute Lösung zu finden, so dass man den verschiedenen Interessen möglichst gut gerecht werden kann oder besser gesagt, dass am Schluss möglichst viele der Beteiligten zufrieden sind.

Auch der Prozess des Projekts ist sinnvoll und gut vorbereitet. Wir finden es richtig, dass gewisse Rahmenbedingungen jetzt definiert werden. Es sollen aber nicht im Voraus per se gewisse Optionen ausgeschlossen oder alle Entscheidungen jetzt schon getroffen werden. Beispielsweise macht es Sinn zu prüfen, ob YB-Trainingsfelder erstellt werden können. Und wenn wir dann genauere Infos haben dazu, dann soll entschieden werden, ob es die Trainingsfelder geben soll oder nicht. Die Testplanung hat genau den Zweck, dass man evaluieren kann, welche Variante am besten geeignet ist. Klar sind unterirdische Parkplätze kritisch zu betrachten, und es stellt sich auch die Frage, wie zeitgemäss das Parkhaus ist. Aber gleichzeitig braucht es irgendeine Lösung in dem Perimeter, und wenn dadurch die Allmenden aufgewertet werden können und die oberirdischen Parkplätze verschwinden, umso besser. Geben wir dem Projekt also einmal eine Chance und warten ab, was bei der Testplanung herauskommt. Dann können wir die Diskussionen über die verschiedenen Nutzungen immer noch führen.

Gemäss diesen Erläuterungen lehnen den Rückweisungsantrag ab. Es macht keinen Sinn, diese Planung hinauszuzögern. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für eine erste Testplanung.

Bei den PVS-Anträgen folgen wir dem Gemeinderat und alle anderen Anträge lehnen wir ab.

Präsidentin: Danke, Yasmin. Dann kommt Nora Joos für die GB/JA!-Fraktion.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion beantragt, dass einzeln über die Ziffern des Geschäfts abgestimmt wird. Wieso? Wir sind nicht einverstanden mit dem Grundsatz, dass ein neues Parkhaus im Bereich des Zirkus- und Hyspa-Platzes geplant ist. Verschiedene Gründe sprechen dagegen. Hier 3: Erstens, die CO₂-Emissionen: Die Stadt verkauft den Deal mit der UBS als Win-Win-Situation. Finanziell mag das vielleicht stimmen, ökologisch ist es fahrlässig. Ein Neubau einer Tiefgarage ist eine Übeltat für das Klima. Unmengen von CO₂-Emissionen werden ausgestossen. Da kann man sich von Netto-Null bis 2045 als Stadt schon heute verabschieden. Zweitens, die Versiegelung der Fläche: Im neuen Jahr tritt das Klimaanpassungsreglement in Kraft. Der Bau der Tiefgarage führt dazu, dass man während ungefähr 3 Jahren doppelt so viel klimawirksame Fläche erstellen müsste, wie das Klimaanpassungsreglement (KAR) pro Jahr vorsieht. Die Versiegelung durch die Tiefgarage wäre also ein riesiger Rückschritt im Bereich Klimaanpassung. Und drittens, die produzierten MIV-Fahrten: Ein Parkplatz führt im Durchschnitt zu 2'700 Kilometern Autofahrten pro Jahr in der Stadt. 2'700 Kilometer pro Jahr heisst, ein Parkplatz verursacht pro Jahr eine Autofahrt in der Länge von Bern nach Istanbul, aber das allein auf Stadtgebiet. Anstatt dass man die oberirdischen Parkplätze jetzt unterirdisch für Jahrzehnte in Stein meisselt, fordern wir, dass die Stadt sich noch vehementer beim Kanton dafür einsetzt, dass die vorgeschriebene Anzahl Pflichtparkplätze reduziert wird. Aus diesen und zusätzlichen Gründen wird die GB/JA!-Fraktion die Beschlussziffer 2 also ablehnen. Wir sind gegen den Bau der Tiefgarage beim Hyspa- und Zirkusplatz und wollen nicht indirekt Ja sagen zur Innenverdichtung beim Stadion Wankdorf. Eine Aufstockung der Mantelnutzung des Stadions ist eine Aufstockung eines Einkaufszentrums. Das entspricht nicht einer Stadtplanung vor allem der kurzen Wege, die auf Fussverkehr ausgelegt sein soll, statt auf den fossilen Verkehr. Wir sind der Ansicht, dass die ÜO Wankdorf zuerst politisch diskutiert werden muss, bevor man heute schon von der geplanten Innenverdichtung ausgeht.

Unser Antrag Nummer 1 ist dementsprechend eine Rückweisung des Geschäfts, bis die ÜO in Kraft ist. Zu unseren weiteren Anträgen: Mit dem Antrag 2 fordern wir, dass anstelle des Baus der Tiefgarage beim Hyspa- und Zirkusplatz, was klimapolitischer Unsinn ist, andere Lösungen für die Auflösung der oberirdischen Veranstaltungsparkplätze gesucht werden. Dazu gehört unter anderem auch, die Akteure dieses Perimeters wie Bern Expo, CSL Behring, Stadion Wankdorf, die Festhalle und YB in die Verantwortung zu nehmen, damit ihr Freizeit- und Arbeitsautoverkehr abnimmt. Das ist unser Antrag 4.

Mit dem Antrag Nummer 9 fordern wir euch auf, heute schon Stellung zu nehmen, ob ihr für oder gegen YB-Felder auf der Grossen Allmend seid. Es wäre verschwendete Zeit und verschwendetes Geld, Varianten auszuarbeiten, wenn für eine Mehrheit schon heute klar wäre, dass man keine YB-Felder auf der Grossen Allmend will. Für unsere Fraktion ist das keine Frage. YB-Felder auf der Grossen Allmend sind ein No-Go. Und wir fragen uns, wie ihr, liebe YB-Fans, in Zukunft eurem Quartier, euren Freund*innen und Bekannten erklärt, dass der Breitensport plötzlich nicht mehr auf der grossen Allmend trainieren kann. Wie erklärt ihr es, wenn die hässlichen, riesigen Schutzkäfige für

die Profifussballer*innen neu den ganzen Platz einnehmen? Ist das im Sinn eurer Mitglieder? Der YB-Trainingsfelder-Prüfauftrag soll heute schon verworfen werden. Und das ist kein Denkverbot, sondern nur konsequent. Scheinheilige Varianten auszuarbeiten, wenn eine Mehrheit heute schon dagegen wäre. das nenne ich alles andere als faire Partizipation. Okay, das war es zu unseren Anträgen. Die PVS-Anträge nehmen wir alle an, die Beschlussziffer 3 des Geschäfts zum Planungskredit nimmt unsere Fraktion ebenfalls an. Wir finden es sinnvoll, dass die Wegnetze und die Raumnutzung und Aufteilung bei der Grossen Allmend überdacht und umgestaltet werden. Es gibt viel Potenzial nach oben in diesem Perimeter. Die GB/JA!-Fraktion würde sich freuen, wenn 2025 ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept der Grossen Allmend in den Stadtrat käme, das statt eines durch Autos geprägten Raum einen Ort mit viel Aufenthaltsqualität vorsieht. Es ist ein Konzept, in dem keine oberirdischen, aber auch keine unterirdischen Parkplätze vorgesehen sind. Wir wollen im Konzept keine Erschliessung über die Event-Spur. Wir wollen auch keinen Autobahnausbau, sondern eine Erschliessung über eine gute Velo- und Fussinfrastruktur. Wir wollen viele Bäume, Wiesen und Grünflächen für die Gemeinschaft, so, wie es sich für eine Allmend gehört. Danke.

Präsidentin: Merci vielmals, Nora. Dann unterbrechen wir jetzt und machen nach der Pause um 20.30 Uhr weiter mit dem Geschäft. Einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 19.03 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.03.2025

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

05.03.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Barbara Nyffeler
Debora Alder-Gasser	Matthias Humbel	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Bettina Jans-Troxler	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Anna Jegher	Ronja Rennenkampff
Mirjam Arn	Raffael Joggi	Simone Richner
Oliver Berger	Nora Joos	Mirjam Roder
Tom Berger	Barbara Keller	Sarah Rubin
Natalie Bertsch	Ingrid Kissling-Näf	Michael Ruefer
Lea Bill	Fuat Köçer	Judith Schenk
Laura Binz	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
David Böhner	Christoph Leuppi	Michelle Steinemann
Michael Burkard	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyer	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Simone Machado	Bettina Stüssi
Nik Eugster	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Dominik Fitze	Esther Meier	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Daniel Michel	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Matteo Micieli	Markus Zürcher
Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Lukas Gutzwiller	Nora Krummen
Jelena Filipovic	Ueli Jaisli	Dominic Nellen
Muriel Graf		

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
 Mago Flück, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

2018.TVS.000168

10 Allmenden: Neuordnung und Überarbeitung des Nutzungs- und Gestaltungsplans; Erhöhung Kredit generelle Planung

Präsidentin: Willkommen zurück nach der Pause. Wir sind bei Traktandum 10, bei den Allmenden, bei den Fraktionserklärungen. Als nächstes kommt Michael Burkard für die GFL-Fraktion.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Erstens, wir teilen das Fraktionsvotum. Dann, vielleicht nach 4 Minuten unterbrechen. Es ist vorhin gesagt worden von 2 Redner*innen: "Ja, wir können die Testplanung gemütlich abwarten und dann können wir nachher entscheiden, wenn dann die Testplanung vorbei ist, was man dann da weitermachen will." Man müsse sich jetzt quasi zurücklehnen und einmal die Verwaltung und der Gemeinderat ein bisschen planen lassen. Leute, das ist ein grosser Irrtum. Ziffer 2 zeigt nämlich genau, wo die Reise hinwill oder sie hingeht. Es ist ein Grundsatzentscheid, den man jetzt fällt und die Planung ist genau auf das ausgerichtet und es ist nicht so, dass es hier nur – nur in Anführungszeichen – um ein Parkhaus geht. Sondern das Parkhaus, wenn das Mal gebaut ist, in welchen Dimensionen auch immer – das wissen wir noch gar nicht –, dann ist das Terrain Hysaplatz und Zirkusplatz ja nachher auch betroffen, es ist nachher weg. Es sind dann Trainingsplätze, die auf jeden Fall – die Anzahl wissen wir auch noch nicht – kommen werden. Der Wärmespeicher, von dem ist die Rede, ist angedacht. Und nachher am Schluss wird man sagen, da hinten kommt noch das Wäldlein von der Autobahn. Es wird auch noch abgemäht und dann wird man sagen, das restliche Grün ist auch nichts mehr wert, das können wir jetzt auch gerade in Wert setzen und nutzen. Das ist das Programm. Da kann man dafür sein oder dagegen, aber es ist nicht so, dass man heute einfach zurücklehnen kann und sagen: "Wir entscheiden dann später". Es ist immer das, was der Stadtrat häufig tut und sich dann aufregt, was alles schon an fait accompli geschaffen worden ist in der Planung, und dann sagt: "Oh, wir sind zu spät einbezogen worden." Heute hätten wir Zeit, jetzt sollte man darüber diskutieren. Aber wenn man einfach sagt, wir entscheiden das später oder wir beugen uns darüber, ist es eigentlich, nicht eine Arbeitsverweigerung, aber man macht einfach die Arbeit nicht dann, wenn man sie machen kann und später ist es eben zu spät. Darum sind wir heute an einem Kippunkt, an dem man entscheiden muss oder entscheiden darf, was auf diesen Allmenden passieren soll. Das ist der Punkt.

Und ich muss für mich selber sagen, als ich das Dossier gelesen habe, dass ich heute gar nicht entscheidungsreif bin. Die Dimensionen dieses Parkhauses sind nicht bekannt. Diese Planung soll jetzt erst stattfinden. Deshalb macht man die Planung, aber ich kann jetzt keinen Grundsatzentscheid fällen, wenn ich nicht weiss, wie gross das Ganze wird. Man weiss zum Beispiel nicht, ob die Begrünung des Daches denn möglich ist. Vielleicht ein bisschen Grün, vielleicht braucht es 3 Meter. Das können nur Expert*innen entscheiden, was dann dort noch lebt. Insbesondere im Winter wird das Wärme abstrahlen. Ist dort noch ein wertvoller Bodenumus möglich. Das weiss man alles nicht. Es sind Sachen, die die Planung ergeben werden. Wir haben Fragen: Wo die Wärmespeicherung hinkommt? Trainingsplätze? Das wird alles nachher eine Gesamtplanung ergeben, aber erst nachher sieht man dann, ob von diesen Allmenden noch etwas übrig ist. Und wir haben es nachher auch gesehen, mit diesem Autobahnzubringer, dort wo das Wäldchen weg ist, wird wahrscheinlich nicht mehr viel übrig sein, über das man nachher entscheiden muss. Also wenn man jetzt nicht entscheidet, dann ist es auch ein Entscheid zum Sagen, man gibt die Allmenden auf. Man sagt, dass man

eine multifunktionale Nutzfläche daraus macht, aber eigentlich die Schutzzone A, die jetzt noch ist, gibt man mit dem Entscheid, mit Ziffern 2 auf, wenn man den nicht streicht. Das ist die Botschaft und das ist eigentlich der Grund, um die Ziffer 2 zu streichen. Das ist unser Antrag. Ein weiterer Punkt: Wir haben ja die Mitwirkung. Die ist angedacht in der Testphase 1, aber wenn jetzt ein Grundsatzentscheid gefällt wird, werden die nachher in der Mitwirkung immer hören: "Ja, der Stadtrat hat den Grundsatz schon gefällt. Über das Parkhaus müssen wir gar nicht mehr reden." Ihr könnt jetzt ein bisschen mitwirken bei den Trainings-Feldern. Da dürfte ihr noch sagen, wollt ihr 1 oder 2 oder vielleicht 3. Die einen wollen 3, die anderen 2, andere gar keins. Aber über das Parkhaus muss man gar nicht mehr diskutieren in der Mitwirkung. Und das ist eigentlich eine Mitwirkung, die nachher mehr oder weniger zu einer Farce verkommen ist.

Das ist schon gesagt worden, Nora Joos, eine Mitwirkung müsse eine echte Mitwirkung sein von unten nach oben. Und nicht zuerst den Stadtrat einen Grundsatzentscheid fällen lassen, und nachher dürfen dann die anderen noch ein bisschen über die Detailbepflanzung oder so diskutieren. Ob sie jetzt Kastanienbäumchen wollen oder auch noch irgendwie noch ein paar Büsche. Da ist keine richtige Mitwirkung mehr möglich. Ein weiterer Punkt ist, dass es keinen Grund gibt, jetzt überhastet zu urteilen oder zu entscheiden. Man kann warten. Es ist klar, die UBS gibt jetzt ein "Zückerli", eine Karotte, in dem sie sagt: "Ja nur jetzt gibt es ein Parkhaus gratis." Und die Stadt, die nicht so viel Geld hat, sagt: "Oh ja super, das nehmen wir." Aber es ist ein Danaergeschenk, wenn man das nimmt, nimmt man eben die ganze Grundsatzentscheidung vorweg und dann rollt die Planung wie sie angedacht ist und das kann man so wollen, aber dann soll man jetzt dazustehen und sagen, wir wollen eigentlich die grosse Allmend aufgeben und dort eine multifunktionale Nutzung.

Hingegen wenn wir das nicht machen, haben wir die Möglichkeit später en Connaisance de Cause zu entscheiden, wenn wir dann sehen, dass man in Varianten denkt. Es spricht nichts dagegen in Varianten, wie bei den Trainings-Feldern – das sagt im Vortrag der Gemeinderat auch –, zu planen. Das kann man beim Parkhaus auch: Mit Parkhaus, ohne Parkhaus, mit Trainingsfeldern, ohne Trainingsfelder, mit Wärmespeicher oder auch ohne Wärmespeicher, das kann man in einer Planung alles berücksichtigen. Dann wird es interessant, dann wird auch die Mitwirkung interessant. Aber wenn man Grundsatzentscheide gefällt hat, ist es eigentlich sinnlos.

Die Präsidentin macht darauf aufmerksam, dass 5 Minuten gesprochen worden sind.
Gut, danke. Darum die Ziffer 2 streichen.

Präsidentin: Merci vielmals, Michael. Dann der zweite Teil des Fraktionsvotums hält Michael Ruefer. Kann ihn bitte jemand anmelden?

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Ziffer 12 im Vortrag sagt: "Das vorliegende Geschäft selbst hat keinen nennenswerten Einfluss auf das Klima, da es sich um ein Planungsverfahren handelt." Es ist aber einfach so, wenn man an dieser Ziffer 2, an dem Antrag vom Gemeinderat, festhält, dann ist die Einstellhalle so gut wie sicher und ich habe jetzt einmal so überschlagsmässig ausgerechnet, was das heisst für unser Klimareglement. Wenn man 1 m³ Stahlbeton herstellt oder nachher auch verbaut, dann entstehen 320 bis 340 Kilo CO₂ oder werden emittiert. Wenn man die 18'000 m² Grundfläche rechnet, die die Einstellhalle ungefähr haben soll, dann werden circa 25'000 m³ Beton verbaut und das sind 10'000 Tonnen CO₂ nur für den Beton. Umgerechnet auf unsere Klimastrategie und auf unseren Absenkpfad heisst das, dass wir 3%, 4%, 5% vom städtischen Jahresausstoss CO₂ rein schon nur mit dem Parkhaus verbauen. Um das zu kompensieren, braucht es 140 mal 140 m²... Nein, 140 mal 140 Meter Wald,

also 20'000 m² Wald. Und da ist der Aushub noch gar nicht mit eingerechnet. Das Klimaanpassungsreglement – das ist der zweite Punkt, den ich noch machen will –, das tritt Anfang Jahr in Kraft. Dort haben wir festgeschrieben, gerade vor kurzem noch, dass 10'000 m² klimawirksame Fläche geschaffen werden oder respektive entsiegelt werden soll pro Jahr. Da in diesem Fall haben wir, wie gesagt 17'000 m² Grundfläche, die auf dem Hysaplatz, wenn man den Standort jetzt wählen würde, die für immer versiegelt werden würde. Dort ist jetzt die Schotterwüste, sage ich dem, und das heisst, wir haben da schon wieder ein Kontingent von 1,5x bis 2x ausgeschöpft pro Jahr, das wir eigentlich im Klimaanpassungsreglement gerade vorgesehen und beschlossen haben. Und ich bin sehr gespannt, wie sich das auf die Kompensationsmassnahmen auswirken wird. Wo man nachher die Fläche in der Stadt findet, die man dann entsiegeln kann, wenn man so eine riesige Fläche versiegelt für immer.

Präsidentin: Danke, Michael. Dann kommt David Böhner für die AL/PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich habe in den letzten Tagen noch das Schwarzbuch gelesen zur Allmend, Merci, Res Hofmann. Das ist sehr anschaulich, wie sich die Allmend entwickelt hat. Deshalb kann ich mich den Vorrednern anschliessen. Sie haben ausgeführt, dass die Grünfläche oder wie sie heisst, die Schutzzone A aufgegeben werden würde, wenn wir das Vorhaben so annehmen würden, wie es der Gemeinderat im Vortrag vorsieht. Aus diesem Grund kann die Fraktion AL/PdA dieser Krediterhöhung und der Testplanung in dieser Form, wie sie vom Gemeinderat vorgesehen ist, nicht zustimmen. Wir würden zwar die Weiterführung der Planung Neuordnung Allmend begrüssen, die Bedingung dafür müsste aber sein, dass mehr Grün- und Freiflächen entstehen und dass die Besucher*innen der Veranstaltungen im Perimeter nicht mehr mit dem Privatauto anfahren würden. Für uns ist ein neues Parkhaus unter dem Zirkusplatz ein No-Go und aus der Zeit gefallen. Auch wenn der Richtplan ESP Wankdorf Parkplätze verlangt, bekommt das UBS-Parkhaus unsere Stimmen nicht. Die Einstellhalle ist erstens nicht zonenkonform. Der Hysaplatz befindet sich immer noch in der Schutzzone A, also in einer Grünfläche, auch wenn die Steinwüste nicht so aussieht. Und zweitens entspricht die geplante Einstellhalle in keiner Art und Weise den Klimazielen, wie wir ja vorher gehört haben, wie das schön ausgeführt wurde. Die Fraktion AL/PdA ist auch gegen die Privatisierung der Allmend, wie sie der Gemeinderat mit den Trainingsplätzen für die YB vorsieht. Wenn schon Sportplätze gebaut werden sollen, dann sicher nicht solche mit einer exklusiven Nutzung und einem hohen Zaun darum herum. Sie müssten, wenn schon für alle zugänglich sein und damit der historischen Bedeutung der Allmenden gerecht werden. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass diese Allmend als Grünfläche erhalten und zugänglich für alle bleiben soll. Wir wehren uns gegen den wirtschaftlichen Druck, der sich mehr und mehr in der Allmend hineinfrisst, sei das durch den geplanten Autobahnausbau, der Bern Expo oder den YB. Deshalb unterstützt die Fraktion AL-PdA sämtliche Anträge zu diesem Geschäft. Zustimmen könnten wir dem Geschäft nur dann, wenn der Antrag der GFL angenommen werden würde und eine ergebnisoffene Planung stattfinden kann, also wenn die Ziffer 2 vom Gemeinderatsantrag gestrichen wird und die Einstellhalle unter dem Hysaplatz kein zwingender Teil der Planung wird. Falls der Antrag der GFL nicht durchkommt, lehnen wir den Kreditantrag ab.

Präsidentin: Danke, David. Dann kommt Thomas Hofstetter für die FDP-JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Es ist schon viel gesagt worden, ich will mich kurzhalten. Ich bin nicht mit allem einverstanden, aber trotzdem, es macht keinen Sinn, wenn ich hier zu langfädig werde. Innerhalb unserer Fraktion gehen die Meinungen über dieses Geschäft weit auseinander. Deshalb haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Warum? Einige sind der Meinung, dass die Allmend ein gemeinschaftliches Eigentum der ganzen Bevölkerung ist und es diesbezüglich keinen Paradigmenwechsel geben soll und lehnen deshalb das Geschäft ab. Andere sind der Auffassung, dass sich der Umgang mit der Allmend dem Zeitgeist anpassen sollte. Schliesslich leben wir heute ganz anders als es vor ein paar 100 Jahren gewesen ist, wo die Allmenden gegründet worden sind. Andere Städte haben diesen Wechsel auch vollzogen. Entsprechend unterstützt dieser Teil der Fraktion die Testplanung mit den YB-Fussballfeldern, auch weil YB von den 36 Mannschaften, die aktuell in der Champions League spielen, von ihrer Stadt weitaus am schlechtesten gehalten wird. Es gibt höchstens verbale Unterstützung. Die wertvolle Arbeit der YB bezüglich Integration, Förderung des Frau Fussballs und auch von der Ausbildung von mehreren 100 Juniorinnen und Junioren wird nicht mit Daten unterstützt. Wenn man zusätzlich noch die Bruttowertschöpfung, die Arbeitsplätze und die Steuern mitkalkuliert, sind die Argumente für die YB-Felder noch zwingender. Deshalb fände es ein Teil unserer Fraktion richtig, dass man diesem Geschäft zustimmt. Die meisten von unserer Fraktion sind auch klar der Meinung, dass es besser ist, wenn die Autos unterirdisch abgestellt sind und befürworten den Bau von Einstellhallen, die zum Glück noch von Dritten bezahlt werden. Das damit das Parkplatzangebot um mehr als 2000 Plätze abnimmt, ist unschön. Weil aber eigentlich nur während der BEA alle Parkplätze gebraucht werden, ist es unter Berücksichtigung einer Güterabwägung verkraftbar. Ich möchte noch etwas zu den Terminen sagen. Gemäss Terminplan wird im Quartal 2028 die Konsolidierung des Nutzungsgestaltungskonzept und des Planerlassverfahren abgeschlossen sein. In 4 Jahren. Das ist ein unglaubliches Berner Tempo. Es ist eine lange Zeit. Es gibt nichts Älteres als die Planung von gestern. Ich wiederhole, wir von Fraktion FDP-Jungfreisinn haben Stimmfreigabe beschlossen auch bei den Anträgen. Wobei wir die meisten grossmehrheitlich ablehnen werden. Wir gehen davon aus, also die, die für das Geschäft sind, dass wenn jetzt die YB-Felder herausfallen aus dem Geschäft, dass das noch nicht definitiv ist. Das man ergebnisoffen ist für die Testplanung, dass das je nach dem halt dann trotzdem noch einmal hineinkommen würde.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann kommt Thomas Glauser für die SVP.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Das ist ein Geschäft, wo ein bisschen Kraut und Rüben gemischt ist, wo man vielleicht auch etwas hätte auseinandernehmen können. Die Ausgangslage ist so, dass ein Messegelände wie Bern, das jetzt eine neue Festhalle gebaut hat und auch Zukunft hat und wo man eben die YB, den SCB, das nationale Pferdezentrum und man auch Rock-Konzerte hat. Es ist halt einfach die Allmend und das Messegelände der Stadt Bern und das ist ein Schlüsselgelände. Und so ein Schlüsselgelände, das auch an die Achse gebunden ist, braucht halt einfach Parkplätze. Man kann glücklich sein, gerade die rot-grüne Mehrheit, die ja alle Parkplätze in der Stadt streicht und die Aussage macht, dass man keine Autos mehr in der Stadt drin will. Das kann man machen, aber irgend an einem Ort müssen dann die Autos hier hin, denn der ÖV ist zum Teil auch schon überfüllt. Und jetzt hat man die Ausgangslage, dass man eine UBS hat, die Geld hervornimmt, dick ins Portemonnaie greift und das Parkplatzproblem lösen möchte und wir sind dagegen. Das verstehe ich dann schon nicht ganz. Es ist auch so, dass es kantonal vorgeschrieben ist, dass man Parkplätze

braucht auf einem solchen Messegelände. Schauen wir uns aber Genf Cointrin oder andere Messegelände in der Schweiz an. Da habt ihr überall picobello schöne Parkplätze, ökologisch, unterirdisch, die niemand stören. Wenn man jetzt hier gegen das Parkhaus ist, wird es halt einfach so sein, dass man dann vielleicht noch Mehrverkehr in der Innenstadt oder in der Stadt drin hat. Deshalb sind wir von der SVP klar dafür, dass man das Parkhaus baut, ein sauberes Parkhaus, genug Parkplätze. Sodass man eben die Innenstadt und auch den Verkehr entlastet, nicht auf Parkplatzsuche gehen muss, sondern genau weiss, wo man parkieren kann und darf. Das mit den Trainingsfeldern: Es ist so, dass eine Allmend, vor allem auch für verschiedene Sportarten, sei es eben Fussball, Rugby, Hornussen, Leichtathletik, aber auch für Spaziergänger und für Leute, die ein bisschen verweilen wollen auf der Allmend da sein soll. Wenn man jetzt da so Trainingsfelder macht und ich weiss, dass die YB vor allem Sichtschutzwände verlangt, denn sie möchten nicht Zuschauer haben. Und wenn man sich jetzt das vorstellt, wenn man so Trainingsfelder hat und nachher so Sichtschutzwände auf der ganzen Allmend, das wäre also dann nicht so schön vom Auge hergesehen und das wäre vielleicht auch nicht gerade fair gegenüber einem Breitensport wie zum Beispiel Rugby, der schon jahrelang dort ist oder auch irgendwie gegenüber Wettkämpfen, die dort stattfinden. Für uns ist klar, es ist vielleicht nicht die optimale Lösung, die gibt es wahrscheinlich gar nicht, dass man das Beste von allem hat, aber es ist eine machbare Lösung und ich denke, es ist an der Zeit, dass wir vor allem auch bei dieser Parkplatzproblematik, den Lösungsansatz findet. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten – Tom Berger.

Tom Berger (FDP), Einzelvotum: Eigentlich habe ich in meinem Votum als Anrede geschrieben, liebe Nora, ich ergänze jetzt gerade spontan, lieber Thomas, ihr habt mir einen Steilpass zugespielt, von dem ich nicht weiss, ob ihr den bewusst auf mich gespielt habt oder ob es ein Fehlpass gewesen ist. Aber eigentlich lernst du in der Fussballschule, dass man dann mit Querpässen im eigenen Sechzehner aufpassen muss. Im Antrag zu den YB-Feldern ist von YB die Rede, von YB als Ganzes. Und vorher war im Fraktionsvotum von GB/JA! sogar von YB-Spielerinnen die Rede. Also gehe ich davon aus, dass der Antrag für YB als Ganzes gilt und nicht nur für die erste Herrenmannschaft im Profifussball. Mein Kollege, Thomas Hofstetter, hat es vorhin schon wunderbar ausgeführt, dass der Verein YB viel, viel, viel mehr ist als das eine Herrenteam. Ihr wollt also ernsthaft den Breitensportvereinen auf der Allmend Angst machen, dass sie von irgendjemandem verdrängt werden könnten. Thomas, du hast vorhin sogar Rugby erwähnt. Ich habe 10 Jahre lang gespielt beim Rugby-Club Bern. Ich habe 106 Spiele gemacht für den Verein, mehr als die Hälfte davon auf der grossen Allmend.

Ich möchte euch folgendes in Erinnerung rufen: Im März 2017 haben wir im Stadtrat hier mit überwältigender Mehrheit und mit Stimmen aus allen Fraktionen inklusive GB/JA! und SVP – habe ich jetzt auch gerade spontan ergänzen müssen – beschlossen, dass auf der kleinen Allmend 2 Felder für YB sollen erstellt werden. In der gleichen Rasensportstrategie ist auch gestanden, dass für die Vereine auf der Allmend, wenn es zu einer Verdrängung kommen sollte, eine Alternative gesucht werden soll. Denn wer trainiert und spielt auf der Allmend? Es sind eben nicht die sogenannten quartiergebundenen Sportvereine, wie es in dieser Rasenstrategie heisst. Das tönt fürchterlich kompliziert, ist aber ganz einfach. Es ist eben nicht der FC Länggasse, bei dem es nicht so Sinn macht, wenn der irgendwo beim Zentrum Paul Klee aussen ein Feld hätte. Und es ist auch nicht der FC Breitenrain, den man nicht einfach so schnell in das Westside hinaustun kann. Es ist der Rugby-Club Bern. Es sind die Bern Cardinals. Es sind die

Flying Angels Bern und das sind alles Sportvereine, die mit der heutigen Situation auf der Allmend seit Jahren nicht zufrieden sind. Die Cardinals haben kein wettkampftaugliches Feld, sie können heute kein Länderspiel machen dort drauf. Der Rugby-Club Bern hat keine Beleuchtung, er hat keine Infrastruktur. Er ist jahrelang der einzige Nationalliga A Verein gewesen, der keine Buvette gehabt hat, der seine Gegner nach dem Spiel nicht einfach direkt einladen konnte. Man hat immer in ein Restaurant irgendwo an einem anderen Ort verschieben müssen.

Also hört doch auf hier zu probieren den Sport gegen den Sport auszuspielen und irgendwie bei diesen Breitensportvereinen Stimmung zu machen, dass ihnen YB irgendetwas wegnehmen will. Das Problem, das wir in dieser Stadt haben, ist, dass wir für alle Sportvereine zu wenig Plätze haben, dass wir aus dieser Rasenstrategie, die wir vor 7 Jahren angenommen haben, fast nichts davon umgesetzt haben, dass kaum ein Club, der auf der Allmend ist, seit dann irgendeine Verbesserung erfahren hat. Also wenn es euch wirklich ein Anliegen ist mit diesen Breitensportvereinen auf der Allmend, dann setzt euch bitte ins Zeug bei dieser Rasensportinitiative, wo die Unterschriftensammlung noch 2 Monate lang läuft. Es schliesst einander nämlich nicht aus, dass es auch für YB 2 Felder geben könnte und nebenan der Sport existieren könnte. Was der Sport auf der Allmend nämlich dann eher gefährdet, sind so Entsiegelungs- und Biodiversitätsanträge und das schliesst nämlich am Ende vom Tag eine weitere Sportnutzung aus, egal für wen. Und wenn ich schon ein bisschen am Austeilen bin, komme ich noch kurz zur GFL. Bei Antrag 9 fordert ihr das ergebnisoffen geplant wird und bei Antrag 10 wollt ihr den Spielraum von dieser ergebnisoffenen Planung gerade selber wieder massiv einschränken. Was wollt ihr jetzt genau bei dem Geschäft, dass ihr euch in den 2 direkt aufeinanderfolgenden Anträge selbst derart diametral widerspricht, ist, um in der Sportsprache zu bleiben, ein ziemliches Abseits.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann kommt Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Es ist ein schwieriges Geschäft, es ist ein komplexes Geschäft und wenn wir heute Abend entscheiden, ist noch nichts entschieden. Das möchte ich mal voraussagen. Was wir heute entscheiden, ist ein Planungskredit, um der Stadt und dem Gemeinderat einmal die Gelegenheit zu geben, eine Auslegeordnung zu machen, die versucht die unterschiedlichen Interessen, die auf dem Areal Allmend Anspruch erheben, zu ordnen, zu bündeln und zu versuchen, eine Lösung zu finden. Das Parkhaus ist eine der möglichen Optionen. Es ist ein Fenster, das sich ergibt, aber wenn wir jetzt eine Planung machen, bei der wir einfach überlegen, ob wir dort ein Parkhaus machen können, heisst das noch lange nicht, dass dort ein Parkhaus hinkommen wird. Das ist das Erste. Und zu den YB-Feldern: Ich glaube, auch dort werden wir bei der Gelegenheit noch einmal darüber diskutieren. Wir sind lange noch nicht dort, wo man wirklich sagen kann, jetzt gehe es um das Eingemachte. Ihr könnt schon sagen, dass jetzt entscheidende Weichenstellungen gemacht werden, aber ich kann euch sagen, bei uns in der Sektion der SP Bern-Nord ist das Geschäft umstritten. Wir führen epische Diskussionen, was auf dieser Allmend möglich sein soll und was nicht und wir sind uns überhaupt nicht einig und wir haben die Diskussionen zum Teil schon geführt vor ein paar Jahren, wo es um die Ausstellungshalle gegangen ist, wo die SP nachher mehrheitlich dafür gewesen ist, unter anderem auch mit dem Anspruch und das steht jetzt auch im Beschluss vom Stadtrat, dass BERNEXPO auf 30 Jahre keine weiteren Ansprüche auf das Gelände macht. Weil unser entscheidender Anspruch ist, dass die Grünfläche, die heute noch Grünfläche ist, Grün bleibt. Das ist ein An-

spruch, den wir haben. Wir verändern nicht die Welt auf der Allmend. Heute entscheiden wir, ob die Stadt handlungsfähig ist, um etwas zu planen. Wenn wir intern bei der SP zum Entschluss kommen, das kommt nicht gut, wir wollen das nicht, bin ich der letzte, der sagt, das geht nicht, das ist kein Entscheid, der man Fällern kann. Weil letzten Endes ist es für uns politisch nicht existenziell, ob es ein Parkhaus gibt oder nicht. Es ist eine Chance, die wir jetzt haben, aber es kann auch passieren, dass wir die Chancen verpassen.

Präsidentin: Merci, Johannes. Dann kommt Sibyl Eigenmann.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Vielleicht zuerst einmal wegen des Parkhauses. Also ich spreche als Einzelrednerin, das ist kein Fraktionsvotum. Ich kann verstehen, dass es für einige Leute die Wörter Parkhaus oder Parkplätze und UBS genauso explosiv sind, wie wenn man ein Mentos in eine Colaflasche hineinschmeisst. Ich kann verstehen, dass das gewisse Reaktionen provoziert. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass es ein sehr guter Kompromiss ist. Ich möchte nämlich die oberflächlichen Parkplätze auch weghaben. Die sind nämlich dort echt nichts Schönes. Ich glaube, es ist optimal, wenn man sie unter die Erde bringen kann. Und ich glaube auch wenn man langfristig überlegt und langfristig denkt, wird es auch immer individuelle Mobilität geben. Vielleicht wird es dann irgendwann nicht mehr benzinbetrieben und es hat auch keine bösen Akkus mehr, aber ich glaube nicht, dass wir irgendwo im Kanton Bern Sammelbusse füllen können und die Leute kommen dann alle mit dem Sammelbus an die Expo, an die BEA. Und ich glaube auch nicht, dass wir alle Mütter mit ihren Hockey-Kindern in den Sammelbus stecken können im ganzen Kanton und nachher gehen sie in ein Hockeystadion mit ihren Kindern dort Hockey trainieren, sondern sie kommen halt teilweise – ich hätte auch gerne weniger Autos und ich finde auch alles ohne Auto schöner – mit dem Auto und ich glaube, das ist wirklich eine Chance gerade dort und ich würde auch kein Parkhaus mitten in der Stadt wollen. Aber ich glaube genau an diesem Fleck wäre es eine Chance.

Und jetzt noch zum grösseren Sprengpotenzial, zu diesen YB-Plätzen. Ich muss ein bisschen Tom Berger widersprechen, sorry, aber ich habe selber auch auf dieser Allmend jahrelang gespielt, wahrscheinlich nicht so viele Spiele wie du und ich habe bei der Alternativliga Fussball gespielt und nicht Rugby, offensichtlich. Und ich habe das super gefunden und wir haben mega viele Mannschaften auf dieser Allmend gehabt, die Fussball gespielt haben, jeweils am Sonntag. Das ist nicht nur eine Mannschaft gewesen, das sind eben ja 7, 10, keine Ahnung wie viele Mannschaften, die gleichzeitig auf diesen provisorischen Feldern Fussball gespielt haben und das ist eben das Coole gewesen. Und ich glaube nicht, dass meine damalige Mannschaft von der Alternativliga irgendwo anders hätte spielen wollen, sondern genau dort. Obwohl das Feld megaschräg gewesen ist oder obwohl das Feld auch gar nie eingezeichnet war und wir haben irgendwie unsere Rücksäcke und unsere Fussballschuhe oder so, als Seitenpfosten nehmen müssen. Es war nicht perfekt. Vielleicht suchen die Vereine genau das auch und ich glaube nicht, dass die irgendwo anders trainieren wollen, geschweige denn das können.

Das ist genau das Problem. Das ist genau der Punkt. Wir haben zu wenig Rasensportfelder. Und du kannst jetzt nicht sagen, Tom, in dem Rat: "Dann geht doch wo anders hin, aber macht dort Platz frei für YB." Ich habe das Gefühl, es ist ein Verdrängungseffekt, wenn wir dort die YB-Felder bauen. Und ich habe nicht das Gefühl, dass man dann einfach irgendwo anders Turniere spielen oder trainieren gehen kann, sondern wir haben zu wenig. Und darum ist es ja eben genau nicht einfach, neue Rasensportfelder zu

brauchen. Für mich ist die Allmend klar etwas für die Allgemeinheit. Und am Ende ist es schon immer etwas gewesen für die Allgemeinheit. Und ich hoffe, es bleibt auch. Und ein Sonntags-Mannschaftsturnier mit diversen Mannschaften, das gehört genau auf die Allmend und es gehört nicht irgendwo in ein kleines "pipifax" Rasenplätzchen auf einem Schulareal, sondern es gehört auch auf die Allmend, wo alle miteinander spielen und es hat nirgends anders in dieser Stadt eine Möglichkeit, das so umzusetzen. Jedenfalls nicht in dieser Stadt, weil sonst hätten wir ja die Rasensportfelder schon überall in dieser Stadt, was wir nicht haben. Ich werde den Antrag annehmen, denn ich glaube wirklich, dass die YB-Spieler, sei es jetzt Spielerinnen oder Spieler, finden ihren Platz vielleicht im Bolligen, sonst irgendwo, aber nicht auf unserer Allmend.

Präsidentin: Danke, Sibyl. Dann kommt Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Ja, ich kann das nicht unwidersprochen lassen, lieber Tom Berger, wir haben keine sich widersprechenden Anträge eingegeben. Wir haben einen Antrag eingegeben und der heisst, streicht den Punkt 2, damit eine ergebnisoffene Planung möglich ist. Und ergebnisoffen soll es eben in jeder Richtung sein, Fussballfelder, keine Fussballfelder, Fussballfelder für YB, what ever. Ergebnisoffen und wenn wir jetzt das einfach so durchwinken, dann haben wir den Grundsatzentscheid zu dem Parkhaus bereits heute gefällt. Das ist unsere Botschaft. Darum bitte lehnt den Punkt 2 ab. Danke.

Präsidentin: Danke, Francesca. Dann kommt Tom Berger.

Tom Berger (FDP), Einzelvotum: Sorry Francesca, aber vielleicht hast du nicht gesehen, was wir ausgedruckt auf dem Tisch haben. Dort steht, dass die GFL den Antrag 10 miteinreicht und unterstützt. Das habe ich hier so auf meinem Tisch.

Antwort aus dem Saal.

Dann nehme ich es zurück, Entschuldigung.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann sind wir beim Votum des Gemeinderates, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Im Perimeter Wankdorffeld, Wankdorfstadion und Allmenden bestehen seit Jahrzehnten ungelöste Probleme. Eine nachhaltige Aufwertung ist dringend nötig, die ist aber erst möglich, wenn wir eine Lösung für die oberirdische Parkierung finden. Die Veranstaltungsparkplätze auf der hinteren und kleinen Allmend belegen zeitweise grosse Flächen und schränken die Nutzbarkeit und die Attraktivität der Allmenden erheblich ein. Wir können diese Parkplätze aber nicht einfach aufheben, weil sie im kantonalen Richtplan behördenverbindlich vorgegeben sind. Ein gewisser Sockel an Parkplätzen macht aber durchaus Sinn, denn wir wollen bei grösseren Anlässen den Suchverkehr in den Quartieren verhindern. Die Stadt sucht seit Jahrzehnten nach einer Lösung für das Problem und jetzt zeichnet sich ein Weg ab, und zwar eben mit dieser Innenverdichtung vom Stadion Wankdorf. Das ist grundsätzlich ein eigenes Geschäft, aber wir könnten jetzt hier die einmalige Chance nutzen und 2 Fliegen auf einen Schlag schlagen, und zwar indem wir eine gemeinsame Einstellhalle für die Veranstaltungsparkierung Allmenden und für die Pflichtparkplätze für die Innenverdichtung Stadion Wankdorf bauen und das ohne, dass die Stadt Kosten für das Ersatzangebot tragen muss.

Mit dieser Lösung könnten nicht nur die Allmenden von oberirdischer Parkierung befreit werden, sondern wir können auch im überkommunalen Richtplan ESP-Wankdorf die

Anzahl der Parkplätze noch einmal deutlich reduzieren. Wichtig ist, dass wir bei diesem doch sehr komplexen Geschäft den Blick für das grosse Ganze nicht verlieren. Es sind verschiedene Puzzleteile und die müssen ineinandergreifen, sodass es ein grosses Ganzes gibt. Es gibt zeitliche Abhängigkeiten, die wir beachten müssen. Wenn die Innenentwicklung Wankdorf nicht vorangetrieben werden kann, weil wir noch nicht wissen, was wir mit den Parkplätzen auf der Allmend machen, besteht das Risiko, dass diese Synergie nicht mehr genutzt werden kann. Tatsache ist nämlich, dass die Überbauungsordnung das Stadion Wankdorf theoretisch autark ist hinsichtlich der Abstellplätze. Die notwendigen zusätzlichen Parkplätze, die sich aus der Mehrfläche ergeben, können theoretisch auch innerhalb des Wirkungssperimeters dieser Überbauungsordnung erstellt werden. Die skizzierte Lösung der Allmend ist aber in Abhängigkeit der Überbauungsordnung. Nur so können wir eben, wie schon gesagt, diese Synergien nutzen. Kurz und gut, wir können nicht einfach zuwarten, bis die Überbauungsordnung Wankdorf in den Stadtrat kommt und uns erst dann entscheiden, wie es auf der Allmend weitergeht. Deshalb bitte ich Sie, den entsprechenden Rückweisungsantrag der GB/JA! abzulehnen.

Jetzt habe ich viel über die Parkierung gesprochen, den Kredit kommen wir aber für die Testplanung holen. Die Allmenden sind für die Bevölkerung von grosser Bedeutung. Die Nutzungsansprüche sind zahlreich und auch sehr unterschiedlich. Sie konkurrenzieren sich zum Teil auch. Im Gemeinderat ist es deshalb ein wichtiges Anliegen, dass wir unter Einbezug der Bevölkerung und der verschiedenen Interessensgruppen ausloten können, wie die grosse und kleine Allmend für die Zukunft weiterentwickelt werden sollen. Für den gesamten Planungsprozess beantragt der Gemeinderat eine Krediterhöhung um 1,32 Mio. Franken. Der Gemeinderat bittet euch dem Kredit und auch dem Grundsatz, dass es eine neue Parkierungsanlage braucht, zuzustimmen.

Dann zu den Anträgen der PVS: Der Gemeinderat wird sich weiter für eine Reduktion der festgeschriebenen Veranstaltungsparkplätze im Perimeter Wankdorf einsetzen. Das Controlling und Monitoring vom Richtplan zeigt, dass das Volumen des MIV zwischen 2013 und 2022 trotz starker Nutzungsentwicklung um circa 5% abgenommen hat. Die Verkehrsmassnahmen aus dem Richtplan ESP-Wankdorf entfalten also ihre Wirkung. Dann zum zweiten Antrag der PVS betreffend den Standort der neuen Einstellhalle: Am Anfang der Testplanung wollen wir möglichst viel Spielraum offenlassen für verschiedene Lösungen. Aus Sicht des Gemeinderates streben wir aber klar an, dass die Einstellhalle möglichst weitgehend unter befestigten Flächen gebaut wird. Auch der dritte Antrag der PVS zur Veranstaltungsfläche und das die nicht zunimmt, da kann der Gemeinderat ebenfalls zustimmen. Alle diese PVS-Anträge haben wir an der Kommissionssitzung diskutiert und der Gemeinderat empfiehlt sie deshalb auch zur Annahme. Zu den Anträgen der GB/JA!: Wie ich bereits vorhin ausgeführt habe, bitte ich Sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen und auch den zur Suche nach alternativen Lösungen. Bei der Neuordnung Allmenden handelt es sich um einen mehrjährigen und umfangreichen Planungsprozess. Wir können jetzt die Chance mit der Überbauungsordnung Wankdorf nutzen oder sonst geht halt das Window of Opportunity wieder für viele Jahre zu. Alternative Lösungen werden wir nicht so rasch finden. Wir versuchen das schon seit X Jahren. Dann zum Mobilitätskonzept: Ich bitte Sie auch diesen Antrag abzulehnen. Mit dem Richtplan ESP-Wankdorf haben wir bereits ein Mobilitätskonzept für den Gesamtperimeter. Wir müssen es grossräumig und ganzheitlich angehen. Hier noch etwas separates zu machen, in doch eher kleinem Rahmen, das ist einfach nicht zielführend. Dann zu den YB Trainings-Feldern: Mit der Testplanung sollen Aussagen zur möglichen Anordnung, Nutzung und Gestaltung der Flächen auf der Allmend gemacht werden. Erst auf dieser Grundlage entsteht ein Gesamtbild, und dann können

Sie hier im Stadtrat diskutieren, ob und unter welchen Bedingungen YB-Felder auf der grossen Allmend entstehen sollen oder eben auch nicht. Das schon jetzt Vornewegzunehmen, finde ich zu früh. Gehen wir doch ergebnisoffen an die Planung ohne Denkverbot. Dann noch zum Antrag der GFL, die Ziffer 2 vom Antrag zu streichen: Ja, es ist eher ungewöhnlich, dass wir schon jetzt so einen gewissen Richtungsentscheid von euch brauchen bezüglich der Einstellhalle. Aber dieser Entscheid ist wichtig, denn es macht wirklich keinen Sinn, jetzt eine kostspielige Testplanung durchzuführen, wenn wir keine Lösung haben für die oberirdische Parkierung und die werden wir, wenn wir das jetzt nicht machen können, nicht so schnell finden. Der Gemeinderat bittet Sie deshalb, diesen Antrag unbedingt abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Marieke. Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. Wir fangen an mit den Anträgen, ihr findet die ab Seite 11 und wir stimmen zuerst ab über den Rückweisungsantrag der GB/JA!-Fraktion, den Antrag Nummer 1.

Antrag

1 GB/JA!

Rückweisung:

Das Geschäft ist zu sistieren, bis ein rechtskräftiger Beschluss der UeO Wankdorf vorliegt.

Abstimmung Nr. 030

2018.TVS.000168: Antrag 1

Ablehnung

Ja	19
Nein	52
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 2 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

2 GB/JA!

Es sind alternative Lösungen für die Aufhebung der oberirdischen Veranstaltungsparkplätze zu prüfen, die unabhängig von einer allfälligen Innenverdichtung beim Wankdorfstadion (UeO Wankdorf) funktionieren.

Abstimmung Nr. 031

2018.TVS.000168: Antrag 2

Ablehnung

Ja	20
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 3 der PVS.

Antrag

3 PVS

Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für eine weitere Reduktion der im Richtplan festgeschriebenen Anzahl Veranstaltungsparkplätze im Perimeter Wankdorf ein.

Abstimmung Nr. 032

2018.TVS.000168: Antrag 3	
Annahme	
Ja	52
Nein	16
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 4 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag
4 GB/JA!

Es ist ein Mobilitätskonzept gemeinsam mit Akteuren des Perimeters Wankdorf zu erstellen, welches aufzeigt, wie die Anzahl MIV-Fahrten im Perimeter substanziell reduziert werden können.

Abstimmung Nr. 033

2018.TVS.000168: Antrag 4	
Ablehnung	
Ja	19
Nein	50
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 5 der PVS.

Antrag
5 PVS

Der Standort der neuen Einstellhalle liegt weitgehend unterhalb von befestigten Flächen/Infrastrukturanlagen, damit die Grünflächen nicht tangiert werden.

Abstimmung Nr. 034

2018.TVS.000168: Antrag 5	
Annahme	
Ja	65
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 6 der PVS.

Antrag
6 PVS

Die Veranstaltungsfläche (Zirkusplatz/Hyspaplatz) soll im Vergleich zu heute nicht vergrössert werden. Bei den in der Testplanung zu erarbeitenden Varianten ist der Anteil

unversiegelter Flächen im Vergleich zu heute transparent darzulegen, damit dies in die Entscheidungsfindung einfließen kann.

Abstimmung Nr. 035

2018.TVS.000168: Antrag 6

Annahme

Ja	59
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 7 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

7 GB/JA

Mit der Neuordnung nimmt der Anteil unversiegelter Fläche auf der Grossen Allmend im Vergleich zum heutigen Zustand zu.

Abstimmung Nr. 036

2018.TVS.000168: Antrag 7

Ablehnung

Ja	28
Nein	38
Enthalten	6

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 8 der GFL.

Antrag

8 GFL

Die Ziffer 2 des Antrags des Gemeinderats sei zu streichen.

Abstimmung Nr. 037

2018.TVS.000168: Antrag 8

Ablehnung

Ja	24
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 9 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

9 GB/JA!

Auf die Prüfung von YB-Trainingsfelder auf der Grossen Allmend im Rahmen der Testplanung ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 038

2018.TVS.000168: Antrag 9

Ablehnung

Ja	29
Nein	41
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir werden punktweise über die Vorlage abstimmen. Es hat 4 Punkte und wir stimmen jetzt über jede Ziffer einzeln ab, über den so bereinigten Antrag. Wir stimmen ab über die Ziffer Nummer 1.

Abstimmung Nr. 039

2018.TVS.000168: Ziffer 1

Annahme

Ja	67
Nein	4
Enthalten	0

Präsidentin: Die Ziffer Nummer 1 ist angenommen. Wir stimmen ab über die Ziffer Nummer 2.

Abstimmung Nr. 040

2018.TVS.000168: Ziffer 2

Annahme

Ja	47
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Diese Ziffer ist angenommen. Wir stimmen ab über die Ziffer Nummer 3.

Abstimmung Nr. 041

2018.TVS.000168: Ziffer 3

Annahme

Ja	53
Nein	18
Enthalten	1

Präsidentin: Die Ziffer Nummer 3 ist angenommen und wir stimmen ab über die Ziffer Nummer 4.

Abstimmung Nr. 042

2018.TVS.000168: Ziffer 4

Annahme

Ja	53
Nein	18
Enthalten	0

Präsidentin: Diese Ziffer ist angenommen.

2024.SUE.0026

11 Tierpark Bern: Sanierung und Beschattung Seehundeanlage; Kreditfreigabe

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum Nummer 11: Tierpark Bern. Es ist eine Kreditfreigabe und ich erteile der Kommission das Wort, für die RWSU, Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO) für die RWSU: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Kreditfreigabe von insgesamt 2,9...

Die Präsidentin bittet um mehr Ruhe.

Im vorliegenden Geschäft geht es um die Kreditfreigabe von insgesamt 2,9 Mio. Franken für die Sanierung und die Beschattung der Seehundanlage im Tierpark Dählhölzli. Die mittlerweile 20-jährige Anlage weist zum einen deutlichen Sanierungsbedarf auf. Andererseits entspricht die Anlage tierhalterisch nicht mehr den aktuellen wissenschaftlichen Standards, das zum einen, weil den Tieren unter Wasser zu wenige Anreize geboten werden und sie so zu viel Zeit über dem Wasser verbringen. Zum anderen ist auch die Sonneneinstrahlung viel zu hoch. Diese Mängel führen bei den Seehunden zu medizinischen Problemen, sie leiden vermehrt unter Bindehautentzündungen und Linsen-Trübungen. Mit dem ist das Dählhölzli aber nicht alleine, auch andere Zoos im internationalen Bereich kämpfen mit den gleichen Problemen und sogar in Auffangstationen zeigt sich, dass auch Seehunde, die in freier Wildbahn leben, vermehrt an diesen Augenerkrankungen leiden. Für den Bau dieser neuen Anlage hat sich der Tierpark intensiv mit dieser Problematik beschäftigt und viel Wissen generiert. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und soll international eine Vorreiterrolle einnehmen.

Das Projekt besteht aus zwei Teilen: Zum einen die Sanierung der Anlage. Bei der Sanierung orientiert man sich an der Landschaft des nordischen Lebensraums. Es wird eine Felslandschaft mit Höhlen und Fjord geben, zudem verschiedene Untergründe und Strömungen. Es wird auch ein neues Meerwasserbecken entstehen. In der heutigen Anlage ist nur Frischwasser. Im neuen Meerwasserbecken können die See-Hunde ihre Augen nachher auch besser ausspülen. Der zweite Projektteil ist die Beschattung der Anlage. In Zukunft wird die Anlage über beide Teile entlang dem Vivarium von einem filigranen Membrandach beschattet. Diese Überdachung wird fest verbaut und das ganze Jahr stehen. Das hat sich in den Abklärungen gegenüber einer mobilen Überdachung als die beste Lösung herausgestellt. Von dieser Überdachung können neben den Tieren auch die Besucher profitieren. Gerade im Sommer kann es dort nämlich heiss werden. Geplant ist, dass die neu sanierte Anlage so fertiggestellt werden kann, dass die Seehunde, die aktuell in Schweden verweilen im Frühling 2025 wieder nach Bern zurückkehren können. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 2,9 Mio. Franken, 2 Mio. Franken für die Sanierung der Anlage und 900'000.- für die neue Überdachung. So, wie das das Tierparkreglement vorsieht, wird das gesamte Projekt über Dritt-

mittel finanziert. Eine Finanzierungszusage über 2 Mio. Franken besteht vom Tierparkverein, die restlichen 900'000 Franken sind im Gabus-Fonds, dem Drittmittel-Sammelgefäss des Tierparks vorhanden und können aus dem entnommen werden. Wir geben hier also heute nicht Geld der Stadt aus, sondern geben lediglich den Kredit frei. Gemäss dem Tierpark-Reglement ist ab einem Verpflichtungskredit von über 2,5 Mio. Franken der Stadtrat dafür zuständig.

Die RWSU findet das vorliegende Projekt sehr gelungen. Für die Kommission ist die Sanierung zur Förderung des Tierwohls selbstverständlich, und dass damit ein wissenschaftlicher Beitrag zur Bekämpfung von Augenleiden bei Seehunden geleistet werden kann, ist sehr positiv zu werten. In diesem Sinn empfiehlt Ihnen die RWSU einstimmig die Annahme dieses Geschäfts. Ich würde das Fraktionsvotum anhängen.

Für die SP-JUSO kann ich es kurz machen. Auch für unsere Fraktion ist es klar, dass die Anlage zum Wohl der Tiere saniert werden muss. Auch kann die Frage, ob es überhaupt noch vertretbar ist, dass man Seehunde in Zoonhaltung hat, mit dem Vorhaben, dass das Projekt auch wissenschaftlich begleitet wird und Erkenntnisse zu den medizinischen Augenproblemen von Seehunden gewonnen werden, mit einem Ja beantwortet werden. Davon können sowohl andere Zoonhaltungen profitieren wie auch die Seehunde, die in der Freiheit leben. Dass der Tierpark Dählhölzli hier eine Vorreiterrolle einnehmen will, finden wir sehr positiv. Als SP-JUSO-Fraktion werden wir der Freigabe des Kredits ebenfalls zustimmen.

Präsidentin: Merci Paula. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort, Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Nachdem Paula das Geschäft derart gut präsentiert hat, hätte ich eigentlich gar nicht mehr wollen oder reden kommen sollen, aber es ist jetzt doch das Votum, wo ich mich emotional die letzten 16 Jahre am meisten darauf freue, nämlich für unsere Seehunde. Eine neue coole Berner Anlage für unsere Seehunde. Heute ist das ein Swimming-Pool. Neu wird es eine spannende, schöne Unterwasserlandschaft geben, naturnah gestaltet. Und nicht nur die Tiere werden profitieren vom Sonnendach und Sonnenschutz, sondern eben auch die Besucherinnen und Besucher und die Probleme mit der UV-Einstrahlung für die Augen der Seehunde, die werden wir so hoffentlich lösen können. Wir werden das ganze wissenschaftlich begleiten und wir sind eigentlich auch davon überzeugt, dass in allen anderen Zoos in Europa, wo ähnliche Probleme bestehen, die Berner Erkenntnisse nachher helfen werden, um die Probleme eben auch aus der Welt zu schaffen. 100% Drittmittel finanziert, wie es das Tierpark-Reglement vorsieht. Von mir ausgesehen, eine runde Sache. Ich danke ihnen herzlich für ihr Ja zu unseren Seehunden und Friederike, ich will dann also für die Einweihung schon noch eine Einladung.

Präsidentin: Danke, Reto. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung über dieses Geschäft.

Abstimmung Nr. 043

2024.SUE.0026

Annahme

Ja	61
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Geschäft einstimmig angenommen.

2023.BSS.0077

12 Weiterentwicklung Schulinformatik-Plattform (WESP); Investitionskredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Dann sind wir beim Traktandum 12, Weiterentwicklung Schulinformatik-Plattform. Es handelt sich um einen Kredit und um eine Abstimmungsbotschaft. Das Wort hat die Kommission SBK. Für die SBK, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die SBK: Nach den Seehunden habe ich fast keine Chance mehr, das zu toppen. Ich hoffe, ihr bleibt doch noch hier drin. Es geht nämlich um 21 Mio. Franken. Es ist ein wichtiges Traktandum. Es ist vor allem auch wichtig, da es um unsere Schülerinnen und Schüler hier in der Stadt Bern geht. Wenn man hier rundherum so auf die Tische schaut, sieht man überall Computer herumstehen. Also wir sehen, wir könnten gar nicht mehr auf die Unterlagen des Stadtrates zugreifen ohne Computerkenntnisse. Auch wir mussten lernen, wie wir mit Computern und Programmen umgehen. Viele von uns wünschen sich, sie hätten das früher gelernt oder könnten das besser, wenn wieder einmal irgendeine Fehlermeldung aufpoppt. Und genau aus dem Grund hat die Volksschule heute auch die Aufgabe, Kinder und Jugendliche zu befähigen, kompetent und verantwortungsvoll mit digitalen Medien und Technologien umzugehen und in dem Zusammenhang ist auch die Stadt Bern gefordert. Der Kanton ist zwar für die pädagogischen Inhalte zuständig, also für den Unterricht, der befähigen soll, aber die Stadt ist zuständig für die Ausstattung der Schulen mit der notwendigen Informatikinfrastruktur und hat damit eine sehr wichtige Aufgabe. Und einerseits braucht es ja die Mittel für den Unterricht und andererseits entscheidet sie, und das ist jetzt eben wichtig für das Traktandum, hier entscheidet sie mit der Auswahl der Mittel und der Grundsätze, wie denn schlussendlich die Lehrpersonen in den Sekretariaten oder in der Tagesbetreuung arbeiten. Die digitalen Mittel können eingesetzt werden auch beim Unterricht zeitgemäss und effektiv. Die können eingesetzt werden, ob grundsätzlich digitale Medien und Technologien als didaktische Methodik in jeglichen Fächern zum Einsatz kommen oder nicht. Also für nochmals den Vergleich mit unserer Sitzung hier zu machen, im Zentrum ist hier bei uns das Abhandeln der Traktanden und nicht die Computer selbst, die vor uns stehen. Aber eben, die Sitzung könnte nur funktionieren, wenn wir eben auch Computer haben, die schlussendlich auch funktionieren, um das Ratsinformationssystem und so weiter. Also hier haben wir das genau gleich. Und darum ist das Traktandum für heute so wichtig. Es entscheidet sehr viel, es entscheidet nicht nur über eben den Kredit von mehr als 23 Mio. Franken. Es entscheidet darüber, wie die Schulen hier in der Stadt Bern künftig Unterricht gestalten. Es entscheidet, wie unsere Schüler*innen lernen, mit digitalen Medien und Technologien umzugehen und spätestens seit Base4Kids 2 und Citysoftnet wissen wir, dass nicht nur das Ziel im Fokus sein muss, sondern auch der Weg zum Ziel, also wie, dass das erreicht wird, wie die Projektorganisation ist, wie die betroffenen Personen involviert und geschult werden und wie die Kommunikation mit allen Stakeholdern passiert.

Darum ist es ein Geschäft, wo wir einfach ein bisschen müssen ins Detail gehen, weil wenn wir das nicht tun, dann heisst es später dann wieder, ja hätten wir doch besser hingeschaut schlussendlich bei diesem Geschäft. Hinschauen macht die Kommission schon länger. Es gibt für die Kommission auch noch die Begleitgruppe Schulinformatik.

Dementsprechend wurde dieses Geschäft in der Vorbereitung eng von uns, also eben von der Kommission, der Begleitgruppe, aber auch von Seite des Rates begleitet. Es stehen noch immer ein paar kritische Fragen im Raum. Ich werde ihnen aufzeigen, warum aber schlussendlich die SBK trotzdem zum Schluss kommt und das einstimmig – so viel schon vorweg –, warum wir das Geschäft heute Abend annehmen sollten. Die Weiterentwicklung der Schulinformatikplattform ist kein nice to have. Sie wissen selber, wie schnell der technologische Fortschritt momentan geht. Das alte Handy gibt man vielleicht noch der Mutter oder dem Vater, aber den Kindern gibt man sicher nicht veraltete Technologie für ihre Ausbildung. Base4Kids 2, das ist aus dem Jahr 2018, ihr kennt die Geschichte, die nachher gekommen ist. 2020 musste die Plattform noch einmal neu strukturiert werden. Der Nachkredit ist dann 2021 gesprochen worden. Ein grosser Teil der Hardware ist aber langsam End of Life, wie man so schön sagt, und man muss gleichzeitig die Schulinformatikplattform in Sache Benutzerfreundlichkeit, Technologien und Funktionalität aktualisieren und das ist wirklich ein Riesenprojekt. Also insgesamt brauchen 3'300 Mitarbeitende aus dem Schul- und Tagesbetreuungs-umfeld und rund 12'000 Schüler*innen die Schulinformatikplattform für das Arbeiten und Lernen. Ein grosser Teil des Kredits ist also nicht nur dafür, die Hard- und die Software auf den aktuellen Stand zu bringen, sondern auch für alles Rundherum. Da kommt noch vielmehr dazu.

Es gibt aber auch ein paar Neuerungen und mit denen kommen eben auch ein paar kritische Fragen dazu. Was braucht es denn eigentlich wirklich, ist zum Beispiel eine Frage. Zum Beispiel soll schon ab dem Anfang vom Zyklus 2 alle Schüler*innen mit einem Gerät ausgestattet werden, also in dem Fall mit einem iPad. Bis jetzt hat es in der 3. und 4. Klasse eine Ausstattung von 1 zu 2 gegeben, also ein Gerät für 2 Kinder. Erst in der 5. ist 1 zu 1 Ausstattung gemacht worden. Der Kanton selber der empfiehlt 1 zu 2. Also warum muss sich da die Stadt die Extrameile leisten und auf 1 zu 1 gehen. Ich habe kritische Lehrpersonen gehört, die mir gesagt haben, es sei gar nicht möglich, mit einer dritten Klasse, mit einer ganzen Klasse zusammen an einem Gerät zu arbeiten. Das Maximum sei eine Halbklassse und darum habe es bis jetzt 1 zu 2 gereicht. Aber von Seiten Verwaltung und Projektorganisation ist begründet worden, wieso man den Schritt gehen will. Einerseits ist die 1 zu 2 Vorgabe vom Kanton aus dem Jahr 2016. 2016, das ist dazumal gewesen, als wir das iPhone 6 gehabt haben. Jetzt haben wir das iPhone 16 inzwischen. Also da ist einiges passiert seither. Andererseits sollen die Kinder schon ab dem Zyklus 2 mit einem eigenen Gerät ausgestattet werden, weil sie das nachher für die weitere Schullaufbahn behalten können. Das hat den Vorteil, dass man früh mit dem eigenen Gerät arbeiten kann und darum auch sorgsamer mit diesen Geräten umgegangen wird. Es ist also eben nicht mehr 2016 und Drittklässler*innen haben heutzutage schon mehrere Jahre iPad-Erfahrung hinter sich. Es ist also Anpassen an die Realität, wenn die Ausstattung in der dritten Klasse stattfindet und man Kindern schon dann verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien und Technologien lernt. Dann neu ist, dass im Zyklus 3 Notebooks statt iPads zum Einsatz kommen. Im Vortrag steht noch, dass anstelle der bisherigen Tablets auch Notebooks ermöglicht werden, aber inzwischen hat die Projektorganisation zusammen mit der Lehrerschaft entschieden, dass definitiv auf Notebooks umgestiegen wird und das ist auch ein richtiger Entscheid, ob bei einer Lehre oder einer Mittelschule, Kinder müssen können mit Geräten umgehen, die nicht nur geschlossene Apple-Universen sind und darum ist das gut, wenn man Kinder auf das vorbereitet. Darum macht es Sinn, im Zyklus 3 auf Notebooks umzusteigen.

Dann gibt es auch noch eine Neuerung im Zusammenhang mit den Geräten, die den Lehrpersonen und Tagesbetreuungen zur Verfügung gestellt werden. Bis jetzt ist Lehrpersonen, die ein Pensum von mindestens 40% haben entweder das iPad zur Verfügung gestellt worden oder sie haben eine Beteiligung von 400 Franken an ein eigenes Gerät bekommen. Neu soll allen Lehrpersonen unabhängig vom Anstellungsgrad entweder ein iPad Pro oder ein Gerät aus dem städtischen Pool auswählen können. Also ein Notebook oder sie können noch immer 400 Franken für ein eigenes Gerät geltend machen, weil Informatikmittel für jeden Unterricht inzwischen essenziell ist, ist es von mir aus gesehen richtig, dass alle damit ausgestattet werden. Aber es stellt sich die Frage, wieso es noch immer eine Auswahl gibt, gerade aus technischer Sicht. Aus Sicherheitstechnischer Sicht sei der sogenannte «Bring your own device» eher heikel und macht den Support umständlich. Aber die Projektverantwortlichen haben sich mit dieser Thematik vertieft auseinandergesetzt und die Lehrpersonen in diese Entscheidung einbezogen und man ist zur Überzeugung gekommen, dass wenn man ein Projekt zum Erfolg bringen will, nicht zu viele Neuerungen aufs Mal, machen kann. Also «Bring your own device» abzuschaffen hätte grosse Widerstände zur Folge gehabt und brächte momentan mehr Nachteile als Vorteil. Und schlussendlich wird mit dem vorliegenden Kredit auch einem Teil der Infrastruktur in den Schulzimmern erneuert. Das wären zum Beispiel Beamer mit digitalen Wandtafeln zu ersetzen. Viele Beamer sind am Ende von ihrem Lebenszyklus und digitale Wandtafeln sind zeitgemäss und werden im Unterricht von vielen Lehrpersonen auch geschätzt. Also so viel zur Ersatzbeschaffung und zum Ausbau.

Aber jetzt kommen wir zum genau so wichtigen Teil des Projektes, zur Umsetzung. Bei der Entwicklung des Programms WESP sind die Erfahrungen der Vorprojekte Base4Kids und Base4Kids 2 eingeflossen. Vor allem die Berichte, die im Nachgang zur Einführung von Base4Kids 2 geschrieben worden sind. Mit einem klaren Risikomanagement sollen Fehlentwicklungen früh erkannt und behoben werden. Die Schulleitungen werden eng eingebunden und der Austausch mit verschiedenen Gremien und Lehrpersonen selber ist sehr zentral. Die Programmschwerpunkte sind in 5 Projekte aufgeteilt worden. Einem Projekt, das sich grundsätzlich mit dem digitalen Wandel in der Schule auseinandersetzt, einem Projekt zur Beteiligung und Befähigung, die Mitwirkungsgefässe enthält, der Konzeption von künftigen Services, die ganzheitliche Hardwarebeschaffung und die Definition vom digitalen Lehrangebot. Die Projektleitungen sind Mitglied des Leitungsgremiums. Verschiedene Mitwirkungsgefässe sollen sicherstellen, dass das Gesamtprogramm und die verschiedenen Projekte koordiniert sind und auch die Bedürfnisse gerecht und unter der Mitwirkung derer, die auch die Nutzer sind, entwickelt werden. Es ist also eine komplexe Projektorganisation. Aber es ist ein grosses Projekt. Die Begleitgruppe Schulinformatik hat zum Beispiel an der letzten Sitzung das Teilprojekt, die Beteiligung und die Befähigung unter die Lupe genommen und sich davon überzeugen können, dass hier ein Programm aufgesetzt wurde, das die Lehrpersonen früh integriert und mit auf den Weg nimmt. Das scheint mir enorm wichtig.

Und zum Schluss noch ein paar Kommentare zu den Finanzen: Fragen sind zum Beispiel aufgekommen bei den Reserven, die einberechnet worden sind. 10%, das tönt jetzt nicht nach wahnsinnig viel, aber bei einem 21 Mio. Projekt sind das mehr als 2 Mio. Franken Reserve. Mehr als 2 Mio. Franken, die man mehr oder weniger ausgeben könnte oder auch nicht. Ist das nicht vielleicht ein bisschen gar viel Spielraum? Die Projektleitung hat erklärt, es sei wirklich nur eine Sicherheit, die nicht unbedingt gebraucht werden müsse, aber es gäbe gewisse Unsicherheiten, die man einkalkulieren muss. Ersatzbeschaffungen, zum Beispiel, wenn die Geräte kaputtgehen oder gerade bei IT-Beschaffungen, muss man manchmal auch mit Kostensteigerungen rechnen,

wenn zum Beispiel die Chip teurer werden. Vorher habe ich den wichtigen Bereich "Beteiligung und Befähigung" erwähnt, der ist mit 1,2 Mio. Franken im Budget. Ein PWC-Experte hat einmal im Zusammenhang mit Citysoftnet gesagt, dass sie bei PWC den Grundsatz haben, dass für jeden Franken, der in die IT gesteckt wird, auch 1 Franken an die Leute müsse. Ja, da sind wir in diesem Bereich noch ein bisschen an einem anderen Ort, aber es hat eben geheissen, das WESP vor allem ein Ersatz ist von dem bestehenden Material, also eher eine Evolution statt Revolution, sollte dieser Betrag trotzdem reichen. Aber kritisch hinterfragen darf man ihn. Und dann haben wir bei der SBK noch einen weiteren Punkt kritisch hinterfragt: Für die Projektleitung und für Projektmitarbeitende der Informatikdiensten der Stadt Bern und vom Bereich Personal, Finanzen und digitale Entwicklung sind 400'000 Franken budgetiert. Auf die Frage, ob das alle internen Kosten sind, hiess es aber: "Nein, andere Kosten innerhalb der Verwaltung, zum Beispiel im BSS, seien nicht im Projekt enthalten, sondern einmal mehr einfach Teil der täglichen Arbeit."

Gerade bei Citysoftnet haben wir ja einmal mehr moniert, dass zu wenig interne Ressourcen bereitgestellt worden sind für das Projekt meistern zu können. Deshalb ist es berechtigt nachzufragen, ob das jetzt dann auch so reicht. Und die Situation ist aber so, dass gemäss HRM nur die Eigenleistungen der Projektleistungen der ISB und der ESB über die Investition abgerechnet und aktiviert werden dürfen. Es gibt ein paar kritische Punkte, die man hinterfragen darf, insbesondere was das Budget betrifft. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Stadtrat und insbesondere die SBK hier weiterhin eng das Projekt begleiten und allfällige Probleme oder Widerstände frühzeitig aufgezeigt werden. Aber grundsätzlich empfiehlt die Kommission einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen und auch der Abstimmungsbotschaft, denn diese Investitionen sind wichtig und richtig. Sie sind wichtig für die Informatikmittel und die Schulinformatikplattform muss immer auf dem aktuellen Stand gehalten bleiben. Es ist eine Erneuerung fällig und sie sind wichtig, weil eben das Projekt in den Grundzügen sehr gut aufgestellt ist und die Kommission das Vertrauen hat, dass mit dem Einbezug von den betroffenen Gruppen eine gute Weiterentwicklung erreicht werden kann. Und zum Schluss noch zum Antrag der SBK das Angebot digitales Gleichgewicht im Rahmen vom beantragten Investitionskredit umfassend für alle Schulen und Schulstufen einzuführen. Die Verwaltung hat uns gesagt, das sei sowieso vorgesehen. Insofern habe das keine Kostenfolgen und werde es auch machen. Wir haben den Antrag trotzdem aufrecht behalten und bitte euch den anzunehmen als klares Statement, für dass es eben wichtig ist, dass Kinder auch im Rahmen von WESP bezüglich ihres digitalen Gleichgewichts sensibilisiert und befähigt werden. Danke vielmals.

Präsidentin: Ja, dann müsste dich jemand noch einmal anmelden. Könnte jemand den Nik noch einmal anmelden? Kein Problem, dann hält Nik noch das Fraktionsvotum für die FDP-JF.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Es sind auch nur noch 6 Zeilen. Gerne ergänze ich noch gerade mit dem Fraktionsvotum FDP-JF und es geht schnell. Selbstverständlich werden wir diesem Geschäft zustimmen. Die kritischen Fragen, insbesondere was das Budget im Zusammenhang mit den Reserven und die internen Kosten betrifft, habe ich ja vorher geäussert und wir wünschen uns, dass die 10% Reserve eben wirklich eine Reserve wird, die nur gebraucht wird, wenn klar begründet, zum Beispiel durch überproportionales Schüler*innen-Wachstum oder für zusätzliche Schulungen oder so. Nicht aber für Projektführungen abzufedern, wenn wieder einmal irgendetwas intern nicht reicht, wenn man zu wenig interne Ressourcen eingeplant hat. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Nik. Dann kommt Köçer Fuat für die SP-JUSO-Fraktion.

Fuat Köçer (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion erachtet es als sehr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen bereits in der Volksschule mit zeitgemässen Geräten ausgestattet werden. Erstens damit der Unterricht modern und lehrplankonform durch eine funktionsfähige Soft- und Hardwarelösung unterstützt wird und so stattfinden kann. Es gibt nämlich immer wie mehr neue Lehrmittel, die auch Online-Zugang benötigen. Die mobilen Geräte werden also immer wichtiger in der Volksschule. Zweitens können die nötigen Informatikskills unabhängig vom sozioökonomischen Status des Kindes erworben werden. Gleichzeitig muss mit diesen neuen Geräten, die neu bereits ab der dritten Klasse in den Einsatz kommen, achtsam umgegangen werden. Es braucht also klar pädagogische Konzepte, wann und wo, wie viele Geräte eingeschaltet werden können, wie oft sie nach Hause mitgenommen werden können sollen, wie viele Programmzugang Kinder haben dürfen, wie viel Zugriff und Kontrollen die Lehrpersonen über die Geräte haben, mit vielmehr Aufwand das Ganze für die Lehrpersonen verbunden ist. Gleichzeitig braucht das Ganze sicher auch das Bewusstsein der Eltern, damit die Suchtgefahr dieser Mobilgeräte beseitigt werden kann. Diesbezüglich erachte ich auch den SBK-Antrag digitales Gleichgewicht als sehr sinnvoll. Kritischer Umgang mit den digitalen Medien muss unbedingt explizit in so einem Riesensprojekt seinen Platz haben. Dementsprechend werden wir als SP-JUSO-Fraktion dem Kredit von 21,67 Mio. Franken zulasten der Investitionsrechnung, der Abstimmungsbotenschaft sowie den SBK-Antrag unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Fuat. Dann kommt Raffael Joggi für die AL/PdA.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Wir haben lange diskutiert, und wir sind immer noch dran von der AL/PdA-Fraktion zu diesem Thema. Ihr kennt unsere Haltung zu proprietärer Software. Es ist ein Leuchtturmprojekt von proprietärer Software. Es geht darum, hier die sogenannten Lehren aus Base4Kids zu ziehen und konsequent wird jetzt eigentlich auf Apple und Microsoft Hard- und Software gesetzt. Das widerspricht unserer Auffassung von digitalen Projekten der öffentlichen Hand in der Stadt Bern, der Digitalstrategie. Es kann nicht sein, dass man hier freie Software, opensource Software gegenüber proprietärer Software ausspielt in dem Sinn, dass jetzt einfach die Aufstellung so trivial einfach daherkommt. Das eine ist experimentell, das ist gratis, das hat nicht funktioniert und das andere ist halt einfach, da zahlen wir recht viel, aber dafür haben wir das, was wir wollen. Das ist genau eben nicht nachhaltig. Wir haben schon mehrfach erklärt, dass es... Ja, wir kaufen uns dort halt einfach längerfristig etwas anderes, das uns vielmehr kosten wird. Aber ich mag nicht immer dasselbe erzählen, darum lasse ich die Chose. Es geht hier um Kinder und es geht um die Schule. Das ist uns auch sehr bewusst und wichtig, dass dort viel Geld in die Schulen fliesst, auch in Punkto Digitalisierung, da sind wir uns in unserer Fraktion einig. Wo wir uns nicht so einig sind, ist über den Sinn und Nutzen von dieser vielbeschworenen digitalen Transformation gerade bei Unterstufe bei der 1., 2., 3., 4., 5. Klasse. Wie viel Digitalisierung schwebt euch vor, was ist genau der Nutzen, wenn jetzt jedes Kind 1 oder 2 Kinder zusammen ein Tablet haben. Hilft es jetzt, dass wenn sie nachher die Pause oder wenn die Schule vorbei ist, dass sie ihr Handy besser verstehen, wahrscheinlich nicht. Das Gerät ist nach 2 Jahren schon veraltet. Da ist langweilige Lernsoftware drauf. Es ist wahrscheinlich nicht so spannend wie das richtige Handy.

Ich habe keine Ahnung, ob es eine sehr pädagogisch wichtige Software ist, die alternativlos ist, dass man es nicht auch anders beibringen könnte. Wir haben diskutiert und stellen es uns auch spannend vor, dass die Medienkompetenz eben auch gerade heissen würde, dass man eben gewisse Sachen noch analog macht. Was unzweifelhaft ist, ist, dass junge Menschen ja eigentlich sehr wohl mit dem Handy viel umgehen und gut umgehen oder schlecht umgehen, aber regen Umgang mit digitalen Medien haben. Und es dünkt uns einfach insgesamt so ein bisschen speziell, dass das jetzt quasi in dem Bericht wiederum nicht thematisiert wird und einfach in eine Stossrichtung gefahren wird. Es heisst einfach digitalisieren, digitalisieren, digitalisieren und wenn nicht, sind wir irgendwie auf der falschen Seite der Geschichte. Wir wünschen uns dort eigentlich eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem Thema und gerade im Schulbereich, wo es sehr sensibel ist. Weiter gesprochen ist es für unsere Fraktion auch klar, dass die Digitalisierung als solche im kapitalistischen System eine Rationalisierungsmassnahme ist. Also Industrialisierung 4.0 ist immer noch Industrialisierung. Ist jetzt das Ziel, dass man da eine kleine Dampfmaschine im 19. Jahrhundert den Kindern in der Schule auf den Tisch stellen konnte und sagen: "Schau, das wird eines Tages dein Arbeitsplatz sein.". Du musst nämlich ein bisschen lernen, mit der Dampfmaschine umzugehen. Ich sehe nicht genau, ob das etwas ist für 1. und 2. Klässler, ob sie jetzt schon die Tabellenkalkulation und Wordprocessing lernen müssen. Das lernt man dann vielleicht in der Berufsschule. Ich stelle mir eigentlich so nach einem humanistischen Bildungsideal etwas Besseres vor. Aber Voilà, das ist jetzt, was uns jetzt verkauft wird. Wir sind uns dort nicht einig, wie wir mit dem umgehen sollen. Wir finden auch für die Chancengleichheit und für die Fairness, dass alle möglichst – unabhängig von ihrem Hintergrund – die Hardware haben sollen, wenn sie dann in Gottes Namen da sein muss. Es gibt Teil von unserer Fraktion, die das ablehnen werden, aber ich glaube nicht alle. Vielen Dank habt ihr uns zugehört.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt Mirjam Arn für die GB/JA!-Fraktion.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Danke für die schöne Vorstellung, Nik. Das meiste ist schon gesagt worden. Zum Thema WESP gibt es zu sagen, dass die Vermittlung der digitalen Kompetenzen durch die Volksschule in der heutigen Zeit nicht mehr wegdenkbar ist. Und die aktuelle Schulinformatikplattform Base4Kids läuft gut. Sie ist auch für die Nutzenden gut ausgestaltet und ist gut akzeptiert. Nach mehreren Jahren Laufzeit sollen jetzt Hard- und Software ersetzt und die Plattform verbessert werden, damit das Funktionieren weiterhin reibungslos bleibt. Das WESP ist ein Resultat von 6 Teilprojekten. Es ist ein gutes Endresultat und wie alle Informatikprojekte, ist es ein teures Projekt. Es ist aber unumstritten, dass die Weiterentwicklung nötig ist und das vorliegende Projekt gut durchdacht ist. Neu ist die konkrete pädagogische Nutzung höher gewichtet, und das ist ganz im Sinne der Hauptnutzenden, also von den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern. Die GB/JA!-Fraktion wird deshalb der Vorlage und der Abstimmungsbotschaft zustimmen. Das zusätzlich erwähnte Angebot "digitales Gleichgewicht" ist aus unserer Sicht zu wenig explizit für alle Klassen ausgeführt. Bei diesem Angebot geht es um den kritischen Umgang mit digitalen Medien, was aus unserer Sicht sehr wichtig ist. Es geht eben nicht nur darum, technische Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern auch um ein gesundes Verhältnis zu digitalen Medien und Technologie. Und für den gesunden Umgang mit Informationsflut, sozialen Medien, generell Bildschirme und Geräte etc. braucht es in der Schule Aufklärung und Prävention und das ist enthalten in dem Kommissionsantrag von der SBK, die unsere Fraktion auch annehmen wird. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Dann kommt Michael Burkard für die GFL.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Nik Eugster hat eigentlich sehr gut das Geschäft vorgestellt und ich bin sehr froh, dass man hier eine Vorstellung hat, die dem Geschäft auch gerecht wird und wir haben manchmal Informatikprojekte, wo man auch durchwinkt, und niemandem mag sich eigentlich darum kümmern und das ist sehr schade. Und ich bin froh, dass nachher auch eine Diskussion stattgefunden hat und immer noch stattfindet und man sich wirklich das genauer anschaut. Raffael Joggi ist jetzt leider raus gegangen. Er hat noch bedauert, dass man da jetzt den Versuch mit den nicht-proprietären Softwares abgebrochen hat. Ich will das nicht aufwärmen, aber es gibt einen Punkt, der bei diesen Sachen immer fehlt, nämlich der Einbezug des Datenschutzes. Wir haben in diesem Vortrag einen nicht-sagenden bis lustlosen Artikel oder Abschnitt über den Datenschutz, und da müsste eigentlich die Kommission, die vorberatende, hellhörig machen. Das geht so nicht.

Wir haben mit grossem Aufwand – wo ist er, er ist nicht da, der Vorgänger der GPK – diese Fachstelle ins Leben gerufen beziehungsweise sie ausgebaut, für viel Geld, die jetzt am Werk ist. Sie haben sich mit Base4Kids jetzt sehr beschäftigt, sie sind aber jetzt in diesem Projekt nicht einbezogen worden. Das muss auch nicht sein. Aber es wäre doch immerhin – wenn es so einen Artikel oder eine Ziffer gibt im Vortrag, was den Datenschutz betrifft – das Minimum für eine Kommission, dass sie nachher den Reflex hat – ich bin jetzt ein bisschen politisch-pädagogisch unterwegs, aber ich probieren den Stadtrat zu sensibilisieren für das Thema Datenschutz – wenigstens die Information oder das Wissen der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS) abzuholen und fragt, was die Fachstelle dazu meint. Und sie haben immer gesagt – bei Base4Kids war sie involviert, das habe ich gesagt –, dass ihr Bottom Line oder ihr Grundsatz lautet, dass hochsensible Daten nicht in die Cloud sollen, sondern in die Fachapplikationen der Dienste gelangen sollen. Das Problem bei den Schulen ist, dass sie keine Fachapplikationen haben. Und das heisst dann, dass im Minimum die Daten, die hochsensiblen, bei einem Schweizer Provider, der dem Schweizer Recht untersteht, zu lagern sind. Das ist so die Kernbotschaft, soweit ich es verstanden habe.

Ich bin nicht Fachmann, man müsste den Referenten der Kommission noch Fragen, denn es ist eigentlich die Aufgabe der Kommission, solche Fragen zu klären. Mir geht es nicht darum, irgendetwas zu kritisieren, sondern nur darum, dass man den Reflex besser bei den vorberatenden Kommissionen implementiert, dass man immer einfach noch die Meinung der Fachleute, die man ja schon jetzt hat, einholt, damit man mindestens, wenn man schon nicht weitergehen kann, den Datenschutz gerade bei hochsensiblen Daten, die ja Schülerinnen- und Schülerdaten sind, sicherstellt und dass man bei jedem Geschäft nachher auch so den Kontakt mit der FADS implementiert. Merci.

Präsidentin: Danke, Michael. Dann kommt Béatrice Wertli für die Mitte-Fraktion.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Ich nehme es vorweg, die Mitte-Fraktion stimmt dem Geschäft, wenn auch mit ein paar kritischen Bemerkungen, zu, ebenso dem Kommissionsantrag der SBK. Raffael Joggi, Base4Kids hat uns wirklich etwas gelernt und wenn man proprietäre Software und Opensource miteinander vergleicht, muss man dann doch auch schauen, was passiert ist und was man damals da in dem Rat erzählt hat, wie gut das würde funktionieren mit Opensource. Ich kann aus dem Alltag berichten, von einer Mutter von schulpflichtigen Kindern, die während der Coronapandemie wirklich darauf angewiesen gewesen wäre, dass es funktioniert hätte. Es hat eben nicht

funktioniert. Und ich glaube, wenn man auch mit den Lehrpersonen redet, die damals das Opensource-System, das so gut funktionieren hätte sollen, anwenden mussten, ist man glaube ich tatsächlich zum Schluss gekommen, dass am Schluss eine ideologische Verblendung vor wirtschaftliche Machbarkeit gestellt worden ist, und uns das und vor allem den Lehrpersonen und am Schluss auch den Schülerinnen und Schülern eben nichts gebracht hat. Insofern haben wir zur Kenntnis genommen, dass man in der Vorlage sagt, man habe Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Die Vorlage lässt aber trotzdem offen, was genau die Lehren sind und was jetzt gemacht wird, damit es nicht mehr zu den gleichen Problemen kommt. Namentlich gibt es für uns noch die Fragen, die zu klären sind, bezüglich Projektorganisation und der Bereitschaft, dass man vorhandene und in der Praxis bewährte Modelle, Systeme und Programme übernimmt und eben auch bezüglich der politischen Kontrolle. Wir werden sicher diesem Geschäft zustimmen müssen, auch genau deshalb, weil eine Weiterentwicklung der Schulinformatik zwingend nötig ist. Das darf man aber nicht machen mit einer ideologischen Verblendung, sondern tatsächlich die Machbarkeit, die Sinnvolligkeit und die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten. Insofern sind wir der Meinung, dass das Projekt mit kritischer und guter Begleitung durchgeführt werden soll. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Béatrice. Dann kommt Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Also apropos ideologischer Verblendung: Alle Software, die nachhaltig ist, die lange lebt, im Hintergrund läuft, und auch Windows hat mittlerweile eine Linux-Komponente drin, ist letztendlich Free-Software. Es ist einfach angelegt in der Idee von proprietärer Software, dass sie ein Haltbarkeitsdatum hat. Das kann man aus marktwirtschaftlicher Sicht gut verstehen, aber es ist eben genau nicht auf eine nachhaltige Art und Weise entwickelt insofern, dass man mit etwas wo zu gut funktioniert, halt einfach kein Geld kann verdienen. Also da würde ich sagen, da spricht die reine Faktenlage eigentlich dagegen. Wenn es im Einzelfall nicht funktioniert und Base4Kids ist sicher jetzt ein tragischer Fall, wo wir auch ernstnehmen sollen und die Lehren daraus ziehen, aber das hat hier in erster Linie nichts mit der Ideologie dahinter, sagen wir einmal, zu tun oder mit Lizenzmodell. Es ist nicht, weil es Opensource ist, ist es gescheitert. Es ist, weil es unter vielen anderen Gründen eine customized Lösung gewesen ist. Das ist immer teuer, das ist immer ein Risiko. Es kann aber genauso gut schief gehen mit einer kommerziellen Lösung. Wenn man gerade auch komplizierte Software spezifisch und extra für einen selber und nicht für 10 Mio. andere Kunden entwickeln lassen will, ist dort natürlich ein finanzielles Risiko da. Aber hört auf zu sagen, dass das einen Free Software Problematik ist. Also das ist Boomer-Talk der 90-er Jahre. Das Gefühl zu haben, das etwas, was nichts kostet, sei denn auch nichts wert. Das hat sich nicht erwiesen im IT-Bereich.

Präsidentin: Merci, Raffael. Das Wort hat Fuat Köçer.

Fuat Köçer (SP), Einzelvotum: Wie bereits im Fraktionsvotum schon deklariert, werde ich in meiner Fraktion auch den Kredit und die Abstimmungsbotschaft unterstützen. Trotzdem möchte ich aus pädagogischer Sicht kritische Punkte aufgreifen. Für mich stellt sich die Frage, ob man wirklich zum Kindeswohl beiträgt, wenn man diesen Kindern bereits ab der dritten Klasse iPad in die Hände drückt. Das wird Zukunft sein, die Kinder müssen IT-Skills beherrschen. Das ist nicht eine pädagogische, sondern kapitalistisch-marktwirtschaftlich orientierte Sicht. Der Einwand, dass man doch dem ökonomisch benachteiligten Kind ein iPad gibt und so Chancengleichheit und im Idealfall

sogar Chancengerechtigkeit erlangen könnte, das stimmt leider aus bildungssoziologischer Sicht auch nicht. Wenn die Bildungsinstitutionen alle gleich viele Ressourcen bekommen, dass es nachher dann gerechter wird, ist eine Illusion. Das kann man anhand von der Bildungsexpansion in den letzten 40-50 Jahren auch genauer analysieren. Zwar haben Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien mit der Bildungsexpansion mehr Tertiär-Abschlüsse erlangt, wie auch Kinder aus privilegierten Familien auch mehr Tertiär-Abschlüsse erreicht haben als wie vor 40 Jahren. Das hat aber aus keiner Sicht zur Chancengerechtigkeit geführt, sondern die Schere noch mehr geöffnet. Wenn alle unabhängig von ihren Ressourcen gleichviel mehr erhalten, wird es nicht gerechter, obwohl es für die Benachteiligten einen positiven Effekt haben kann, bauen die Privilegierten ihre Privilegien aus und es wird noch ungerechter als bisher.

Die Schule kann einfach auch nicht Chancenungerechtigkeit, die daheim entsteht, ganz ausgleichen. Wenn das Kind Tennis spielt, in den Klavierunterricht geht und mit 5 Jahren Mandarin lernt, wird es auch nicht Aufgabe der öffentlichen Schule sein allen Kindern die Angebote anzubieten, mit der Überlegung gleich ist gerecht. Es wird wie in allen gesellschaftlichen Belangen, auch im Bildungswesen, nur gerechter, wenn diejenigen, die weniger haben im Vergleich mehr bekommen. Das Ziel der Schulen kann nicht sein, alle gleich behandeln zu wollen, sondern gerecht zu sein. Das braucht halt auch Mut zur Deprivilegierung. Darum wäre es vielleicht die sinnvollere Idee gewesen, dass die sozioökonomisch benachteiligten Kinder früher mehr Ressourcen bekommen, um grundlegende Informatikskills zu erreichen, anstatt dass alle bereits mit 8 gezwungen werden mit diesen Geräten zu arbeiten. Es ist auch zu erwähnen, dass jedes Kind, das die Volksschule in Bern besuchen wird, in der Laufbahn 2 Geräte zur Verfügung gestellt bekommt, anstatt ein Gerät wie bisher. Was spricht dagegen, dass Kinder wie bisher ab der 5. Klasse ein Gerät bekommen hätten, anstatt iPad, einfach Laptops, die Ende vom 9. Schuljahr ökonomisch abgeschrieben gewesen wären. Ich wäre froh, Franziska, wenn du darauf eingehen kannst. Neben dem wäre ich auch froh, Franziska, auch aus volkswirtschaftlicher Sicht den Mehrwert verstehen zu können oder dass du aufzeigen kannst, wenn alle Lehrpersonen unabhängig von ihren Pensen Laptops bekommen, was man davon hat. Damit ihr euch das etwas vorstellen könnt, 28 Wochenlektionen entsprechen einem Pensum von 100% bei einer Lehrperson. Eine Lehrperson, die 2 Lektionen in einer städtischen Volksschule unterrichtet, hat ein Pensum von rund 7% und einen Laptop zur Verfügung gestellt bekommen. Ist das nötig? Warum wird nicht zum Beispiel ein Laptop ab 40 Stellenprozente zur Verfügung gestellt, wie bisher? Man könnte auch überlegen, dass man bei kleineren Pensen Geräte teilt. Das wäre sicherlich auch aus ökologischer, aber auch aus ökonomischer Sicht gewinnbringender. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Fuat. Dann kommen wir zum Gemeinderatsvotum, Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Zuerst bedanke ich mich bei Nik Eugster für die Vorstellung dieses Geschäfts. Er hat es schon sehr umfassend vorgestellt. Ich werde jetzt noch die Sicht und die Schwerpunkte des Gemeinderates einbringen können. Ich danke aber auch allen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, insbesondere denen wie Raffael Joggi und Fuat Köçer, die jetzt auch noch kritische Voten in die Runde geworfen haben. Ich glaube, hier reden wir über die Digitalisierung der Schule und wir können auch nicht davon ausgehen oder zumindest ich gehe nicht davon aus, dass wir mit der Digitalisierung der Schule Chancengerechtigkeit umsetzen können. Um Chancengerechtigkeit umzusetzen da muss man an vielen Orten ansetzen, da sind wir auf

diesem Weg in kleinsten Schritten. Die Chancengerechtigkeit umsetzen, da können wir nicht sagen, dass das jetzt der wichtigste Teil hier mit dieser Digitalisierung ist. Ich persönlich finde, es ist wichtig, dass auch die Instrumente, die wir heute in unserer Gesellschaft haben, dass die halt allen zur Verfügung stehen. Und darum stehe ich voll und ganz hinter dieser Vorlage, bei der ich finde, dass sie in dem Sinn den Schulen, allen Kindern, allen Lehrpersonen im Schulbereich etwas bringt. Aber ich würde nie sagen – du hast mich gefragt Fuat –, dass die Vorlage einen grossen wesentlichen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leistet. Es geht hier um Geräte, es geht um Hilfsmittel und da bin ich froh, wenn alle die gleichen haben, aber die Chancengerechtigkeit, die müssen wir an anderen Orten noch umsetzen. Zur Frage der Opensource äussere ich mich hier nicht. Ich finde, das ist wirklich die Debatte gewesen, die wir bei Base4Kids 1 gehabt haben. Ob das die richtige Lehre gewesen ist, die wir daraus gezogen haben, auch das finde ich persönlich eine schwierige Frage. Der Gemeinderat hat sich jetzt für diesen Weg entschieden. Wir haben uns mit den Lehrpersonen für den Weg, den man eingeschlagen hat, entschieden, aber was wir weiter diskutieren werden zu dem Thema Opensource, das weiss ich auch nicht.

In dem digitalen Wandel, in dem wir drinstecken, sind ganz viele Fragen offen und viele Fragen und viele Diskussionen müssen wir führen und darum bin ich ja auch froh, dass es hier kritische Voten gegeben hat, denn ich glaube der digitale Wandel, der findet statt, ob wir das gut finden oder nicht. Ich finde auch nicht alles gut, was da stattfindet, aber es findet statt und darum finde ich, wir müssen auch nicht hilflos sein und sagen: "Wir machen nichts, wir müssen uns mit dem auseinandersetzen." Wie viel wollen wir, wie wollen wir damit umgehen und was wollen wir damit machen? Und darum finde ich, sind wir in den Schulen auch am richtigen Ort, um diese Fragen auch mit den Lehrpersonen und den Kindern und Eltern in dem Sinn zu diskutieren. Ich möchte kurz auf die wichtigen Punkte, die von ihnen zum Teil schon etwas angesprochen wurden, eingehen. Was bringt denn unser Konzept den Schülern und Schülerinnen zum Lernen? Was bringt es den Lehrpersonen zum Lernen? Was bringt es in der Tagesbetreuung, was bringt es im Aussenraum und welches sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die wir einhalten müssen, denn wir haben auch rechtliche Rahmenbedingungen, wie Lehrplan 21, kommunale Aufgaben für die schulische Infrastruktur und da gehört IT dazu, aber auch Vorgaben des Datenschutzes und von dem Rechnungsmodell HRM2. Ja, die Fragen hat Nik auch aufgeworfen und andere von euch auch: "Gehe es dann nicht mit weniger?" Ja, es würde mit weniger gehen. Aber wir haben uns dazu entschieden im Gemeinderat, dass wir nicht weniger wollen, sondern, dass wir eine gute zeitgemässe Ausrüstung für die Schulen wollen. Wir wollen nicht das Minimum und ich führe das gerne in 5 Punkte aus, warum, dass der Gemeinderat überzeugt ist, dass wir die Lösung, wo wir euch vorschlagen, mit gutem Gewissen vorschlagen, auch wenn sie teuer ist.

Die Ausstattung der Schüler*innen, Lehrpersonen und der Tagesbetreuung — da sage ich euch nicht nochmal, wie die ist – das ist von euch auch erwähnt worden. Ich sage nur, warum wir was gemacht haben. Wir haben gesagt, alle Lehrpersonen bekommen einen Laptop, denn es gehört halt einfach zur Kommunikation, auch dass wir in dem Sinn diese Instrumente zur Verfügung haben. Und ich glaube, die Vergangenheit hat es auch ein bisschen gezeigt, und das kommt auch immer wieder, Laptop miteinander teilen ist eine schwierige Sache. Und daher ist es mir persönlich lieber, wenn wir in dem Sinn alle Lehrpersonen auch unabhängig vom Pensum mit einem Laptop ausstatten. Ich glaube, das ist der bessere und einfachere Weg, damit eben auch der Austausch zwischen den Lehrpersonen und der Kommunikation in dem Sinn gut stattfinden kann. Raphael Joggi hat so ein bisschen die Frage aufgeworfen: "Was ist denn der Nutzen

von diesen Geräten?" Diese Geräte sind Hilfsmittel, Arbeitsinstrumente und dort habe ich persönlich Vertrauen zu unseren Lehrpersonen, dass sie auch wissen, wann sie welches Instrument einsetzen. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass mit dieser Vorlage nachher der ganze Kindergarten digitalisiert wird, auch nicht die Basisstufe, aber auch nicht die Oberstufe, sondern die Lehrpersonen wissen, was sie einsetzen.

Und ich finde, sie gehen sorgfältig damit um und setzen auch analoge Instrumente um. Es wird immer noch viel gelesen in den Klassen, es gibt immer noch Bücher, es gibt immer noch Hefte, es gibt immer noch Bleistifte. Es gibt immer noch Farbstifte, es gibt immer noch Zeichnen, es gibt immer noch Musikunterricht. Jedes Fach, jede Kompetenz, die man lernt, hat verschiedene Instrumente, die man anwenden kann und ich finde, das gehört heute zu einer modernen Schule, dass man eben den Umgang lernt. Man kann verschiedene Sachen mit verschiedenen Instrumenten lernen, eben in dem Sinn mit diesen Kompetenzen. Dass wir die Tagesbetreuung auch ausrüsten, ist für mich klar. Wir arbeiten seit einem Weilchen darauf hin. Also die Schule umfasst die Betreuung und die Bildung und von daher ist es logisch, dass man auch in der Tagesbetreuung, in dem Sinn als Arbeitsinstrument oder auch als Instrument, mit dem man nachher auch mit den Kindern arbeiten kann, ein Tablet oder ein Laptop hat. Ich komme noch zur Frage der Ausgestaltung des Aussenraums. Das ist nicht ein Teil dieser Vorlage, aber das ist auch das, was wir im Rahmen der Erarbeitung dieser Vorlage diskutiert haben. Wir werden schauen, dass wir auch im Aussenraum mit einer anderen Vorlage von Informatik Stadt Bern, dass wir WLAN zur Verfügung haben an gewissen Orten, weil man sagen muss, dass das den Unterricht flexibilisiert. Angesichts der Klimaerwärmung kann es in Zukunft auch besser sein, wenn man draussen an einem schattigen Ort unterrichten kann, als drinnen in einem überhitzten Schulzimmer. Es ist auch gefragt worden: "Ja, braucht es das alles?" Ja, das ist eine der wichtigen Lessons learned aus Base4Kids und von dieser dürfen wir jetzt nicht zurückschrecken, wenn es "viele Geräte" heisst.

Wir haben die Lehrpersonen, wir haben alle in den Schulen befragt. Wir haben es mit ihnen erarbeitet und sie haben gesagt, wir möchten die Ausstattung, weil wir das Gefühl haben, dass wir mit dieser nachher gut Schule geben können. Und darum ist der Gemeinderat hier in diesem Punkt eben halt dann der Lehrperson und den Bedürfnissen der Schulen gefolgt, wie hier immer wieder betont wurde, wir müssen die mehr berücksichtigen, als dass wir das bei Base4Kids gemacht haben. Wir müssen das machen. Zu den Reserven, die Nik schon gut ausgeführt hat. Ich glaube, das braucht jetzt halt einfach die Reserve. Man hätte weniger einstellstellen können, aber ich habe das Gefühl, es würde uns dann einholen. Zum professionellen Projektmanagement ist von eurer Seite noch nicht so viel gesagt worden. Auch das ist ein wichtiger Punkt der Lessons learned aus Base4Kids. Wir haben eine externe Programmleiterin. Wir haben externe Projektleiterinnen und -leiter und das ist eigentlich freiwillig. Das haben wir nicht in der Verpflichtung des Kantons, dass wir das machen müssen, aber wir finden das sinnvoll und auch wirtschaftlich. Denn ein gutes Knowhow im Expertenbereich, das kann die Stadt nicht alles selber stemmen. Der 5. Punkt, den ich hier auch noch erwähnen möchte, sind wirklich auch die internen Ressourcen. Ich denke, das habt ihr im Rahmen des Budgets und des AFP gesehen, die haben wir stark aufgestockt, auch das als Lessons learned aus Base4Kids. Wir wollen, dass wir auch intern genügend Ressourcen zur Verfügung haben, damit die Einführung und die Betreuung und Begleitung auf der IT-Sachebene auch gut vom Schulamt und von Informatik Stadt Bern umgesetzt werden kann.

Ich komme noch zum Antrag der SBK. Ich habe euch in der SBK gesagt, ich finde, er ist nicht nötig, denn wir haben das Geld eingesteckt. Ich muss euch sagen, ich persönlich – ich kann nicht im Namen vom Gemeinderat reden, weil wir das ja nicht miteinander diskutieren konnten –, dass ich in den letzten Wochen vermehrt konfrontiert wurde mit dem Thema Umgang mit digitalen Medien.

Was findet alles in diesen digitalen Medien, insbesondere bei Jugendlichen, die grossen Umgang im Netz haben, statt? Ich muss sagen, ich bin auch an einer Tagung gewesen, wo mir bewusst geworden ist, wir müssen noch viel aufmerksamer sein bei diesem Thema, noch viel sensibler sein. Wir müssen unsere Schülerinnen und Schüler wirklich gut darauf vorbereiten, was das heisst, was da alles im Netz abgeben kann, Stichwort Gewaltvideos, Stichwort rassistische schlimmste Vorwürfe gegeneinander, Stichwort Hate Speech. Alles das müssen unsere Kinder lernen, wie sie damit umgehen wollen, denn ich sage die Digitalisierung, die können wir nicht mehr aufhalten, die findet statt, aber wir müssen unsere Kinder eben beteiligen und befähigen, dass sie die Instrumente einsetzen können und darum bin ich persönlich auch froh, wenn der Stadtrat auch explizit sagt, doch wir wollen, dass man in der Digitalisierung genau hinschaut. Ich komme zum Schluss. Ich persönlich bin von der Qualität des Geschäfts überzeugt. Ich finde, man muss kritisch bleiben, aber wir können uns auch nicht Entwicklungen verschliessen. Und ich bin davon überzeugt, dass das digitale Lernen auch etwas bringen kann, auch um zu lehren und dass wir mit diesem Kredit, nachher auch gut gerüstet sind für die Schulen, für unsere Kinder und für alle, die dort arbeiten. Und von daher danke ich für eure Unterstützung zu diesem Kredit.

Präsidentin: Danke, Franziska. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Antrag der SBK ab. Ihr findet den auf Seite 13 der Antragsliste.

Antrag
1 SBK

Das Angebot «Digitales Gleichgewicht» soll im Rahmen des beantragten Investitionskredits umfassend für alle Schulen und Schulstufen eingeführt und umgesetzt werden.

Abstimmung Nr. 044

2023.BSS.0077: Antrag 1

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen zuerst über die Abstimmungsvorlage ab und danach über die Abstimmungsbotschaft. Zuerst über die Abstimmungsvorlage.

Abstimmung Nr. 045

2023.BSS.0077: Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	67
Nein	3
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage angenommen. Dann stimmen wir noch ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 046

2023.BSS.0077: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft habt ihr angenommen.

2022.SR.000124

13 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 13, die Motion der SBK über das Pilotprojekt eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir haben die Diskussion schon gestartet am 15. August. Ich werde schnell sagen, wer bisher schon gesprochen hat für die Fraktionen. Das ist Nik Eugster für die FDP, Francesca Chukwunyere für die GFL, Barbara Keller für die SP und die Béatrice Wertli für die Mitte. Und wir setzen jetzt die Diskussion fort mit den Fraktionserklärungen. Dann kommt zuerst Thomas Glauser für die SVP-Fraktion. Er hat es wieder zurückgezogen, also Janina Aeberhard für die GLP-JGLP-EVP.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Wir haben auch die Diskussion schon gestartet, wie das Valentina gesagt hat und ich sage heute hier eigentlich nichts mehr zum Grundeinkommen an und für sich. Das haben meine Vorredner*innen schon zur Genüge gemacht letztes Mal. Wir finden, es sei wenig sinnvoll, diese Motion so, wie sie uns vorliegt, zu überweisen. Punkt 1 ist erledigt. Die Stadt Bern hat die Eckpunkte für dieses Projekt bereits formuliert und es im Rahmen der Städteinitiative Sozialpolitik auch schon präsentiert. Wie wir aber auch schon gehört haben, hat man keine weiteren Gemeinden gefunden, die sich dem Pilotprojekt anschliessen würden. Deshalb bleiben auch die weiteren Punkte dieser Motion obsolet. Es geht hier also nicht um die Frage, ob wir ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen wollen. Das kommt aktuell einfach gar nicht infrage. Im Kommissionsvotum ist auch ausgeführt worden, dass man nicht befürchten muss, dass die Stadt Bern jetzt plötzlich einen Alleingang machen würde. Hoffentlich auch nicht, denn das wäre finanzpolitisch, aber auch wissenschaftlich im Hinblick auf die Aussagekraft dieser Studie sehr bedenklich. Die Motion anzunehmen, um ein Signal zu senden oder zu zeigen, dass das Thema wichtig ist, finden wir nicht zielführend und führt zu weiterem Aufwand in der Verwaltung. Der Gemeinderat würde einfach innerhalb der Frist wieder einen Bericht schreiben, in dem man wohl festhalten wird, dass das Anliegen erneut geprüft wurde. Aber solange wir keine Partnergemeinden finden, die sich an diesem Pilotprojekt beteiligen würden,

bringt das nichts. Das Thema war schon so präsent und es ist auch in anderen Gemeinden immer wieder gewesen. Aber wir können schliesslich niemanden dazu zwingen, genau zu diesem Zeitpunkt ein solches Projekt mit uns zu starten. Das Thema wird aber jetzt auch nicht präsenter oder es wird schneller ein Pilotprojekt geben, wenn man jetzt hier heute die Motion so überweist. Und wir können den Vorstoss ja nachher auch nicht einfach jahrelang aufrechterhalten, um ihn irgendeines Tages wieder aus der Schublade zu nehmen. Wir werden deshalb die Kommissionssmotion ablehnen.

Präsidentin: Danke, Janina. Dann kommt Lea Bill für die GB/JA!-Fraktion.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich muss sagen, ich freue mich sehr, dass ich doch einmal noch zu dem bedingungslosen Grundeinkommen in diesem Saal reden darf und dass wir jetzt doch noch zu später Stunde dazukommen und es nicht noch einmal verschoben werden muss. Es ist jetzt doch so, dass vor mittlerweile 4 Jahren sich eine Gruppe von Stadträt*innen und Aktivist*innen für das bedingungslose Grundeinkommen und Personen der Fachhochschule Bern und von der Uni Bern sich zum ersten Mal getroffen haben und wir haben uns dann überlegt, wie ein Pilotprojekt zu einem bedingungslosen Grundeinkommen für die Stadt Bern aussehen könnte, was da eigentlich möglich wäre. Und in diesem Zusammenhang habe ich noch einmal den ersten Teil der Diskussion vor 2 Monaten angehört und habe merken müssen, es ist eigentlich noch spannend, dass Nik Eugster dort gesagt hat, dass der Vorschlag nicht wissenschaftlich sei. Ich möchte dir nicht zu nahetreten, aber bis jetzt bist du mir nicht bekannt gewesen, dass du eine wissenschaftliche Studie durchführst. Hingegen ist es so, dass der vorliegende Vorschlag dann auf die Einschätzungen von Fachpersonen der Fachhochschule Bern und auch der Universität Bern ruht. Also es hat Hand und Fuss, was hier gefordert wird und ich muss dort schon auch sagen, ich muss damit rechnen, dass es den Gegnern*innen von diesem Vorstoss um andere Argumente geht oder einfach darum geht, auch kein Geld auszugeben zu wollen. Auf jeden Fall, dass das nicht wissenschaftlich sein soll der Vorschlag, den wir hier vorliegen haben, das will ich wirklich vehement abstreiten, wie es auch vor 2 Monaten Francesca Chukwunyere von der GFL es sehr schön gesagt hat, der ach so grossen Betrag, den wir jetzt ja hier in dem Vorstoss auch haben, der für den Pilot nötig wäre, den geben wir für andere Projekte eigentlich, ohne mit den Wimpern zu zucken aus. Es geht also hier nicht um fehlendes Geld, sondern eher darum, dass ein fehlender politischer Wille vorhanden ist.

Auf jeden Fall haben wir im 2021 eine parlamentarische Initiative eingereicht aufgrund von dieser Diskussion in dieser Arbeitsgruppe, die ich schon erwähnt habe, und die parlamentarische Initiative haben wir schlussendlich nachher zurückgezogen zugunsten von dieser vorliegenden Kommissionssmotion. Wir sind damals schon und wir sind immer noch überzeugt, dass es ein Pilotprojekt für das bedingungslose Grundeinkommen braucht, denn es braucht endlich Fakten darüber, was so ein Grundeinkommen tatsächlich mit den Menschen macht oder beziehungsweise das auch vielleicht nicht bewirken kann. Die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist von Befürchtungen und Mutmassungen geprägt. Das haben auch die vorliegenden Voten schon gezeigt. Man geht davon aus, dass einfach niemand mehr arbeiten gehen will oder man sagt auch, dass es zum Beispiel die Wichtigkeit der Mindestlöhne als Existenzsicherung untergrabe oder dass am Ende einfach noch die Falschen Geld bekommen. Da sind eine endlose Liste von Befürchtungen und Mutmassungen im Raum. Und ja, vermutlich ist es tatsächlich so, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen auch ein bisschen einer schweizerischen Grundhaltung widerspricht oder einem kapitalistischen Denken, wie man es auch immer will, weil man ja Geld verdienen muss, denn

wieso sollten sonst andere einfach so Geld bekommen. Also irgendwie geht es nicht, Geld zu bekommen, um nichts zu machen. Das ist nicht ein Teil von unserer Grundhaltung. Diese Diskussion hat man zum Teil auch schon bei der Sozialhilfe, wo man sagt: "Hey, wieso bekommen die Leute Geld? Die mache gar nichts." Und geschweige dann noch bedingungslos, das wäre dann wirklich der Gipfel von allem. Dabei geht vergessen, dass die Ausgangslage für alle nicht gleich sind. Wer mit Chancen geboren wird, hat es einfach einfacher im Leben. Und es haben nicht alle die gleichen Kapazitäten, die gleichen Stärken und das darf vielleicht auch nicht ausser Acht gelassen werden. Und was auch nicht ausser Acht gelassen werden darf, ist, dass eine zunehmende Digitalisierung die Arbeitswelt massiv verändert und es dort halt auch Verlierer*innen gibt. Die Chancenungleichheiten da sind wir bis heute unfähig, die zu beheben, aber auch die technologischen Innovationen fordern aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion soziale Innovationen und da braucht es neue Lösungsansätze und Experimentierräume. Was zudem gerne vergessen geht, ist, dass die Gesellschaft allein nicht nur von Menschen lebt, die Geld verdienen. Unser Reichtum basiert unter anderem auch auf unbezahlter Arbeit auf freiwilliger Arbeit und dafür braucht es auch Zeit. Was wäre es, wenn mehr Menschen mehr Zeit hätten, zum Beispiel für die unbezahlbare Arbeit zu leisten. Würden sie etwas anderes machen, würden sie mehr Freiwilligenarbeit leisten, würden die unbezahlte Arbeit vielleicht sogar gerechter verteilt. Aber da mache ich bereits wieder Mutmassungen und wir sind überzeugt, als GB/JA!-Fraktion, dass so ein Pilotversuch eben könnte Fakten schaffen und im besten Fall könnte der Pilot sogar Hinweise darauf bringen, wie eine zukünftige Gesellschaft könnte organisiert werden, wie sie inklusiver könnte organisiert werden und gerechter könnte sein. Wir wissen, schweizweit stösst die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens auf wenige offene Ohren. Zürich und Luzern haben die Pilotversuche bereits abgelehnt. Und die Stadt Bern ist in dieser Städtekonferenz, das steht auch in der Antwort des Gemeinderates, nur auf wenig Gegenliebe gestossen. Und trotzdem möchten wir gerne einen weiteren Anlauf nehmen und wir möchten, dass der Gemeinderat noch einmal auf die Suche nach Partner*innen für die Durchführung eines Pilots macht. Das hat Barbara Keller als Sprecherin der SBK im ersten Teil von dieser Diskussion auch schon gesagt, und was wir eben wissen, die Fachhochschule Bern und auch die Uni Bern wären durchaus interessiert an einer Begleitung von so einem Pilot, weil von der wissenschaftlichen Seite her weiss man, dass das spannend wäre zu schauen, was das ganze würde auslösen. Und ich finde, das macht eben schon Sinn, dass man so einen Pilot nochmal durchführt oder nochmal schaut, ob es da Partner*innen gib und ich unterstelle halt einfach der GLP-Sprecherin auch, dass sie halt nicht an diesem Pilot interessiert ist, oder nicht interessiert ist, überhaupt den sachlichen Fakten herauszufinden und darum die Motion ablehnt und nicht, weil jetzt im ersten Anlauf halt keine Partner*innen gefunden werden konnten. Hören wir also auf zu mutmassen, sondern versuchen wir wirklich, Fakten zu schaffen und ich bitte euch, die Kommissionsmotion ebenfalls anzunehmen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Merci, Lea. Das Wort hat Stephan Ischi für die SVP-Fraktion.

Stephan Ischi (SVP) für die Fraktion: Es gibt wahrscheinlich einen Grund, warum die anderen Gemeinden oder die anderen Städte nicht mitmachen. Da ist ein demokratischer Entscheid gewesen am 5. Juni 2016, wo klar gesagt worden ist, dass man das nicht will und selbst Bern, die Stadt Bern, hat mit 60% dem Ansinnen nicht zugestimmt. Die Gründe weiss man eigentlich nicht so genau, warum, dass man es will oder nicht

will oder warum es funktionieren sollte oder nicht. Ich weiss nur, auch wenn es wissenschaftlich keine Studien gibt, dass es in Kanada einmal so Versuche gegeben hat, und die hat man eigentlich alle zusammen abgebrochen. Also mit anderen Worten: Wenn man für anderes Geld ausgibt, das nicht nötig wäre, helfen wir, dass wir sparen können. Wir sind die Ersten, die helfen, auch andere Sachen zu sparen. Aber hier ist es garantiert so, dass das Geld einfach zum Fenster hinausgeschossen wird. Was mir vor allem auch noch sträubt, neben der finanziellen Lage, ist, ist mein Gerechtigkeitsinn. Jetzt will man 10 Mio. Franken ausgeben für 300 Leute. Welche Leute? Wie denken denn die anderen, irgendwie alleinerziehende Mütter oder armutsbetroffene Menschen, die nicht mitmachen? Man tut einfach für wenige irgendetwas, aber für alle nützt das nichts. Und man weiss nicht genau, was das ist. Also die SVP-Fraktion sagt da ganz klar Nein zu dem Ansinnen.

Präsidentin: Danke, Stephan. Dann kommen wir zu den Einzelvoten – Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Ich werde mich nicht wiederholen, ich habe lange geredet, das letzte Mal. Bleibt doch bitte wirklich bei den realistischen Zahlen. Von 10 Mio. hat nie ein Mensch geredet und ich will nicht, dass man nachher wegen solchen Falschzahlen das ganze Geschäft scheitern lässt. Alles andere ist bereits gesagt und ich werde mich nicht mehr dazu äussern. Merci.

Präsidentin: Merci, Francesca. Als nächstes kommt Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Wir müssen eben trotzdem über die Millionen reden, das sind einfach auch Millionen. Wir alle wissen, dass es bei der Budgetdebatte ein paar rote Linien gegeben hat, hier eine rote Linie von 30 Mio. Minus und jetzt 1 Sitzung später wollen wir einfach gerade noch einmal 3 Mio. obendrauf setzen. So viel kostet das Experiment nämlich pro Jahr. Wo genau ist die rote Linie jetzt? Ich bitte euch sehr, euch an die rote Linie zu erinnern. Es kann nicht sein, dass wir in der letzten Sitzung ein rotes Budget verabschiedet haben und jetzt mit einem schlecht angedachten Experiment – ich muss es einfach noch einmal so sagen –, die rote Linie schon gerade ein erstes Mal überschreiten. Also wenn wir so ein Experiment machen wollen, seid wenigstens ehrlich und gebt es als Antrag oder als Planungserklärung in die AFP hinein und macht nicht Salamtaktik. Würden wir dem Geschäft so zu sagen, hoffe ich, dass sich die Bernerinnen und Berner bei der Budgetabstimmung dessen auch bewusst sind. Es ist ein Experiment, das einfach nichts bringt. Es ist herausgeschossenes Geld, das nicht uns gehört, sondern den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Liebe Lea, nur schnell, ich habe auch einmal eine Masterarbeit geschrieben und die hat insofern zumindest, was mein Professor gemeint hat, gereicht. Ich habe auch schon wissenschaftliche Arbeiten gemacht und weiss, was es dazu braucht. Schauen wir doch noch einmal schnell die Zahlen an. Ihr habt auch die schöne Studie in Deutschland, wo ihr darauf zurückgreifen könnt und dort ist die Studie-Grösse 1'500 Personen. Der Gemeinderat würden beim Versuch hier in Bern nur gerade 300 Personen einbeziehen. obwohl nicht klar ist, ob das die ganze Gruppe ist oder ob da die Vergleichsgruppe mit eingerechnet ist, denn die braucht es ja eigentlich ja jeweils auch noch.

Wenn nicht, dann bekämen 300 Personen gerade mal rund 750 Franken pro Monat über. Der Gemeinderat rechnet im Vortrag vor, dass für Studienteilnehmer*innen mit Kosten von rund 25'000 bis 30'000 Franken müsste gerechnet werden. Also pro Studienteilnehmer*in durch 36 Monate kann eben gerechnet noch 750 Franken sein. Ob

denn das wirklich irgendeine Zahl ist, wo uns irgendetwas gibt, wo man dann am Schluss sagen kann, ja doch das bedingungslose Grundeinkommen, das bringt etwas oder nicht, das mag ich hier einfach bezweifeln. Noch einmal, ich finde grundsätzlich ist das eine spannende Idee. Ich diskutiere gerne darüber, aber ich finde einfach, dass hier angedachte, das ist einfach wirklich sehr, sehr viel Geld und reicht einfach am Schluss nicht aus für Aussage machen zu können. Und wenn wir dem jetzt einfach zu sagen, dann schiessen wir einfach wirklich Millionen aus dem Fenster heraus, weil es wird am Schluss einfach keine Aussage geben können, wo man irgendetwas daraus herauslesen kann. Und ja am Schluss was machen wir auch nachher mit einer Aussage, wenn wir eine hätten? Wie könnte man das nachher schlussendlich auch in eine Realität umsetzen, wo man nachher eben ein bedingungsloses Grundeinkommen gesamthaft ausrollen kann. Ich meine 133'000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern, wenn man denen würde irgendwie 1'500 Franken zahlen, dann bräuchten wir 2,5 Mia. Franken pro Jahr. Ja, es gibt schon Leute, die sagen: "Hey, wir haben kein Problem mit Schulden machen." Aber noch einmal 2 Mia. Franken zusätzliche Schulden pro Jahr. Also ich weiss auch nicht, ob ihr das wirklich so wollt. Also noch einmal zusammengefasst, es ist spannend. Ich mag gerne über das diskutieren, aber ich mag kein Experiment machen, das einfach 9 Mio. Franken kostet. Das ist eigentlich zu viel, und deshalb bitte ich euch noch einmal ganz fest, dass hier abzulehnen und dass wir weiterhin zu diskutieren versuchen und vielleicht ja einmal auch eine Studie aufsetzen können, die schlussendlich auch dem Namen entspricht, mit dem man schlussendlich eine Aussage machen kann. Aber dann könnt ihr vielleicht auch ein bisschen in Deutschland anschauen. Dort ist nämlich die schöne Studie, die ihr in Deutschland zitiert habt, die ist nicht vom Staat finanziert worden, sondern von rund 200'000 privaten Auftraggeber*innen. Das kann man auch so machen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Nik. Dann hat das Wort die Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte einen wesentlichen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Lebensqualität leisten. Davon ist der Gemeinderat überzeugt und er teilt auch die Haltung der Initiantinnen und Initianten, dass es erstrebenswert wäre, mehr Erfahrungen mit diesem bedingungslosen Grundeinkommen zu sammeln. Für den Gemeinderat wäre das Pilotprojekt ein sinnvoller Ansatz, um das zu machen. Nik Eugster hat vorhin gesagt, dass es herausgeworfenes Geld wäre, weil man zu wenig Aussagen machen könnte. Ich finde, man muss in der Wissenschaft auch Vertrauen haben auf die, die die Wissenschaft machen. Ich kann manchmal selber auch nicht ganz nachvollziehen, wie Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler Designs machen. Ich bin Naturwissenschaftlerin, aber ich finde, denen, die für uns oder für die Motionär*innen gearbeitet haben, vorzuwerfen, es sei nicht wissenschaftlich, finde ich auch ein wenig hochgegriffen. Ich würde dir empfehlen, dass du dich doch mal mit ihnen wirklich austauschst. Vielleicht verstehst du da auch, warum dass das eben ein wissenschaftlicher Ansatz wäre, wo man auch könnte Fakten daraus ziehen, auch wenn es nur 300 Teilnehmende hätte. Klammern geschlossen.

Der Gemeinderat, ihr habt es dem Vortrag entnehmen können, hat sich bei verschiedenen Städten umgehört. Insbesondere eben bei Städten, die im Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik sind. Als wir die Umfrage gemacht haben, den Austausch gemacht haben – es ist jetzt auch ein bisschen Zeit vergangen –, ist wenig Resonanz zurückgekommen, wo die Leute gesagt haben: "Doch, wir möchten das unterstützen." Es ist nicht so, wie Stephan Ischi vielleicht hat etwas unterschwellig sagen wollen: "Sie haben kein

Interesse gehabt. Es zeigt ja, dass es nicht eine gute Idee ist." Doch sie haben alle gefunden, es wäre eine gute, eine wichtige Idee, aber wir haben andere Prioritäten in der Sozialpolitik. Es gibt so viele Sachen zu machen, die wir müssen machen und da muss jede Stadt die Prioritäten setzen und darum haben sie dann gesagt: "Wir sehen es im Moment nicht." Aber sie haben alle gesagt, dass es super und megaspannend wäre, wenn Bern hier einen Schritt vorwärts machen würde. In Zürich ist die Situation ein bisschen anders. Zürich hat eine Volksabstimmung gehabt 2022, wo das Volk in der Stadt Zürich leider Nein gesagt hat zu einem Pilotprojekt für bedingungslosen Grundeinkommen.

Von dem her hat der Gemeinderat gefunden bzw. hat beschlossen, dass wir die Motion in dem Sinn ablehnen, dass wir diese Idee angesichts der eben hohen Kosten, die es geben würde, wenn man das alleine machen würden. Das wäre im Moment in der Stadt Bern nicht zu verantworten, dass man das weiterverfolgt. Dass die Idee vom Grundeinkommen gestorben ist, das glaube ich nicht. Ich glaube, es ist ein zukunftsweisender Ansatz. Ob das andere Städte, ob das Private, wie das aufgeworfen wurde, finanzieren könnten? Ich persönlich denke, es wäre sicher wichtig, wenn die einen oder anderen Kreise das weiterverfolgen würden. Denn was klar ist, wir müssen in der Schweiz zusätzliche Massnahmen ergreifen für die Armutsbekämpfung. Die Armut ist in der Schweiz auch vorhanden. Das wollen nicht immer alle so sehen und das Grundeinkommen wäre ein sehr guter Ansatz, um in der Schweiz wirklich Armutsbekämpfung zu machen, die in dem Sinn auch den Namen verdienen würde. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Franziska. Stephan hat das Wort.

Stephan Ischi (SVP), Einzelvotum: Das wollte ich nur ganz kurz sagen. Das Interesse bezieht sich nicht auf die Studienanlage, sondern weil der demokratische Entscheid so war, dass man gesagt hat: "Man will es nicht." Danke.

Präsidentin: Danke, Stephan. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über die Motion der SBK-Kommission ab.

Abstimmung Nr. 047

2022.SR.000124

Annahme

Ja	42
Nein	27
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Motion angenommen. Damit schliessen wir die heutige Sitzung. Wir sehen uns wieder am 31. Oktober. Ich habe noch einen Hinweis, den ich fast vergessen habe: Die Person unten beim Eingang hat einen Ring gefunden. Also falls jemand einen Ring vermisst, kann man den unten abholen. Einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

14 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 2. Lesung 2020.SR. 000233

15 Interfraktionelle Motion FDP/JF, BDP/CVP, SP/JUSO, GLP/JGLP, SVP, GFL/EVP, GB/JA!, AL/GaP/PdA (Vivianne Esseiva, FDP/Tom Berger, JF/Milena Daphinoff, CVP/Elisabeth Arnold, SP/Marianne Schild/Gabriela Blatter, GLP/Alexander Feuz, SVP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Sophie Achermann, GB/Eva Gammenthaler, AL): Stellvertretungsregelung im Stadtrat; Abschreibung 2020.SR. 000233

16 Legislaturrichtlinien 2021 – 2024: Schlussbericht 2020.PRD. 000070

17 Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA, GFL, SVP (Barbara Keller, SP/Bernadette Häfliger, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP/Raffael Joggi, AL/Anna Leising, GB/Nora Joos, JA!/Michael Ruefer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL/Alexander Feuz, SVP): Vergrösserung des Gemeinderates von fünf auf sieben Mitglieder 2024.SR. 0168

18 Postulat Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Franziska Grossenbacher, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Gentrifizierung: Fakten statt Behauptungen; Prüfungsbericht 2017.SR. 000206

19 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Rahel Ruch, GB/Diego Bigger, SP/ Lukas Gutzwiller, GFL/Therese Streit, EVP): Einführung einer Mietzinskontrolle in der Stadt Bern), um energetische Sanierungen sicherzustellen 2021.SR. 000120

20 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Rahel Ruch, GB/ Diego Bigger, SP/Lukas Gutzwiller, GFL/Therese Streit, EVP): Spielraum für Mietzinskontrolle in der Stadt Bern? 2022.SR. 000103

21 Motion Fraktion SP/JUSO (Edith Siegenthaler/Lena Allenspach, SP): Auswirkungen auf andere Stadtteile durch die Einschränkung der Buchungsplattformen in der Altstadt 2021.SR. 000196

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Mirjam Roder (GFL), Michael Ruefer (GFL): Wie nimmt die Stadtplanung bei Architekturwettbewerben Einfluss auf den ökologischen Fussabdruck, Materialeffizienz und Kosten der Tragwerke?
2. Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Timur Akçasayar, SP/JUSO / Seraphine Iseli, GB/JA! / Barbara Nyffeler, SP/JUSO / Cemal Özçelik, SP/JUSO): Wie wird die Reform der Stadtteilpartizipation angegangen?
3. Postulat Béatrice Wertli (Mitte), Florence Pärli (JF), Janosch Weyermann (SVP): Wirtschaftsnacht! Lasst die Bevölkerung das Gewerbe feiern.
4. Kleine Anfrage Corina Liebi (JGLP), Janosch Weyermann (SVP): Kartonentsorgung Brünnen Westside
5. Motion Maurice Lindgren (GLP), Janina Aeberhard (GLP), Bettina Jans-Troxler (EVP): Jede Stimme zählt: faireres Wahlverfahren für die Stadt Bern
6. Kleine Anfrage Bernhard Hess (SVP): Handyfreie Stadtberner Schulen?!
7. Motion Bernhard Hess (SVP): Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen
8. Postulat Micieli Matteo (PdA), Joggi Raffael (AL): Kinderbetreuung zu Randzeiten: Überprüfung der Nachfrage und möglichen Lösungsansätzen
9. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Daniel Michel/Stephan Ischi): Stellenzuwachs von über 7000 in der Stadt

10. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner): Sonderbudgets oder -fonds
11. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner): Gefälligkeitsmandate
12. Interpellation Fraktion GB/JA (Ursina Anderegg, GB/Franziska Geiser, GB): Wann vollzieht der Gemeinderat einen Paradigmenwechsel bei der Pop-Up-Bewilligungspraxis, um nicht länger bestehende Gastro- und Clubbetriebe zu bedrohen?
13. Postulat Ursula Stöckli (FDP): Neuzuzügeranlass für Firmen analog dem Neuzuzügeranlass für Personen

Schluss der Sitzung: 22.28 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.03.2025

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

05.03.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Redaktion: Clara Rüsi